

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Bricht für die sechsstelligen Kolonnenzeile über deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Voranzahlung: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 15. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vogelfrei!

Sie sind unsere Lesern noch den Schluß der mehrfach behandelten Affaire der beiden russischen Staatsangehörigen Popoff (Scheleldin)-Kraffiloff schuldig. Hier ist er.

Kraffiloff legte gegen das schöffengerichtliche Urteil, das ihm wegen Führung falschen Passes drei Wochen Haft zubilligte, Berufung ein.

Ein Antrag, ihn gegen eine Kaution von beliebiger Höhe mit der Untersuchungshaft zu versehen, wurde vom Schöffengericht abgelehnt, weil dringender Verdacht besteht, daß der Angeklagte als Ausländer seine Freiheit dazu benutzte, sich der gegen ihn erkannten Haftstrafe zu entziehen, beziehungsweise daß er sich auf weitere Ladung zur Verhandlung über die von ihm eingelegte Berufung vor Gericht nicht stellen werde. Und das, obwohl nach § 113 St.-P.-O. bei „Uebertretungen“ die Zulässigkeit der Untersuchungshaft erheblich eingeschränkt ist und insbesondere die Ausländerqualität nicht schon (wie nach § 112 St.-P.-O. in anderen Fällen) zur Begründung des Flüchtigverdachts ausreicht, vielmehr, abgesehen von der Ausländerqualität, ein „auf bestimmte Umstände gegründeter“ besonderer Flüchtigverdacht bestehen muß! Uebrigens stellte sich heraus, daß auch der Amtsanwalt Weyer, und zwar vor dem Angeklagten, Berufung eingelegt hatte, weil ihm die drei Wochen Haft bei der Gemeingefährlichkeit der Handlung des Angeklagten nicht genügten; er verlangte ausdrücklich „die höchste zulässige Haftstrafe“.

Das Landgericht I machte kurzen Prozeß und beschloß die Haftentlassung gegen eine Sicherheit von 500 M., die sofort hinterlegt wurde.

Als der Verteidiger am 21. November v. J. in der Stadtbogtei unter Vorlegung des landgerichtlichen Beschlusses die Freilassung Kraffiloffs verlangte, wurde dem zwar nachgelassen, gleichzeitig aber von der Gefängnisverwaltung das Polizeipräsidium in Kenntnis gesetzt. Ein schwacher Versuch, vor den Thoren des Untersuchungsgefängnisses unter Anführung des Gerichtsbeschlusses zu einer neuen Verhaftung zu härten, scheiterte kläglich.

Popoffs Strafe war mit dem 28. November v. J., abends 6,35, verbüßt. Als Genosse Lieblich zu dieser Zeit an den gaslichten Thoren Pflanzers erschien, wurde ihm die überraschende Mitteilung, daß Popoff bereits entlassen sei, und zwar ohne daß er der Polizei „übergeben“ worden wäre; die Abteilung VII des Polizeipräsidiums habe auf ihn „verzichtet“. Wie großmütig! — Trotz alledem tauchte aber Popoff nicht wieder auf. Nach einigen Tagen erfuhr man, daß er am Abend des 28. November in Begleitung zweier „Herren“ seine Sachen aus seiner Wohnung in Charlottenburg abgeholt hatte. Die kleinere Verforgnis, daß er „zwangswise nach Rußland befördert“ worden sei, löste sich, als Anfang Dezember Popoff aus Genf an seinen Verteidiger schrieb:

Am 20. November wurde mir im Gefängnis die vom 25. November datierte Verfügung des Polizeipräsidiums zugestellt, nach der ich „als lästiger Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen „und demgemäß aufgefordert wurde, das Gebiet des preussischen Staates mit Frist von 24 Stunden zu verlassen“, wobei die Frist vom 28. November, nachmittags 6,35, d. h. dem Zeitpunkt meiner Haftverbüßung rechnen solle.

Bei Nichtbefolgung der Verfügung (Die mangels Rechtskraft nach gar nicht ohne weiteres hätte vollstreckt werden dürfen! Die Rechtskraft tritt erst 14 Tage nach Zustellung der Verfügung ein. Die Redaktion) wurde die höchst zulässige Exekutivstrafe von 150 M. angebroht.

Am Sonntagabend, den 28. November, mittags um 12 Uhr, wurde ich aus dem Gefängnis ins Polizeipräsidium geführt und gefragt, was ich in diesen 24 Stunden in Berlin machen will. Man gab sich große Mühe, mir einzureden, daß ich in Berlin wirklich nichts zu thun hätte, ich sei ja im Besitz genügender Geldmittel und könne meine Sachen in Begleitung zweier Beamten gleich aus meiner Wohnung abholen. Als ich mich für die liebevolle Sorglosigkeit höchlich bedankte und erklärte, ich würde die 24 Stunden schon nach meinem Geschmaç auszunützen wissen, wurde mir bedeutet, daß ich meine Gnadenfrist jedenfalls unter ständiger Bewachung zweier Beamter bleiben müsse, und schließlich erklärte man gerade heraus, daß ich bis zur Abfahrt im Polizeiarrest gehalten werden müsse, auch meine Papiere, die bei der Verhaftung vom 14. Oktober beschlagnahmt und am 28. November zurückgegeben waren, mir bis dahin wieder abgenommen werden würden. So mußte ich wohl oder übel gute Miene zum bösen Spiel machen und noch am Abend des 28. November 7,40 unter Bedeckung (u. a. begleitet mich der Kriminalschauermann Jastinsky) vom Anhalter Bahnhof aus der gaslichten deutschen Reichshauptstadt den Rücken kehren. Bemerkenswert ist noch, daß die Polizisten besonders energig dagegen waren, daß ich Sie, werter Genosse, besuchen würde.

So sah der „Verzicht“ der Abteilung VII aus! Während ist die vorzeitige Entlassung. Durch polizeilichen Gnadenakt — andres ist kaum denkbar — sind dem Genossen Popoff nun 8 Stunden und 35 Minuten Haft geschenkt, natürlich nur, um ihn möglichst geschwind der weiteren Gnade teilhaftig werden zu lassen, Preußens Staub von den Füßen schütteln zu können.

Wegen die am 14. Oktober vorgenommene polizeiliche Hausdurchsuchung, Beschlagnahme und Verhaftung, die ohne Beachtung der strafprozessualen Garantien ausgeführt waren, sind, wie erwähnt, alle gesetzlichen Mittel ergriffen. Ein Schlaglicht auf die rechtliche Stellung der Ausländer in Preußen werfen die hierauf ergangenen Bescheide des Oberpräsidenten und der Staatsanwaltschaft.

Der erstere führt u. a. aus: „Es ist ein anerkannter Ausfluß des Staatshoheitsrechtes, daß die zuständigen Verwaltungsbehörden befugt sind, jeden Reichsausländer aus Gründen des Staatswohls (auch des russischen Staatswohls? Red.) auszuweisen, und zur Sicherung der Durchführung der Ausweisung die auszuweisende Person festzunehmen, sowie die in ihrem Besitz befindlichen Papiere usw., die wegen der Entscheidung über die Ausweisung von Bedeutung sind, in einstweiligen Gewahrsam zu nehmen. (D. h. so die Gründe für die Ausweisung erst zu ermitteln! Red.) Den Ausländern stehen hierbei nicht diejenigen „Rechte der Preußen“ zur Seite, welche der Titel II der Preussischen Verfassungsurkunde den diesseitigen Staatsangehörigen gewährleistet... Auch die Bestimmungen der Strafprozess-Ordnung kommen im Ausweisungsverfahren nicht in Betracht.“ Uebrigens ist auch nicht einmal das Recht, gemäß § 200 Bürgerlichen Gesetzbuches ein Verzeichnis der in einstweilige Verwahrung genommenen Papiere usw. zu fordern, vom Polizeipräsidium anerkannt.

Noch drastischer lautet der Bescheid der Staatsanwaltschaft vom 9. d. Mts., der auf die Strafanzeige gegen die beteiligten Polizeibeamten ergangen ist.

Danach unterfallen die beanstandeten Maßnahmen der Strafprozess-Ordnung um deswillen nicht, weil der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorgelegen habe und das spätere Strafverfahren wegen Führung falschen Passes ganz unabhängig von jenen Maßnahmen eingeleitet sei. „Scheleldin war revolutionärer Untriede dringend verdächtig, die seine Ueberwachung durch einen Beamten der politischen Polizei rechtfertigten. Derselbe ist von dem zuständigen Abteilungs-Direktoren des kgl. Polizeipräsidiums hieselbst den Kriminalkommissar Wynen übertragen worden. Wynen hat nun, um Klarheit über den gegen Scheleldin gehegten dringenden Verdacht zu schaffen und die Ausweisung eines lästig gewordenen Ausländers vorzubereiten, ... die ... beanstandeten Maßnahmen getroffen. Die gegen Scheleldin angeordnete Festnahme ist auch auf den zweiten in seiner Wohnung angetroffenen, gleichfalls der Teilnahme an politischen Untrieben verdächtigen Ausländer Kraffiloff ausgedehnt worden... Es kann keinem Bedenken unterliegen, daß den Polizei-Organen das Recht zusteht, Ausländer, die sich durch irgendwelche, lediglich der Beurteilung dieser Behörde unterliegenden Handlungen im Inlande lästig gemacht haben, auszuweisen...“

Es kann ferner nicht die Verächtigung der Polizeibehörden bestritten werden, zur Vorbereitung einer beabsichtigten Ausweisung die Wohnräume der verdächtigen Ausländer auch gegen ihren Willen zu betreten und einer Durchsuchung zu unterziehen, etwa vorgefundene, als Beweismittel in Frage kommende Schriftstücke zu beschlagnahmen, und die Ausländer selbst, um die Durchführung der Ausweisung zu ermöglichen, in polizeiliche Haft zu nehmen... Ebenso wie der in Artikel 6 der preussischen Verfassung gewährleistete Grundsatß des Schutzes der Wohnung auch in andern als den in der Strafprozess-Ordnung vorgesehenen Fällen Inländern gegenüber aus polizeilichen Gründen durchbrochen werden kann, so müssen derartige Ausnahmen Ausländern gegenüber zur Ausführung der gesetzlichen zulässigen Ausweisung als berechtigt anerkannt werden.

Das ist erfrischend deutlich! Was heißt „politischen Untriebe“? Wer ist politischer Untriede verdächtig? Das entscheidet schrankenlose Polizeimacht (unterliegt lediglich der Beurteilung der Polizeiverwaltung). Russische Spitzel a la Woz sind regelmäßig die Träger dieses „Verdachts“. Charakteristisch ist der Fall Kraffiloff. Von der Existenz dieses Ausländers hatte Wynen keine Ahnung, bis er ihn bei Popoff traf: sofort war er „politischer Untriede dringend verdächtig“ und wurde mit allen Liebenswürdigkeiten polizeilicher Allmacht überschüttet.

Fürwahr, wenn diese einem von den Begriffen moderner stultur durchdrungenen Menschen unfaßbare Proklamierung schrankenloser Polizeimacht von den höheren Instanzen anerkannt werden sollte, muß der Ruf nach endlicher erschlüssender Regelung unseres Polizeiverwaltungsrechts doppelt verstärkt erhoben werden. Unerträglich ist der Gedanke, daß polizeiliches „Ermessen“ über Gut und Freiheit unsrer Gäste unbeschränkt, ohne alle gesetzlichen Garantien verfügen darf.

Die Vogelfreiheit der Ausländer, unsrer russischen Brüder, muß aufhören; jeder Tag des bestehenden Zustandes ist eine Schmach.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

Die Handwerkerversicherung.

Der Reichstag überblickt in diesen Tagen in großen Zügen die Lage ganzer Bevölkerungsklassen, gestern der Bergarbeiter, heute der Handwerker. Die Interpellation der Nationalliberalen, welche die obligatorische Versicherung der selbständigen Handwerker verlangt, begründete Dr. Becker-Offenbach, der bereits am Mittwoch mit seinen plumpen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie unfernwillig einen bedeutenden Weiterkeitserfolg erzielt hatte, mit einer so vollkommenen Unkenntnis der einschlägigen Fragen, wie man sie selbst außerhalb des Parlaments wohl selten findet. Er predigte unter anderem die Weisheit, daß ein Geselle, der aus der Versicherung ausschleide und sich selbständig macht, die eingezahlten Beiträge zurückerhält.

Graf Posadowsky, der die Interpellation beantwortete, hatte leichte Mühe, den Antragsteller zu widerlegen und er benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal

kräftig Sozialreform zu bremsen. Wie weit muß es mit unserer amtlichen Sozialreform gekommen sein, wenn die Nationalliberalen sich den Vorwurf holen, daß sie direkt in den Staat des Herrn Bebel fahren! Graf Posadowsky lehnte nicht nur die Versicherung der selbständigen Handwerker ab, sondern gab auch dem vielgerühmten Paradespferd des Abgeordneten Trimborn, der Witwen- und Waisenversicherung, mit der das Centrum den katholischen Arbeitern den Buchertarif schmachtlich machen wollte, den Todesstoß. Seine Ausführungen über die Bedürfnisse und Wünsche dieses Versicherungszweiges können manchen Arbeiter aufklären, der bei der letzten Reichstagswahl sich noch vom Centrum hat blipieren lassen. Die überraschende Mitteilung, daß es sich gar nicht um eine Versicherung, sondern nur um eine Armenunterstützung handeln könne, daß auch dazu regelmäßige Beiträge von den Arbeitern erhoben werden müßten, ist wohl geeignet, auch die, die schon nichts Gutes erwarteten, zu enttäuschen.

Als nach dem Staatssekretär der Abg. Trimborn das Wort ergriff, konnte man eine rege Auseinandersetzung erwarten. Gerade das Gegenteil! Mit philosophischem Gleichmut — jetzt nach den Reichstagswahlen — gab der Centrums-Abgeordnete eine müde Erklärung, sprach die Hoffnung aus, daß man sich über die Modalitäten schon einigen werde und stellte sich im übrigen in Bezug auf die Handwerkerversicherung durchaus auf den stark manchesterlichen Standpunkt des Staatssekretärs.

Genosse Kollenduhr, der den Standpunkt unserer Fraktion zu dieser Frage vertrat, faßte die Sache anders auf. In wihiger Rede, deren Opfer der Abg. Becker und die hierfür so ausgiebigen Reden des Reichskanzlers waren, deckte er die Verlogenheit der ganzen bürgerlichen Socialpolitik auf. Der Antrag, mit dem sich heute die Nationalliberalen als Handwerkerfreunde aufspielten, ist einfach einem socialdemokratischen Antrag aus dem Jahre 1889 entnommen, der damals natürlich von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt worden ist. Kollenduhr wies nach, daß die Venherung des Staatssekretärs von der „Fürsorge für Selbständige“ keinerlei Berechtigung habe. Wie viele Handwerker sind nur scheinbar selbständig, in Wahrheit Angestellte eines Großkaufmanns, der alle ihre Erzeugnisse abnimmt. Er gab eine Fülle von praktischen Anregungen, wußte auch eine Deckungsmethode für die Witwen- und Waisenversicherung vorzuschlagen, kurz, er zeigte jedem, der sehen will, deutlich, wo Verstandnis und Reminis in socialpolitischen Fragen zu finden ist.

Nach Kollenduhr ergoß sich eine wilde Flut von bürgerlichen Rednern über das Haus, von denen jeder etwas andres, aber keiner etwas Klares und Entschiedenes wollte. Selbst die reinen Manchesterleute: Pachnide und v. Schele-Bunstorf, die immer noch nichts andres gelernt haben, als gegen jeden sozialen Fortschritt die Freiheit des individuellen Willens zu beschwören, wagen das nicht mehr unumwunden herauszusagen. Und von den „Socialdenkenden“ hat jeder sein eignes Stedenpferd. Der eine will Angliederung der selbständigen Handwerker an die bestehende Invaliditätsversicherung für Arbeiter, der andre will den Handwerkern eine Extravurst braten, der dritte will die selbständigen Handwerker besonders, die Gesellen mit den Arbeitern zusammen versichert sehen, ein vierter, der Reichsparteiler Holt, möchte am liebsten nur für die Unternehmer sorgen. Bei den Arbeitern müße es ja doch nichts, die liefen hinter den Socialdemokraten her, aber die Handwerker seien königstreu.

Herr Becker wagte sich nach der gründlichen Abfuhr durch Kollenduhr überhaupt nicht mehr auf die Tribüne, sondern ließ seine Ausführungen durch den Abg. Bahig, den Generalsekretär der nationalliberalen Partei, verteidigen. Unglücklicherweise scheint der Abg. Bahig nicht gerade zu den Freunden der Handwerkerversicherung zu gehören. Seine Verteidigung war etwa auf den Ton gestimmt: Wenn wir genützt hätten, daß unsre Interpellation den Ministern nicht wohlgefällig ist, hätten wir sie ja gar nicht eingebracht. Wir wollen es auch nicht wieder thun.

Schließlich kam es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen Bebel und dem Abgeordneten Bachem über socialdemokratische und bürgerliche Socialpolitik. Bebel wies insbesondere am Beispiel der Abkümmerung des Alters- und Invaliditätsgesetzes im Jahre 1889 den Unterschied zwischen der Socialpolitik des Centrums und der der Sozialdemokratie nach: das Centrum stimmte gegen das Gesetz, weil es ihm zu weit ging, die Sozialdemokratie umgekehrt, weil es ungenügend war. Als Abgeordneter Bachem seine Partei zu rechtfertigen versuchte, bestätigte er nur Bebel's Darlegung durch Aufzählung all' der Bedenken, die seine Partei damals gehabt habe. Das eben ist die Socialpolitik des Centrums, daß es vor lauter Bedenken und angeblichen Schwierigkeiten nicht zur Socialpolitik gelangt.

Das Ergebnis der Debatte faßte für die bürgerlichen Parteien Abg. Trimborn dahin zusammen, daß man sich über alles unklar sei und den Interessenten guten Stoff zu weiteren Erörterungen geboten habe.

Ob damit freilich den Handwerkern viel geholfen ist? Freitag wird über den Zeugniszwang gegen die Presse verhandelt. —

Koloniale „Tanzhufaren“.

Neue Befehle kehren gut — und neue Budgetkommissionen pflegen der Verwaltung eifrig auf die Fingern zu sehen. Das mußte der Direktor des Kolonialamtes in der Sitzung der Budgetkommission am Donnerstag zu seinem Schaden erfahren. Sprach darin doch sogar ein so bewilligungslustiger und kolonialistischer Anführer wie der nationalliberale Abgeordnete Graf von Oriola das harte Wort: „Keinen Mann und keinen Groschen!“ Woher diese Auslegung? Sie entstand durch die fast zufällige Aufhebung einer Staatsverschleierung, die sich die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes schon seit zwei Jahren geleistet hat. Ohne daß der Reichstag befragt worden wäre und seine Zustimmung gegeben hätte, richtete die Kolonialdirektion bei den deutschen Volkshäusern in London und Paris hochbefohlene Attachés ein, deren Kosten sie aus dem Titel 17 des Ausgabe-Kapitels — „Kommissionskosten“ — bestritt. Es hätte sich, so meinte der Kolonialdirektor Dr. Stübel, der Wunsch rege gemacht, über die kolonialpolitischen und kolonialwirtschaftlichen Verhältnisse aller Kolonialländer zuverlässig unterrichtet zu werden; dazu sei nötig, mindestens in England und Frankreich dauernd, in Belgien vorübergehend, Beamte zu stationieren, die die Verhältnisse dort studierten. Die Einrichtung habe sich „ausgezeichnet bewährt“, allerdings sei er nicht in der Lage, anzugeben, welches denn im einzelnen die nützlichen Leistungen der ausgeschickten Beamten gewesen seien, aber bewährt habe sich die Einrichtung, das möchten die Herren von der Budgetkommission nur glauben; er hoffe auch, daß die Stellen in London und Paris zu dauernden gemacht würden!

Während sich die Diskussion anfangs mehr um die Nützlichkeit und Notwendigkeit besonderer Kolonialattachés drehte, traten bald staatsrechtliche Gesichtspunkte der Angelegenheit in den Vordergrund. Von allen Seiten wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß die Regierung Beamtenposten schaffe und mit 12 000 und 17 000 Mark Gehalt dotiere, ohne die Genehmigung des Reichstages eingeholt zu haben; es handele sich hier nicht mehr um „Kommissare“, die zum Studium der einen oder anderen Frage mit Spezialauftrag ausgesandt würden, sondern um Sinekluren, die der Reichstag nicht bewilligt haben würde, wenn man sie offen gefordert hätte und zwar um so weniger bewilligt haben würde, weil der Kolonialdirektor die Höhe der Gehälter besonders auch damit zu begründen gesucht habe, daß die Attachés gesellschaftliche Beziehungen (auf Ballen und Dinners, bei Jagden und beim Tennis?) zu dem Personal der fremden Kolonialämter pflegen sollten. Aus den Reihen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder wurde dem Direktor des Kolonialamtes der Vorwurf einer Staatsverschleierung gemacht, gegen den sich Herr Stübel mit um so weniger Glück zu verteidigen suchte, als er dabei auch noch mit dem Gesandnis herandrückte, daß er sich in diesem Jahre eine Staatsüberschreitung von 8000 M. zu Gunsten seines geliebten Attachés erlaubt habe. Er müsse zwar zugeben, daß das „anscheinend“ eine Handlungsweise sei, die mit dem „richtigen Vorgehen nicht in Einklang zu bringen sei; er habe es aber nicht besser gewußt und keine Rechtsberklärung des Reichstages beabsichtigt gehabt; zu der Staatsüberschreitung habe er sich ebenfalls für berechtigt gehalten. Damit hatte nun der Herr dem Hof den Boden ausgeschlagen, und es wurde ihm zu Gemüte geführt, daß sich die Budgetkommission nicht mit solchen „harmlosen“ Auffassungen des Staatsrechtes der Vollberechtigung befremden könne. Genosse Singer vertiefte die Diskussion durch den Hinweis, daß auch die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes und des Reichs-Schatzamt für die Eigenmächtigkeiten des Kolonialdirektors mitverantwortlich seien; was seien das für Zustände, wenn auch diese Stellen so leichtfertig mit dem Staatsrecht der Vollberechtigung umgingen? Singer beantragte, um ein Beispiel zu statuieren, die Ablehnung der ganzen Position, denn nur dann würden die Attachés abberufen werden, während man sie an ihren Plätzen halten würde, wenn man, nach Graf Oriolas Vorschlag, nur einen Teil der Forderungen streiche; bei der Uebertragbarkeit verschiedener Titel würden dann nämlich die Gehälter einfach auf den Etat des Auswärtigen Amtes übernommen werden. Da sich der Kolonialdirektor in der That nicht verpflichten wollte, die Attachés zurückzuberufen, so zogen schließlich auch noch die Nationalliberalen ihren Vermittlungsantrag zurück. Nicht einmal die Konservativen und Freikonservervanten bauten den bedrängten Regierungsmännern goldene Brücken, sondern rückten vielmehr mit „hörbarem Rud“ von ihnen ab. Herr v. Stengel und Herr v. Nischhofen, die Gewaltigen in den Reichsämbtern für die Finanzen und das Auswärtige, hatten währenddem in schweigernder Verlegenheit dagehessen; Nebel provozierte sie durch einen scharfen Vorstoß zu einer Aeußerung über die beabsichtigte „Täuschung“ des Reichstages; dem Kolonialdirektor könne man seine Unkenntnis des Staatsrechtes vielleicht noch glauben und als milderen Umstand anrechnen — abgesehen das auch schon eine starke Zumutung sei, aber die alten Staatssekretäre hätten mit dem Reichstanzler die Verantwortung zu tragen. Daß sie keinen Einspruch gegen das Verfahren des Kolonialdirektors und die widerrechtliche Anstellung des Attachés erhoben hätten, lasse auf geradezu anarische Zustände in den Reichsämbtern schließen. Einen schärfsten Widerspruch gegen diese Darlegungen versuchte der Schatzsekretär von Stengel mit der Bemerkung, „Zuschüsse aus Kommissionsgeldern“ an sogenannte Attachés seien „immerhin zulässig“; worauf ihm Dr. Südekum mit dem Hinweis darauf entgegentrat, daß es sich hier ja gar nicht um Kommissions- und um Zuschüsse handle, sondern daß man im Gegenteil gerade widerrechtlich Beamte mit fixem Gehalt angestellt habe. Der Rest war Schweigen auf den Bänken der Regierung! Der Abg. Müller-Sagan machte noch auf den interessanten Umstand aufmerksam, daß der Pariser Kolonial-Attaché nicht einmal im Reichshandbuche unter den Beamten des Reiches mitaufgeführt werde, also eine besonders geheimnisvolle Existenz führe. Kolonialdirektor Stübel wollte das auf ein Versehen zurückführen. Eine merkwürdige Sache: widerrechtlich angestellt, wird dann dieser Beamte auch noch in den Listen auf Versehen aufgeführt!!

Einmütig strich die Budgetkommission den Etatartikel, nachdem noch in der letzten Minute der Versuch des Herrn Pasche vereitelt worden war, der Regierung durch Bestehenlassen des Titels ohne Summe die Möglichkeit einer neuen Schiebung zu lassen oder zu schaffen.

Vorher schon hatte die Kommission eine Forderung von 5000 M. zur Unterstüzung einer kolonial-chemischen Untersuchungsstation abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine preußische Schornereier; die Untersuchungen werden nämlich in einem preussischen Institut zu Döhlen ausgeführt und das Reich sollte dazu jetzt einen Kostenbeitrag leisten. Da diese Untersuchungen ohnehin gemacht werden müssen, das Institut ohnehin besteht, und da andre wissenschaftliche Institute die Arbeit nötigenfalls gern übernehmen würden, so wurde mit der preussischen Forderung kurzer Prozeß gemacht.

Endlich wurde auch noch eine erste Forderung für den Bau einer Sommerresidenz für den deutschen Gesandten in Teheran in Persian abgelehnt, weil die Begründung der Kommission zu oberflächlich erschien und weil offenbar auch das Vertrauen zu den Darlegungen der Regierung in den vorausgehenden Debatten einen gar zu heftigen Stoß selbst bei den bewilligungsfreudigen, gewöhnlich „patriotisch“ genannten Parteien erlitten hatte. Herr v. Nischhofen schaute sehr

bedrückt drein, als er sah, was geschah. Aber das hat der Kolonialdirektor unter seinen Auspizien mit seinen „kolonialen Tanzattaches“ angerichtet! —

Ein Bund gegen Kulturansprüche.

In Grimmitzschau liegen etwa 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße, weil sie es gewagt haben, an Stelle einer bisher elfstündigen Arbeitszeit eine zehnstündige zu fordern. Sie haben jahrelang deswegen mit den Unternehmern unterhandelt, sie haben im Vorjahre flehentlich gebeten, ihnen die Arbeitszeit wenigstens um eine halbe Stunde herabzusetzen. Immer wurden sie unter den nichtsagendsten Lebensarten abgewiesen. Im Sommer des Vorjahres rief ihnen die Gebuld, 500 von ihnen rückten, als das alte Spiel des Hin- und Hergehens seitens der Unternehmer wieder begann, ihre Kündigung ein. Da ließen die Unternehmer ihre Arbeiterfreundschaft heuchelnde Maske fallen und begannen eine Raubtorgerei. Sie forderten, daß die 500 ihre Kündigung zurückziehen sollten und drohten, wenn dies nicht geschähe, ihr gesamtes Personal anzuzupacken. Als in der That die 500 ihre Kündigung aufrecht erhielten und ihre Kollegen erklärten, sie nicht terrorisieren zu wollen, warfen die Unternehmer mitteillos 7000 Menschen auf die Straße und legten eine ganze Industrie lahm. Das hat sich in der Folge gerächt. Für die Ausgepörrten hat das deutsche Proletariat gesorgt; die Betriebe der Unternehmer aber stehen still oder arbeiten nur zum Schein.

Man sollte meinen, daß das von den Scharfmachern misleitete Unternehmertum nun sein Unrecht einsehen und sich mit den Arbeitern einigen würde. Nichts von alledem. Die Diktatoren des Scharfmacher-Verbandes halten mit Wechselverpflichtungen eiserne Disziplin. Die Arbeiter kamen ihren Arbeitgebern entgegen und riefen das Gewerbergericht an. Aber die Beschlüsse des Scharfmacher-Verbandes gestatten nicht, daß die Unternehmer vor dem Gewerbergericht erscheinen. Private und Regierungsbemittelter erschienen in Grimmitzschau. Doch die dortigen Unternehmer sind nicht Herr in eigenem Hause; ihre mit ihnen in einem Interessentenverband „vereinigte“ Konkurrenz zwingt sie, gegen ihre Arbeiterkraft und sich selbst weiter zu weiten.

Allmählich liehen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nach. Nun begann eine große Vellektion in Deutschland unter den Massenorganisationen der Herren. Aber die Vellektion scheint auf die Dauer nicht die nötigen Summen zu bringen. Herr Kommerzienrat Vogel, der Vorsitzende des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Industrie, der Hauptverantwortliche für die jetzige Lage der Grimmitzschauer Unternehmer, sann deswegen auf Rettung und hat nun für den kommenden Sonntag nach dem „Kaiserhof“ in Berlin zu einer allgemeinen Vorberedung über den Zusammenschluß aller Arbeitgeber eingeladen. Der Bund der Industriellen hat die vorbereiteten Schritte für diesen Zusammenschluß. Er soll die Grundlage für eine wirksame finanzielle Stärkung der Arbeitgeber gegenüber den Verlusten aus Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Verhütung derselben bilden. Die gegenwärtige Hauptaufgabe des Zusammenschlusses dürfte sein, die Unterstützung der Grimmitzschauer Unternehmer noch ein paar Wochen lang möglich zu machen.

Wir bestreiten den Herren Unternehmern natürlich das Recht nicht, sich zu koalieren, sondern wünschen nur, daß sie auch den Arbeitern dasselbe Recht zugestehen. Aber der gegenwärtige Augenblick und das Kampfsobjekt in Grimmitzschau sind doch wahrlich nicht geeignet, Sympathie für die neue Gründung des Unternehmertums einzuschüßen. Gerade in dem Kampfe zu Grimmitzschau vertreten die Arbeiter, wie vielleicht nie sonst in dem Maße, eine Kulturforderung. Dieser Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, dieser Kampf um eine Stunde für die Familie, für die Bildung, für das Menschsein steht etwisa höher als alle Lohnforderungen. Und gerade dieser Kampf ist den Unternehmern am liebsten, sich gegen die Forderungen der Arbeiterkraft zu koalieren, eine Organisation zu schaffen, deren Endzweck die Zurückweisung von Kulturansprüchen im Volke ist!

Daß der Centralverband deutscher Industrieller solche Bestrebungen bestimmungslos unterstützt, ist selbstverständlich. Er läßt verkünden:

Das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat folgendes beschlossen:

1. Eine Centralstelle der Arbeitgeber-Verbände zu errichten, um sie zur Bekämpfung unberechtigter Bestrebungen der Arbeiter mit einander in Verbindung zu bringen.
2. Die Mitglieder des Reichstages in einer Eingabe zu bitten, den Gesetzentwurf betreffend die Kaufmannsgerichte abzulehnen.

Der Kapitalismus ist zu einem Kulturhemmnis geworden! Sein Untergang liegt im Interesse der Menschheit! —

Zur Erhebung der Hereros.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird in einem längeren Telegramm aus Berlin über den Aufstand der Hereros gemeldet: Es liegt auf der Hand, daß die ausgedienten Mannschaften jetzt nicht entlassen werden können, und daß der neu hinzukommende Ersatz eine sehr erwünschte Verstärkung der Truppenmacht in unserm Gebiet bedeutet. Sollten mehr Verstärkungen von den dortigen Behörden verlangt werden, so wird man sich der Erfüllung dieser Forderung nicht entziehen können und die Verstärkungen von vornherein so bemessen müssen, daß man mit ihnen den Aufstand rasch und aufs gründlichste niederwerfen kann. Was den Grund des Aufstandes anlangt, bleibe immer das wahrscheinlichste, daß der neue Aufstand mit den Bondelzwarts zusammenhängt, worüber unter den Hereros falsche Nachrichten verbreitet sein dürften. —

Ostasien.

Der „Matin“ glaubt auf Grund zuverlässiger Mitteilung bestätigen zu können, daß Frankreich bereit sei, sich der englischen Regierung anzuschließen, um in Ostasien jene Art freundschaftlicher Intervention auszuüben, die der Haager Kongreß als gute Dienste bezeichnet hat. In diplomatischen Kreisen glaube man, daß diese gemeinsame französisch-englische Aktion alle Aussicht auf Erfolg habe. Japan könne seinem Verbündeten England gegenüber kein Mißtrauen hegen. Ferner sei an dieser Frage vollständig unbeteiligt das französisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1902; es sei in keiner Weise auf den gegenwärtigen Streitfall anwendbar. Japan könne keine Einwendung gegen diese Intervention erheben. Die beiden intervenierenden Mächte würden sich hauptsächlich an Japan wenden. Die japanische Regierung scheine, ohne daß sie zu Gewaltmitteln hätte greifen müssen, in der That alles erlangt zu haben, was sie wünschte. In der japanischen Gesandtschaft in Paris habe man einen Berichterstatter erklärt, daß diese guten Dienste, falls sie erfolgen sollten, in Tokio sympathische Aufnahme finden würden, man scheine jedoch zu fürchten, daß Rußland dann die in den direkten Verhandlungen eintretende Pause benutzen könnte, seine Kräfte zu verbollständigen. In der russischen Politik beziehe man diese Besorgnis Japans als unbegründet, da die demselben Vorbereitungen Rußlands vollständig ausreichten und die Politik des Kaisers Nikolaus eine entschiedene friedliche sei.

Die Mandchurei-Frage.

Tokio, 13. Januar. Die in europäischen Blättern enthaltenen Angaben über angebliche Forderungen Japans bezüglich der Mandchurei haben hier große Ueberraschung hervorgerufen. Japan hat niemals die Räumung der Mandchurei verlangt, es hat vielmehr die besonderen Interessen Ruß-

lands und dessen Recht, seine Interessen zu schützen, offen anerkannt und nur gefordert, daß Rußland seine freiwillig gegebenen Bürgschaften über die Achtung der territorialen Integrität Chinas in der Mandchurei auch einhalte. Außerdem hat Japan Freiheit der Wohnsitz betreffenden Rechte und des internationalen Handels in der Mandchurei verlangt.

Washington, 14. Januar. Das Staatsdepartement hat eine Erklärung über den chinesisch-amerikanischen Vertrag veröffentlicht, in dem es eine Geschichte der Verhandlungen giebt und auf die aus dem Vertrag folgenden Vorteile hinweist. Die Öffnung von Häfen und Ämtern sei wahrscheinlich am interessantesten für die Öffentlichkeit; das Staatsdepartement weist aber darauf hin, daß auch die Öffnung von Ta-tung-san unter dem Vertrag falle. Wahrscheinlich würden alsbald Konsularvertretungen der Vereinigten Staaten und anderer Mächte dort eingerichtet werden, welche ihr erstes Bestreben darauf richten würden, die Ordnung in diesem sehr beunruhigten Grenzlande Chinas herzustellen, und die in hervorragender Weise dazu beitragen würden, daß der Grundsatz der offenen Thüre gesichert werde, zu dem China sich unwiderruflich verpflichtet habe, und daß die Integrität Chinas und seiner administrativen Kontrolle über seine mandchurischen Provinzen gewahrt werde.

Die japanische Antwort.

New York, 14. Januar. Der „Associated Press“ wird aus Tokio unter dem gestrigen Datum gemeldet: Der Minister des Aeußern Baron Komura staltete dem Marquis Ito, dem Ministerpräsidenten Katsuma, dem Kaiser und dem russischen Gesandten Baron v. Rosen Besuche ab. Man glaubt, daß Komura persönlich Baron v. Rosen die Antwort Japans auf die russische Note überreicht hat. Die Antwort soll kein Ultimatum sein, sondern in gemäßigtem, wenn auch entschiedenem Tone abgefaßt sein und ausführlich die koreanischen Angelegenheiten behandeln.

Die japanischen Sozialisten gegen den Krieg.

Die „Aurora“ veröffentlicht einen Artikel des japanischen Genossen Katayama, in welchem sich derselbe im Namen seiner Partei gegen einen Krieg mit Rußland erklärt. Die große Masse der Bevölkerung, so heißt es in dem Artikel, sei gegen einen Krieg. Allerdings gebe es in Japan eine Kriegspartei; das seien neben der Militärkaste die Unternehmer, welche als Lieferanten von Kriegsartikeln ein Interesse haben. Die Regierung scheine selbst nicht sehr für den Krieg zu sein; sie habe aber Furcht vor der Kriegspartei. Die arbeitenden Klassen von Japan hätten vom Kriege keinen Gewinn; siege Japan, so würde es der Arbeiterklasse nicht besser gehen, denn es würden ihr neue Steuern aufgebürdet werden. So habe auch der chinesische Krieg dem Volke neue Lasten für die Erhaltung und Vergrößerung der Marine und der Armee gebracht. Ein neuer Sieg würde den Militarismus noch mehr stärken. Die Arbeiter haben kein Interesse an der Befreiung der Mandchurei und haben nicht das Verlangen — selbst nicht um Koreas willen — sich mit den russischen Arbeitern gegenwärtig anzuschließen. Tausende von Krüppeln, Witwen und Waisen, alles Angehörige der arbeitenden Massen, das würde das Facit des Krieges sein.

Sodann erörtert Katayama die Ungerechtigkeiten des Militärdienstes in Japan. Wohl bestimme das Gesetz, daß jeder Japaner drei Jahre aktiv und drei Jahre in der Reserve zu dienen habe, in Wirklichkeit gelinge es allen Reichen und Mächtigen, ihre Söhne vom Militärdienst zu befreien. Dessenungeachtet, aus den Reihen der privilegierten Klassen, welche wirklich dienen, werden nach einjähriger Dienstzeit zum Offizier befördert und so zahlt das Volk auch den hauptsächlichsten Teil der Militärsteuer und sei deshalb gegen den Krieg, der nur im Interesse der herrschenden Klasse liege. —

Deutsches Reich.

Reichstags-Arbeiten.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hatte Donnerstag unter Vorsitz des Präsidenten eine Besprechung über die Geschäftslage des Reichstages. Der Präsident erklärte es als die Hauptaufgabe des Reichstages, den Etat bis Ende März fertig zu stellen, und beklagte es, daß die knapp bemessene Zeit hierzu durch die zahlreichen Interpellationen, die zudem lange Beratungen in Anspruch nähmen, beeinträchtigt wird. Da nach der Geschäftsordnung die Interpellationen sofort nach ihrem Eingang auf die Tagesordnung zu setzen sind, so giebt es keine Mittel, die Beratung auf eine weniger geschäftlich in Anspruch genommene Zeit zu verschieben; dagegen könne dadurch Zeit gespart werden, daß die angefangene Besprechung der Interpellationen, wenn dieselbe vertagt werden muß, nicht an dem folgenden Tage fortgesetzt, sondern auf später verschoben wird. Zu dieser Praxis werde er übergehen und er hoffe, daß der Reichstag sein Verfahren billigen werde.

In der Diskussion wurden die Ursachen, die eine Häufung der Interpellationen veranlaßt haben, dargelegt, wobei sich ergab, daß die Mehrheitsparteien dem Plane des Präsidenten zustimmen. Ferner eruchte der Präsident, um die rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sichern, in den Fraktionen dahin zu wirken, daß der zweiten Lesung des Etats nicht zu viel Zeit gewidmet wird. Da Ostern dieses Jahr sehr früh fällt, der Reichstag aber ungewöhnlich spät einberufen wurde, ist kaum anzunehmen, daß bis Ende März andre Verhandlungsgegenstände den Reichstag beschäftigen werden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß hierdurch die Initiativanträge wieder zu kurz kämen, und mitgeteilt, daß die Absicht bestiehe, zu verlangen, daß der eingebrachte Antrag betreffend die Abänderung der Geschäftsordnung (Beseitigung der Diktatur des Präsidenten und Aufhebung der Beschränkung der Redezeit bei Geschäftsordnungs-Vermehrungen) außer der Reihe der Initiativanträge an einem nicht solchen Anträgen vorbehaltenen Tage zur Verhandlung gelangt. Unter gewissen Voraussetzungen meinte der Präsident diesen Vorschlag befürworten zu können, während die Vertreter der andern Parteien, bevor sie ein Wort darüber abgeben, erst in ihren Fraktionen über die Sache beraten wollen. Nur die Freikonservervanten erklärten durch den Abg. v. Kardorff, daß ihrerseits der baldigen Beratung des sozialdemokratischen Antrages zugestimmt werde. Vermutlich wollen diese Herren die Angelegenheit benutzen, um für den Reichstag ein „Mauilordgesetz“ zu schaffen, welches die sozialdemokratische Fraktion der Wälfar und dem Terrorismus der Mehrheit preisgiebt.

Wegen der Eröffnung des preussischen Landtages wird am Sonnabend, den 16. d. Mts., die Sitzung im Reichstage ausfallen. —

Der Gesetzentwurf betreffend den Serbistatut und die Klasseneinteilung der Orte ist jedoch dem Reichstage zugegangen. Desgleichen der Geschäftsbericht der Central-Auskunftsstelle für Rußwandler für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903. —

Noch ein unparteiischer Bürgermeister. Dank dem einmütigen Vorgehen der bürgerlichen Parteien war es den Genossen der Stadt Bunzlau in Schlesien diesmal nicht gelungen, sozialdemokratische Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden. Bei der Einführung der Neugewählten konnte es sich der Bürgermeister nicht verfangen, vor den Augen der alten Arbeitervertreter keine Genehmigung darüber auszusprechen, daß statt der von den Sozialdemokraten vor-

geschlagenen „Töpfergefellen und Steinmehlen“ diese patriotischen Bürger gewählt sein. Er dankte der Bürgerchaft für die Abwehr der Socialdemokraten.

Zur Finanzklemme der Einzelstaaten. In der ersten Sitzung des neuen braunschweigischen Landtages entwarf der Staatsminister Dr. v. Otto ein recht trübes Bild von der finanziellen Lage. Wie in den meisten deutschen Einzelstaaten, so sieht auch der braunschweigische Staatshaushalts-Etat zur Zeit ein weniger günstiges Aussehen. Der Grund liegt nicht in neuen organischen, die Mittel des Staates in Anspruch nehmenden Einrichtungen, welche dem Landtage etwa vorzuschlagen wären, sondern vor allem in dem Fehlen hoher Ueberschüsse aus früheren Finanzjahren. Zur Deckung der ordentlichen Ausgaben müßten daher neue Einnahmequellen erschlossen werden, und die Regierung schloß als nächstliegendes und zugleich allein ausreichendes Mittel die Erhöhung der direkten Steuern vor. Für diesmal sei nur die Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungsteuer und zwar um die Hälfte des bisherigen Betrages in Aussicht genommen. Anträgen des Landtages entsprechend wird demselben u. a. ein Gesetz vorgelegt werden, welches „in einem mit der öffentlichen Sicherheit vereinbaren Umfange“ weiblichen Personen die Möglichkeit der Teilnahme an Vereinen und Versammlungen eröffnet, ferner Gesetze betreffend die Besteuerung der Warenhäuser und der Wanderlager.

Ueber den „mit der öffentlichen Sicherheit vereinbaren Umfang“ des Frauen-Vereinsrechtes wird weiter gemeldet, daß die geplante Vervendung nur darin bestehen soll, daß auch weibliche großjährige Personen an solchen Vereinen und Versammlungen teilnehmen dürfen, welche der Nächstenliebe oder der Erziehung und dem Unterricht weiblicher Personen dienen. Von einer Beseitigung der politischen Entziehung der Frauen ist mithin keine Rede.

Amtsankündigung des Professors Lehmann-Hohenberg. Das preussische Staatsministerium, die letzte Instanz in dem gegen den hiesigen Professor Lehmann-Hohenberg eingeleiteten Disziplinarverfahren wegen Beleidigung (des Kriegsministers v. Goltz, des Justizministers Schönstedt usw.) hat in seiner Sitzung vom 28. Oktober v. J. das frühere Urteil auf Entlassung aus dem Amte „mit der Maßgabe bestätigt, daß dem Angeschuldigten drei Viertel des von ihm zur Zeit seiner Dienstentlassung an Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß bezogenen Betrages als Lebenszeit als Unterstützung zu verabschieden sind“. Am 23. Dezember v. J. soll das Urteil vom Kaiser bestätigt worden sein. Am 9. Januar v. J. ging es dem Professor zu. Das Urteil nimmt als proficillios an, daß Professor Lehmann-Hohenberg sich gegenüber Beleidigung schuldig gemacht habe. Als mildernde Umstände werden anerkannt „die leidenschaftliche Erregung und Erbitterung, in welcher er das Offene Schreiben an den Reichstagskanzler verfaßt, und die in dem von ihm in seiner Schrift „Das Recht des öffentlichen Raubes usw.“ niedergelegten scharfen persönlichen Erfahrungen ihre subjektive Rechtfertigung fanden. Endlich fällt zu seinen Gunsten die Thatfache ins Gewicht, daß er sich mit persönlichen beträchtlichen Opfern um die Pflege der von ihm vertretenen Wissenschaft an der Universität Kiel besondere Verdienste erworben hat“. Der Beurtheiler hat an Rektor und Senat der Universität Kiel einen Abschiedsbrief geschrieben, in welchem es unter anderem folgendermaßen heißt: „Ich weiche jetzt der Gewalt, denn ich erachte das ganze Verfahren gegen mich als ungeschicklich. Ankläger und Beleidigte oder deren Kollegen können nicht zugleich Richter sein; man hätte die von mir nach Duhenden als Beweis angebotenen Fälle — ein einziger konnte unter Umständen genügen — untersuchen müssen und dürfte nicht von Einzelfällen sprechen. Das ist eine That vor der Öffentlichkeit! Der verstorbene Historiker Mommsen wurde freigesprochen, obwohl er dem Reichstagskanzler Bismarck in öffentlicher Versammlung vorwarf, daß er eine Politik des Schwindels treibe. Wollte man zusammenstellen, was Professoren an kräftigen Worten gelegentlich gebrauchen, so möchte wohl ein artiges Bündchen zu hande kommen. Wird ein sittliches Urtheil und eine That, zu der mich mein dem Könige geleisteter Treueid verpflichtete, in dieser Weise geahndet, so erfahren Professoren eine Behandlung als Staatsbürger zweiter Klasse; denn ein nicht bezeichneter Bürger kann nicht ohne vorangegangene Untersuchung bestraft werden.“

Wegen fortgesetzter Soldatenmißhandlungen hatte sich vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier ein Unteroffizier der 4. Compagnie des 69. Infanterieregiments zu verantworten. Eine große Zahl Soldaten wurde von ihm in der brutalsten Art mißhandelt. Der Stellvertreter Gottes ging sogar so weit, wahllosen Rekruten ins Gesicht zu spucken. Einem Teil der Soldaten hat er das ihnen zustehende Brot vorenthalten. Der Gerichtsherr beantragte ein Jahr und neun Monate Gefängnis wegen fortgesetzter Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener sowie wegen Unterschlagung. Er führte aus: Der Angeklagte habe die Leute schlimmer behandelt als Schulknaben; trotz der zahlreichen Verurtheilungen habe er die Soldaten fortgesetzt geohrfeigt, geschlagen, getreten, geklopft und dergleichen. Das Gericht erkannte auf elf Monate Gefängnis und Degradation.

München, 14. Januar. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute gelegentlich der Beratung des Etats der Postdirektion München die schon gestern von dem Abg. Müller (Soz.) einer Kritik unterzogene Beschlagnahme der letzten Centralnummer des „Simplicissimus“ weiter erörtert. Lerno (Ctr.) betont, daß er seiner Zeit nur ein Kolportageverbot gefordert habe. Seine Kreise seien der Ansicht, daß gegen die Vergiftung unserer Jugend und gegen die Untergrabung der Autorität durch Witzblätter, wie der „Simplicissimus“, etwas geschehen müsse. Minister Freiherr v. Feilich hat u. a. hervorgehoben, daß die betreffende Nummer des „Simplicissimus“ von der Polizei von Stuttgart, wo das Blatt gedruckt werde, als Psittakeremplar nach München gefandt worden sei, wo sich der Verlag des Blattes befindet. Bei der Beschlagnahme, welche das Gericht bestätigt habe, sei ganz korrekt verfahren worden. (?) Mit einem Kolportage-Verbot sei wenig zu erreichen. Deinhard (liberal) erklärt, „Jugend“ und „Simplicissimus“ seien nach modernen Begriffen nicht unmoralisch; die beschlagene Nummer des „Simplicissimus“ gehele jene Moral, die in Bayern vor 100 Jahren infolge der lange dauernden Herrschaft des Alerius geherrscht habe. „Wir wünschen nicht“, sagt Medner, „daß jene Moral sich unter der Herrschaft des Ultramontanismus wieder neu etabliert.“

Jungliberaler Kulturkampf. Nirgends haben die sogenannten Jungliberalen mehr antiliberalen Värm gemacht wie in Baden. Nirgends aber haben sie sich trotz dieses Värmes und inkonsequenter Benennungen als hier. Bei den Reichstagswahlen haben sie dort, wo das Centrum den Ausschlag zwischen Socialdemokratie und Nationalliberalen gab, platt auf dem Bauche vor den „Römlingen“ gelegen und haben in der unwürdigsten Weise um deren Stimmen gebettelt, ja sich nicht der aberwitzigen Freimüthigkeitschreie geschämt, nur um keinen der „Klosterbrüder“, der „Finstertlinge“ und „Kulturfeinde“ vor den Kopf zu stoßen. Die Verhandlungen über das Kultusbudget in der Budgetkommission gaben dieser Lage wieder Gelegenheit, diese tapferen Kulturkämpfer lernen zu lernen. Einer ihrer Eifrigsten, der Landgerichtsrath Obkircher-Freiburg, machte Miene, beim römisch-katholischen Kultus einige Streichungen vorzunehmen. Die tapferen badischen Kulturkämpfer bewilligten sonst in jedem Landtage anstandslos über eine halbe Million Staatsgelder für den Alerius, im letzten Landtage sind der Alerius sogar durch Nachtragsetat noch sehr erhebliche Extragebühren, zu denen der Staat in keiner Weise irgend eine Verpflichtung gehabt hätte, gemacht worden. Diesmal wollte nun der Abg. Obkircher seinen Zorn gerade an diesen Extragebühren auslassen; er machte Ausfährungen, die nur den inkonsequenten Schluß zuließen, daß diese Summen gestrichen werden müßten. Einen Augenblick sah es wie Konfuzius aus, das Centrum rüftete sich, der Minister hat um gut Wetter, da erhob sich der Führer der Nationalliberalen und erklärte die Ausfährungen seines Parteigenossen für ein „Mißverständnis“. Die Liberalen dachten gar nicht an Streichung

der Posten, nur einige bescheidenen Auskünfte erbaten sie sich noch. Und der „jungliberale“ Held Obkircher? Er bestätigte seinem Chef, daß er „mißverstanden“ worden sei. Die Liberalen werden also auch dieses Jahr das Kultusbudget samt den Extragebühren bewilligen und dann wieder hinausziehen in den Kloster- und Jesuitensturm als unentwegte Kämpfer gegen „Rom und den Ultramontanismus“. Bereits jetzt beginnen sie eine neue Komödie: Sie haben in Karlsruhe eine angeblich „unparteiische“ Vereinigung geschaffen zur „Bekämpfung der kirchlichen Gefahr in der Schule“. Die Gefahr ist gewiß nicht gering, aber solche Helden sind nicht dazu geschaffen sie zu bannen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kriegsminister über die zweijährige Dienstzeit.

Wien, 13. Januar. Im Budgetausföhr der österröichischen Delegation erklärte der Kriegsminister, daß er das größte Gewicht auf die Erhaltung des festen Gefüges der gemeinsamen Armee lege und daß eine abschließende Verlegung des nationalen Empfindens gegen die bestehenden Vortheile der Vertheilung. Die Kriegsverwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß alle Nationalitäten gleichen Schutz und gleiche Berücksichtigung in der Armee finden müssen. Die Resolution des Delegierten Verbands wird hierauf angenommen. Dann beginnt der Ausspruch die Generaldebatte über das Heeresordinarium. Im Laufe der Debatte führt der Kriegsminister aus, die Gesekentwürfe betreffend die zweijährige Dienstzeit seien bereits ausgearbeitet und den beiderseitigen Regierungen übermittleit worden. Die Durchführung könne jedoch nicht plötzlich, sondern müße schrittweise erfolgen, weil die Erhöhung des Rekrutenkontingents, die Vorzüge für Vermehrung der Offiziere sowie eine bessere Versorgung der lange dienenden Interoffiziere und anderweitige Verfügungen nötig seien. Der Kriegsminister weist endlich auf die Höhe der Kosten der Vorlage hin, zumal man jetzt vor der mit großen Ausgaben verbundenen Reorganisation der Artillerie stehe. Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen.

Amerika.

Washington, 13. Januar. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Eine Depesche des Konteradmirals Coghlan aus Colon bestätigt die Meldung aus Cartagena, daß ein Kreuzer im Besitz sei, kolumbische Truppen über den Golf von Darien zu setzen. Die Zahl der jetzt in Baranquilla befindlichen Truppen, die mit der größten Beschleunigung dort eintrafen, belaufe sich auf 16 000 Mann.

Washington, 13. Januar. Präsident Roosevelt hat bereits die Wahl der amerikanischen Konsuln für Rußland und Antung vollzogen und wird die betreffenden Schriftstücke sofort dem Senat zur Genehmigung überreichen.

Washington, 13. Januar. Präsident Roosevelt erklärte bei Entgegennahme der Resolutionen, die gestern in der Versammlung der Vertreter aller Parteien des Landes zur Förderung des Schiedsgerichts-Gedankens in der ganzen Welt zur Annahme gelangten, er stimme von Herzen den Vorschlägen der Konferenz, ein internationales Schiedsgericht zu stände zu bringen, bei. Er werde die Angelegenheit aufs genaueste erwägen und alle möglichen Schritte thun, um ein solches Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Nationen zu schaffen.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Januar 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung konstituieren sich heute die Abteilungen und wählen sodann zunächst den Ausschuß, der die Wahl der ständigen Ausschüsse usw. vorbereiten soll.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/2 Uhr. In den vorstehend erwähnten Ausschüssen sind u. a. die Stadtv. Bruns, Singer, Liebknecht (Soz.) gewählt; Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Langerhans.

Der Rentier Ludwig Jettler hat der Stadtgemeinde den größten Teil seines Grundbesitzes in der Wäldingstraße zur Errichtung eines städtischen Studentenheims, eines Frauenheims und ähnlicher gemeinnütziger Einrichtungen bereits im Jahre 1901 geschenkt, teils zur unentgeltlichen Ueberlassung zugelegt. Für die vor etwa Jahresfrist an die Stadt ausgelassenen Grundstücke Wäldingstr. 1/2 ist ihm jetzt die Umfassung u. a. abgefordert worden. Er hat um den Erlaß derselben nachgesucht und die Säendung weiterer fünf Grundstücke gleichfalls vom Erlaß derselben abhängig gemacht.

Der Magistrat will dem Ansuchen entsprechen und die Versammlung entscheidet einstimmig in demselben Sinne.

Um 6 Uhr findet eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Kommunalbehörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters statt zur Wahl von 26 Mitgliedern und 14 Stellvertretern für die Einkommensteuer-Verrechnungskommission.

Die bisherigen Mitglieder werden auf Antrag Kreitling durch Jurist wiedergewählt bis auf den ablehnenden Stadtv. Schröder, in dessen Stelle Stadtv. Realschuldirektor Hellwig tritt.

Im Anschluß hieran wird von der Versammlung als Stadtsyndikus Herr Weise mit 110 von 111 gültigen Stimmen wiedergewählt; Stadtvorordneter Jacobi erhält 1 Stimme, 3 Jettler sind unbefriedigt.

Der bisherige Stadtrat Tourbis wird ebenfalls mit 109 von 119 Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt. 6 Jettler sind weiß, 4 Stimmen zerstückelt.

Die

Verdoppelung der Umsatzsteuer.

die dem krankehenden Zustande der städtischen Finanzen abhelfen soll, ist im Ausschusse nach lebhafter Erörterung sowohl für Häuser als auch für Pausstellen mit acht gegen vier Stimmen angenommen worden. Referent des Ausschusses ist Stadtv. Galland. Zur heutigen Plenarberatung ist vom Stadtv. Wallach beantragt, die Verdoppelung auf unbebaute Grundstücke zu beschließen. Der Referent weist unter anderem darauf hin, daß nach der Ansicht der Mehrzahl der Anwesenden zum Stempelgesetz ein Tauschvertrag in Zukunft als zwei Kaufverträge vertheuert werden soll, und es ist in das Reglement deshalb der Passus aufgenommen: „Beim Tausch von Grundstücken wird jeder Eigentumsverwerb besonders besteuert.“

Stadtv. Wallach (N. L.): Wir haben hier die erste Welle des neuen Steuerbaues vor uns. Auch 1895 haben wir die Umsatzsteuer nicht freudigen Herzens, sondern durch die leider notwendig gewordene Aushebung der Wictossteuer gezwungen eingeführt. Um so bedenklicher ist die uns jetzt angekommene Verdoppelung. Diese ist bedeutungslos für den ständigen Grundbesitz, aber eine schlimme Erhöhung für den Geschäftsverkehr. Wird die Mehrbelastung auf den Wert des Grundstücks abgewälzt, wie nicht anders möglich, so werden die Grundstücke teurer und die Mieten höher geschraubt und die Thätigkeit der Bauunternehmer, dieses großen Faktors im Berliner Geschäftsleben, aufs äusserst behindert. Dabei ist gar nicht zu erwarten, daß wir auf diese Weise bei den 100 Proz. Einkommensteuern bleiben. Um die immer rapider steigenden Ansprüche sozialpolitischer und hygienischer Natur für Berlin zu befriedigen, reicht alles Geld der Welt nicht hin. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, von der Erhöhung der Steuer für Häuser abzusehen. Anders sieht es mit den Pausstellen. Diese sind in den Händen von Spekulanten, und denen kann man die doppelte Steuer ruhig auferlegen.

Stadtv. Jacobi (N. L.): Im vorigen Jahre ist es entgegen den Vorschlägen des Magistrats noch einmal gelungen, mit 100 Proz. Einkommensteuer auszukommen. Eine Deputation beschäftigt sich mit der Frage, wie dem Defizit abgeholfen werden soll. Nach allem, was man hört, stellt der neue Etat fast durchweg erhöhte

Anforderungen; dazu kommt u. a. das von 1902 zu bedende Defizit von zwei Millionen. Neben der Erhöhung der Umsatzsteuer hat man in der Deputation die Verdoppelung der Grundsteuer und eine Luftzugssteuer angeregt. Außerdem hat man die Wiederheranziehung der Niernärker und die Einführung der Deklarationspflicht auch für die Einkommen von 3000—1500 M. vorge schlagen. Andererseits ist die Ueberschreibung der 100 Proz. aus den verschiedensten Gründen nicht ratfam, zumal da der Abzug wohlhabender Steuerzahler unzweifelhaft dann noch größer werden würde. Die Verdoppelung der Umsatzsteuer wird uns bei vorsichtiger Schätzung 1 1/2 Millionen mehr einbringen; die Einkommen aus den Gadenwerten werden sich ebenfalls um 1 1/2 Millionen verbessern; außerdem sind noch 800 000 M. extraordinäre Einnahmen zu erwarten. Mit diesen 3 1/2 Millionen wird das Defizit zu beseitigen sein. Den Antrag Wallach lehne ich ab; wir können nicht irgend welchen Interessenten zu Liebe auf diese Mehr-Einnahme verzichten. Am wenigsten brauchen wir uns für die Bau-Unternehmer zu erwärmen. Sollen wir vielleicht aus Rücksicht auf Hausbesitzer, die Hypotheken bis zum Schornstein haben, die ein Luftzug unerschmeißt, wenn eine Wohnung leer steht oder eine kleine Hypothek gekündigt wird, unsere große Reform unterlassen? (Zurufe.) Es giebt überhaupt keine Steuer, die gerecht ist. Für die Erhöhung der Einkommensteuer sind unbedingt nur die Socialdemokraten, und von ihrem Standpunkte aus mit Recht; denn sie verfolgen eine ganz bestimmte Interessentvertretung und ein großer Teil von ihnen bezahlt überhaupt keine Steuern. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Wir nehmen die Interessen der Allgemeinheit wahr, haben Rücksicht auf unsere Wähler zu üben und wollen Zufriedenheit, nicht Unzufriedenheit, die aus der Steuererhöhung entstände und nur Wasser auf Ihre (zu den Socialdemokraten) Mühle wäre. (Beifall.)

Stadtv. Cassel (N. L.) spricht sich für seine Person gegen die Verdoppelung aus, die eine direkte Ungerechtigkeit wäre. Eine gerechte Steuer gäbe es doch, nämlich eine nach richtigen Grundstücken erhobene Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer sei nicht nur ungerecht, sondern auch liberal, weil sie den Verkehr erschwere. Sie treffe in ganz besonders ungerechter Weise diejenigen Elemente des Mittel- und kleinen Erwerbsstandes, die es durch ihren Fleiß und ihre Thätigkeit dahin gebracht haben, sich ein Haus zu erwerben, sich schicklich zu machen. Auch die Verdoppelung der Umsatzsteuer für die Pausstellen lehnt Medner im Interesse des Bauunternehmerstandes ab. Ob die Verdoppelung zur Balancierung des Etats unvermeidlich ist, könne man noch gar nicht übersehen; dazu müßte man den Etat für 1904 vor Augen haben. In einer geringen Ueberschreibung des Satzes von 100 Proz. werde Berlin auch nicht zu Grunde gehen. Die Liberalen hätten stets den Immobilienstempel bekämpft, sie könnten in der Kommunalverwaltung nicht dieses Prinzip so leichtfertig preisgeben.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Vorlage fordert eine Besteuerung der Tauschgeschäfte, die Heranziehung der Zwischengeschäfte und die Erhöhung der Steuerhöhe selbst. Ueber die ersten beiden Punkte scheint keine Differenz zu bestehen. Schwieriger ist der dritte Punkt. Wenn man die Steuer einfach als ungerecht, als unbillig bezeichnet, dann ist die Bekämpfung leicht. Die Steuer ist doch seiner Zeit von der Versammlung beschlossen worden. (Stadtv. Cassel: Nicht von mir! Heiterkeit.) Und irgend erhebliche Klagen haben sich nicht darüber vernehmen lassen. Unbequem ist ja jede Steuer, aber ungerecht kann ich diese nicht finden. Wenn ein Gewinn realisiert wird, zumal dann, wo die Wertsteigerung durch die Aufwendungen der Gemeinde erfolgte, kann doch nicht von Ungerechtigkeit gesprochen werden. Nach der Einführung dieser Steuer hat sich der Verkehr in Grundstücken durchaus nicht als erschwert gezeigt. Es ist keineswegs gesagt, daß der Hauswerker, der ein gutgehendes Geschäft hat, gut daran thut, mit 10 000 M. Ersparnissen durchaus ein großer Hausbesitzer zu werden. Was Sie nicht mit der Umsatzsteuer denken, müssen Sie unzweifelhaft mit Zuschlägen zur Einkommensteuer denken. Die Schaffung neuer Steuerquellen ist für die weitere Entwicklung unfres Gemeinwesens absolut notwendig. Die Aufgaben der städtischen Verwaltung wachsen täglich, ja stündlich. Die Wünsche der städtischen Vertretung sind recht zahlreich und erfordern erhebliche Opfer. Medner zählt eine große Anzahl Wünsche und Projekte auf und fährt fort: Ich glaube nicht, daß diese Aufzählung vollständig ist, sie genügt aber zum Nachweis, daß wir nicht bloß für das Defizit, sondern auch für die Ausführung dieser Projekte eine erhebliche Steigerung der Einnahmen brauchen. In dem Etat streicht die Versammlung nicht Erhebliches, höchstens einmal ein paar hundert oder tausend Mark unter großen Debatten; die großen Millionen passieren ohne Debatte. (Heiterkeit.) Ohne Vervendung in der Geheißgebung läßt sich eine umfassende Aenderung des Steuerhftems der Stadt nicht erreichen. Für die Vertheilung giebt es keine bequemere Steuer als die Einkommensteuer; aber bei den heutigen Verhältnissen in Berlin würde eine erhebliche Erhöhung dieser Steuer — eine Erhöhung weit über 10 Proz., wie sie notwendig wäre, würde im gegenwärtigen Augenblicke für Berlin geradezu verberlich sein. (Zustimmung.) Wir leben nicht allein, sondern sind umgeben von einer Anzahl von Gemeinwesen mit günstigeren finanziellen Verhältnissen, die nicht über 100 Proz. zu geben brauchen. Unser höchster Censt, eine juristische Person, mit 471 200 M. würde bei 10 Proz. 47 000 M. Steuer mehr zahlen müssen; der höchste physische Censt hätte 11 800 M. mehr zu zahlen. Das wäre doch ein zwingendes Argument, sie zur Auswanderung zu veranlassen, und die Entwidlung wäre dann nicht aufzuhalten, wodurch die weitere Erhöhung der Einkommensteuer gegeben und der circulus vitiosus da wäre, in dem wir uns dann fortzubewegen hätten. Wenn Sie die von Ihnen erregten Hoffnungen in Erfüllung gegen lassen wollen, dann geben Sie dem Magistrat auch die Mittel zur Durchführung Ihrer Wünsche! (Beifall.)

Stadtv. Dr. Preuß (N. L.): Diese Rede beweist, daß es sich nicht um die Deckung des Defizits für 1904, sondern um ein ganz neues Finanzprogramm handelt. Wenn man aus die ganze Fülle der neuen Aufgaben nicht mit den 1/2—1 1/2 Millionen mehr aus der Umsatzsteuer zu bestreiten wäre, so würde doch die Ablehnung unverantwortlich sein. Das Kommunalabgaben-Gesetz ist im Kern spezifisch liberaler Tendenz, wenn es auch in der Durchführung nicht überall unseren Wünschen entspricht, wenn es uns auch die freie Vebwegung auf dem Gebiet der Realsteuern erschwert. Die Ablehnung der Verdoppelung würde also von weittragender principeller Bedeutung sein. Die Möglichkeit, daß die Verdoppelung die Umsätze verringert, würde mich erst recht veranlassen, dafür zu stimmen, weil das der Anziehung der Sarauhe der Mietssteigerung entgegenwirken würde. — Auch die weiteren Ausfährungen des Medners sind in der Hauptsache eine Polemik gegen den Stadtv. Cassel. Der Grundbesitz habe in Berlin eine ständig steigende Tendenz. Das Ziel der Besteuerung müßte dahin gehen, am schärfsten den spekulativen Wertzuwachs zu treffen, das gehe aber zur Zeit nicht und so müßte man sich mit der Verdoppelung vorerst begnügen. Herr Wallach lasse die höhere Heranziehung der Pausstellen nach dem Schema: „Helliger Florian usw.“ zu (Heiterkeit und Zustimmung.) Um die Aufrechterhaltung der kommunalen Selbständigkeit Berlins handelt es sich bei dieser Frage, und von der abergläubischen Scheu vor indirekten Steuern sollte man sich in diesem Punkte endlich frei machen!

Stadtv. Singer (Soz.): Der Oberbürgermeister hat uns die Aufgaben aufgezählt, welche der Stadt noch bevorstehen, und hat von uns die Bereitstellung der Mittel gefordert. Niemand in diesem Saale wird die Berechtigung dieser Vinsenwahrheit bestreiten, aber es kommt doch auf die Art der Aufbringung dieser Mittel an. Die Liste des Oberbürgermeisters, die noch verlängert werden könnte, hat doch so große Summen zur Voraussagung, daß ich erstatte mir, daß er bei einer Einnahme, die er selbst auf 1 1/2 Millionen beziffert, auch nur entfernt diese Aufgabe bewältigen zu können glaubt. Mit diesen Ausfährungen hat er vielmehr aufs schlagendste für die Erhöhung der Einkommensteuer plädiert. Der Oberbürgermeister hat das Geipens der Erhöhung der Einkommensteuer doch etwas zu schwarz gemalt. Wenn die Umsatzsteuer-Ver-

Aus Industrie und Handel.

Verdoppelung abgelehnt wird, so ist der Effekt nicht eine Erhöhung von 10 oder gar 20 Prozent der Einkommensteuer — mir ist es egal, mir wäre es recht, Berlin und seine Einwohner würden davon nicht zu Grunde gehen, aber Sie jonglieren hier mit Zahlen, die nicht begründet sind; schon mit 3 Proz. wird dieser Ausfall erleidet. Damit werden die wohlhabenden Steuerzahler nicht aus Berlin vertreiben. In der Umsatzsteuer als Steuerobjekt liegt kein Grund von gerechter Verteilung der entsprechenden Lasten, das kann wohl nicht geleugnet werden. Die Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer und ich darf mich wundern über den Kollegen Preuß, der über dieses entscheidende Moment so kurz hinweggeht und auch nur Zweckmäßigkeitsgründe für seine Auffassung anführt. Sie ist auch eine Verkehrssteuer; daß der Verkehr nicht gelitten hat und nicht leiden wird, kann nur vermutet, aber nicht bewiesen werden. Es ist ferner geradezu horrend, zu verlangen, daß ein Wechsel des Besitzes ein steuerliches Objekt sein soll. Besteuern Sie den Grundbesitz oder seinen Ertrag, wie wir es wollen, dann haben Sie recht; aber dafür, daß der Übergang aus einer Hand in die andere ein Steuermotiv sein soll, steht mir jedes Verständnis. Sie ist auch eine Vermögenssteuer; mit einer Hauptplatzsteuer gar nicht zu vergleichen. Der Oberbürgermeister hat heute gemeint, Herr Cassel hätte die Steuer als eine unbillige bezeichnet; das Wort hat er nicht gebraucht, er hätte sie aber auch als unbillig bezeichnen können, denn wer ungerecht ist, ist im höheren Sinne unbillig. (Widerpruch.) Deshalb aber wird der Oberbürgermeister solches zu Mißverständnissen führende Moment in die Diskussion? Der Oberbürgermeister geht andererseits an einer Reihe anderer Einnahmequellen vorbei, so an der Uebernahme von Unternehmungen in städtische Hände. (Unruhe.) Die Steuerquellen, wo in Form von Gebühren Einnahmen für die Stadt entstehen könnten, lehnt die Mehrheit dieser Versammlung ab. Die arme Socialpolitik, die hat es Herrn Wallach angethan! Sie werden diesem Zuge der Zeit, der sich jetzt mahdvoll durchdringt, nicht auf die Dauer widerstehen können; daß das Kosten macht, versteht sich von selbst. Die Gelinde gesagt unverständliche Auffassung des Herrn Jacobi, der sich in Exkursen gegen die Socialdemokratie nach dem Vorbilde des Reichstagslers Luft machte, daß die Arbeiter, die keine Steuern zahlen, eigentlich hier nicht vertreten sein dürften, daß wir bloß um Unzufriedenheit zu säen, für die Erhöhung der Einkommensteuer seien, erklärt sich wohl daraus, daß Herr Jacobi die Meinungslosigkeit, die er haben möchte, um sich auf diesem Gebiete ein Urteil zu erlauben. Aber diese Behauptung zerfällt in nichts vor jedem denkenden Menschen, der weiß, daß die Steuerfähigkeit der Besessenen erst aus der Arbeit der Arbeiter kommt. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe bei der Mehrheit.) Das können Sie durch Ihr Gelächter nicht aus der Welt schaffen. Das reicht vollständig hin, um den Arbeitern das Recht zu geben, an der Gestaltung der Dinge mit zu rathen und zu arbeiten. Wir werden also gegen die Erhöhung wie seiner Zeit gegen die Einführung stimmen. Abgesehen von unserer grundsätzlichen Verwerfung sind wir der Meinung, daß die städtischen Bedürfnisse, die gedeckt werden sollen, durch die Einkommensteuer nicht gedeckt werden müssen. Wir können 100 Proz. nicht deshalb für satrosant erachten, weil sonst die wohlhabenden Bürger aus Berlin wegziehen. Sie gehen gar nicht weg, weil sie 3 oder 5 Proz. mehr Steuer zahlen, sondern weil sie in den Vororten billigere und besser eingerichtete Wohnungen finden. Daß sie das können, verdanken sie auch der Stadt Berlin, weil wir durch die Schaffung von Verkehrs- einrichtungen die Verbindung des Westens mit Berlin erleichtern. Wie stimmen aber für die Besteuerung der Wirtschaftsverträge, weil wir diese Form der Umgehung der Steuer als Unflug ansehen. Vor zehn Jahren sprachen wir hier zum erstenmal über die Umsatzsteuer; inzwischen haben sich zahlreiche Kollegen sehr belehrungsfähig gezeigt, d. h. ihre Anschauung geändert. Damals erklärten sich die heutigen Stadträte Gerstenberg und Kalisch sehr entschieden gegen die Umsatzsteuer. Ich weiß nicht, wie sie jetzt ihren Standpunkt im Magistrat vertreten haben; ihre damaligen Gründe gegen dieselbe sind durch die Länge der Zeit nicht schlechter geworden. Auch der verstorbene Spinoza hat sich sehr lebhaft dagegen ausgesprochen; Herr Rommeln, den wir schon damals das Glück hatten, zu besitzen, hat die Umsatzsteuer für wirtschaftlich schädlich erklärt. Der Rommeln von vor 10 Jahren ist mir lieber als der heutige, der nach mir für die Umsatzsteuer sprechen wird. (Heiterkeit.) So haben sich die Verhältnisse geändert. Das Bestreben des Kollegen Preuß, sich von der abergläubischen Scheu vor indirekten Steuern zu befreien, scheint in den zehn Jahren Säule gemacht zu haben; damit aber geraten Sie auf die höchste Ebene, auf der überhaupt kein Halten mehr ist. Gerade auf diesem Gebiet muß das Princip in voller Reinheit aufrecht erhalten werden. (Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe nur „vorläufig“ die 1½ Millionen für genügend erklärt, und würde es auch schon jetzt begründen, wenn die sonst notwendige Erhöhung der Einkommensteuer auch nur um 3 Proz. verringert würde. Ich hoffe, daß die Anregungen der gemischten Deputation im nächsten Jahre weiter verfolgt werden. Die Verträge wegen Verlängerung der Konzession für die Straßenbahn haben wir geschlossen, weil wir sonst nicht zum elektrischen Betriebe gekommen wären. Gas- und Wasserwerke haben wir ja in städtischer Verwaltung. Was noch übrig wäre, hat sich immer als sehr wenig lukrativ herausgestellt; möge doch der Vordrucker eins vorschlagen, das erhebliche Gewinne erhoffen läßt. (Beifall.)

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Im Jahre 1894 wurden meine Steuerentwürfe abgelehnt und die Umsatzsteuer ist dann ohne weiteres beschlossen worden. Heute, nach zehn Jahren, wird niemand mehr behaupten, daß Schwierigkeiten bei dieser Steuer aufgetreten sind. Herr Cassel sollte das als Praktiker auch zugeben, und die Socialdemokraten lehnen nun gar aus reiner Theorie heraus die Umsatzsteuer ab. Die Vorwürfe des Herrn Singer, daß wir die Verstaatlichung der Unternehmungen abgelehnt und die Eingemeindung verpaßt hätten, treffen nicht die Sache; an dem Scheitern der Eingemeindung haben auch viele in diesem Saale schuld. Die Vorwürfe und Rodsteile der städtischen Regie sind oft genug hier erörtert worden; hat Herr Singer diesen seinen Standpunkt schon vertreten, als er selbst noch Unternehmer war? Immer wieder vertritt Herr Singer hier den einen heiligsten Klassenstandpunkt, daß alles der Arbeiterklasse zu verdanken ist. Damit erschwert er uns nur die Verständigung. (Beifall.)

Darauf wird die Debatte geschlossen. Persönlich protestiert Stadtv. Wallach enttäuscht gegen die Anspielung des Dr. Preuß auf das Sprüchlein von dem heiligen Florian. Stadtv. Jacobi bestreitet das Recht der Mitwirkung der Arbeitervertreter an den Beschlüssen über Steuern allgemein in Rede gestellt zu haben, und meint, die Bemerkung Singers, er verstehe von den Dingen nichts, sei gegenüber den Vorgängen in diesem Saale vor vierzehn Tagen und auf dem Dresdener Parteitage (Große Unruhe bei den Socialdemokraten) noch eine sehr wohlwollende gewesen.

Stadtv. Singer: Ich verstimme es, auf diese Art von Anzuspitzung einzugehen und konstatiere nur, daß mir darin die nicht beneidenswerte Kunst des Kollegen Jacobi zu liegen scheint, sachliche Einwendungen, die er nicht widerlegen kann, zu parieren.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Verlangt das Wort zu persönlicher Bemerkung. Der Vordrucker verweigert es ihm, da von Herrn Hoffmann nicht die Rede gewesen sei.

Stadtv. Hoffmann (zur Geschäftsordnung): Herr Jacobi war es, der auf einen parlamentarischen Zwischenruf von mir, mir das Wort „Obdach!“ rief. (Große Heiterkeit.) Die weiteren Bemerkungen des Redners erklärt der Vam der Versammlung und die Glocke des Vordrucker, der den Redner zur Ordnung ruft, weil er nicht das Wohlwollen respektiert habe.

Zu namentlicher Abstimmung wird die Verdoppelung der Steuer auf behaltene Grundstücke mit 62 gegen 49 Stimmen angenommen, ebenso die übrigen Aufsichtsvorschläge.

Am 1/11 Uhr schließt die Sitzung.

Halbzugverkäufe. Mehrfach ist schon nachgewiesen worden, daß der Halbzugverband dadurch, daß er nach dem Ausland weit billiger verkauft, als an seine deutschen Abnehmer, den letzteren, soweit sie exportieren, trotz der bewilligten Ausfuhrvergütungen eine gefährliche Konkurrenz schafft. Einen neuen derartigen Fall weiß die „Köln. Zeitung“ aus Hamburg zu melden. Bei Geschäften nach dem Auslande kommt es dort zur Zeit zu starken Unterbietungen der deutschen Feinblechpreise. Die Unterbietungen sind derart, daß die deutschen Feinblech-Walwerke trotz der Ausfuhrvergütung, die ihnen gewährt wird, nicht mitkommen können und im Geschäft nach dem Auslande stark zurückgedrängt werden. Allem Anscheine nach ist das darauf zurückzuführen, daß deutsches Halbzugwerk zu außerordentlich billigen Preisen nach dem Auslande verkauft worden ist, so daß die ausländischen Walwerke mit Hilfe billigen deutschen Materials ihre deutschen Wettbewerber unterbieten können.

Das Weichblech-Kartell. Ihrem Charakter als syndikatsmäßiges Organ entsprechend, veröffentlicht die „Köln. Ztg.“ eine lange Abschrift-Erklärung des Weichblech-Kartells oder, wie es sich nennt, des Weichblech-Verkaufscomptoirs gegen die Vereinigung der Weichblech-Verbraucher. Unter Bezugnahme auf die von letzteren jüngst in Berlin abgehaltene Beratung heißt es darin: „Es ist daran zu erinnern, daß die Weichblech-Verbraucher schon vor einigen Monaten mit verschiedenen Vorschlägen hervorgetreten sind. Insbesondere wurde von ihnen herbeigefordert, daß die Erzeugung der im Weichblech-Kartell vereinigten Werke nicht ausreiche, um den Bedarf des deutschen Marktes zu decken. Weiter wurde verlangt, daß das Kartell sich an feste Lieferfristen binde und sich verpflichte, den Abnehmern bestimmte Prozentsätze an sogenannten W- und W-W-Blechen (Ausfuhrware) mitzuliefern. Das sind unsere Wünsche die hauptsächlichsten Beschwerden der Weichblech-Verbraucher. Ob sie einer genaueren Prüfung in allen Städten standhalten können, werden die nunmehr für den Anfang Februar angekündigten Verhandlungen über das Weichblech-Kartell wohl ergeben. In tatsächlicher Beziehung ist darauf zu verweisen, daß der deutsche Verbrauch mit Einrechnung der Einfuhr — die Einfuhr ist verhältnißmäßig klein — zwischen 60 000 und 60 000 Tonnen jährlich beträgt. Zur Herstellung einer derartigen Menge sind aber die im Kartell vereinigten deutschen Weichblech-Fabriken, so weit wir unterrichtet sind, durchaus im Stande. Sie sind indes bisher gar nicht in der Lage gekommen, die gesamte, für den inländischen Verbrauch erforderliche Menge an Weichblechen herzustellen, weil ein Teil des deutschen Bedarfs durch die englische Einfuhr gedeckt wird.“

Nachdem dann dargelegt worden ist, daß nach Abzug der Wieder- einfuhr die Einfuhr von fremdem Weichblech in Deutschland während der letzten Jahre nur eine recht mäßige gewesen ist — nach den Angaben des Weichblech-Kartells stellte sich der Einfuhrüberschuß in den ersten elf Monaten des Jahres 1901 auf 4180, 1902 auf 5143 und 1903 auf 9992 Tonnen — heißt es weiter:

„Dem Verlangen der Weichblech-Verbraucher, bei ihren Bestellungen bestimmte Prozentsätze von Ausfuhrware mitzuliefern zu erhalten, wird von den Weichblech-Herstellern entgegengehalten, daß sich das wegen der Unzulänglichkeit und großen Verschiedenheiten im Ausfuhr nicht durchführen lasse. Während bei der Herstellung eine Partie wenig Ausfuhr ergebe, stelle sich der Ausfuhr bei einer andern wesentlich höher und umgekehrt. Dazu kommen noch die großen Verschiedenheiten bei den einzelnen Sorten. Auch die Festsetzung einer festen einheitlichen Lieferfrist wird von den Weichblech-Herstellern als undurchführbar bezeichnet. Bei dem Einkauf der Weichbleche spielen spekulative Erwägungen der Weichblech-Verbraucher eine große Rolle, dazu erfolge deren Abfuhr ganz unregelmäßig und schwankend, es würde also eine große Unsicherheit und Unregelmäßigkeit in den Beschäftigungsstand der Werke hineingetragen, wenn allen diesen schwankenden Anforderungen innerhalb einer einheitlichen Frist entsprochen werden sollte.“

Die leitenden Herren des „Verkaufscomptoirs“ scheinen recht bescheidene zu sein, wenigstens was ihre Gründe anlangt, sonst würden sie sich schwerlich von diesem nichtsfagenden Gerede Erfolg versprechen.

Die Aussichten für Auswanderer, in den Vereinigten Staaten von Amerika Arbeit zu finden, sind zur Zeit recht trübe, da infolge der Krise in den wichtigsten Industriezweigen der Union ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Das österreichische Ministerium erklärt deshalb folgende Bekanntmachung:

Für industrielle Arbeiter sind die Aussichten der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten dormalen und voraussichtlich für das ganze Jahr 1904 sehr ungünstig. Infolge der Einstellung zahlreicher industrieller Betriebe finden neu antommende Einwanderer nur äußerst schwer lohnende Arbeit. Viele Arbeiter sind seit Monaten beschäftigungslos, und Tausende von Einwanderern sind wegen Mangels an Arbeit gezwungen, in die Heimat zurückzukehren. Infolgedessen haben alle nach Europa verkehrenden Dampfer für die nächsten Monate alle Zwischenstopplänge bereits vergeben und können die Transportnachfrage der Heimkehrenden kaum befriedigen. Die von den Dampfschiff-fahrer-Gesellschaften veröffentlichten Anzeigen geben die Zahl der Zwischenpassagiere von New York nach Europa vom 1. Oktober bis 10. November 1903 mit 27 000 gegenüber 13 000 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres an.

Verfammlungen.

Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter beschäftigt sich am 9. Januar eine gut besuchte öffentliche Versammlung dieser Arbeiter, welche bei Theil. Ver- ständnis stattfand. Den Anlaß zur Einberufung der Versammlung hatte die unter eigenartigen Umständen vor sich gegangene Wieder- rufung an die Zeit vor kurzem erst von der Deputation beabsichtigten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter gegeben. Eingeladen waren die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten all- gemein und ganz speziell noch durch eingeschriebenen Brief Herr Stadtrat Niemch und Stadtv. Mer. Erschienen waren aber nur sechs Vertreter der socialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Nach einem einleitenden Referat des Gewerkschaftssekretärs E. Ditt- mer, das mit Beifall aufgenommen wurde, entspann sich eine längere Debatte, an der sich auch mehrere der socialdemokratischen Stadt- verordneten beteiligten. Durch das Referat und die Diskussion wurde folgendes festgestellt: Im vorigen Jahre beschloß die Rindorfer Stadtkommission, daß eine allgemeine Lohnaufbesserung sämtlicher in städtischen Betrieben usw. Angestellten eintreten solle. Es war auch höchst notwendig, da Stundenlöhne von 32/ und 35 Pf. zur Befriedigung der Bedürfnisse von Familienvätern nicht ausreichen dürften. In Rindorf heißt es in solchen Fragen aber auch: Immer langsam voran. Im Dezember 1903 sollten nun die Kanalisations- und Straßenreinigungsarbeiter mit höherem Lohn besetzt werden. Die Baudeputation beschloß nun auch für die Kanalisationsarbeiter die Einführung eines Staffeltarifs. Der jetzige Lohn von 3,50 M. pro zehnstündigem Arbeitstag sollte im Laufe von fünf Jahren auf 4 M. steigen, was gewiß ein sehr befriedigender Fortschritt wäre. Der Magistrat wies die Sache dann aber an die Baudeputation zurück und nun beschloß diese, es bezüglich der Kanali- sationsarbeiter beim alten zu lassen und den Straßenarbeitern, die bisher 3,15 M. pro Tag erhielten, fünf Pfennig pro Tag zuzulagen, so daß sie mit den Kanali- sationsarbeitern gleichstehen, und ihnen die dreistündige Sonntags- arbeit doppelt zu bezahlen. Die Stadtverordneten Oßernann und Prehler gaben die Erklärung für diesen eigenartigen Vor- gang dahin, daß Herr Stadtrat Niemch daran die Schuld trage, indem er dem Sinne nach als Delegierter erklärt habe: „Ich muß darauf verzichten, für die Straßenreinigungsarbeiter die stoffmäßige Erhöhung von 3,15 auf 4 M. vorzuschlagen. Ich habe mit dem Inspektor gesprochen und wir meinen, wie wollen die drei Stunden

des Sonntags doppelt bezahlen und den Tagelohn von 3,15 auf 3,50 M. erhöhen.“ Dann sind die Straßenreinigungsarbeiter sehr zufrieden.“ Die Folge sei der zweite, oben erwähnte Beschluß der Baudeputation gewesen. — Wie die Debatte ergab, daß nun dieser Beschluß nicht nur unter den Kanalisationsarbeitern, die sich um die ihnen schon ganz nahe gerückte Lohnhöhung betrogen sehen, sondern auch unter den andern städtischen Arbeitern große Erbitterung her- vorgerufen. Eneigisch zurückgewiesen wurde der bei dieser Gelegen- heit von Deputationsmitglied Stadtverordneten Mer den Kanali- sationsarbeitern gemachte Vorwurf der Faulheit. Mer soll auch einmal auf die Straße wegen des schon gefüllten Wagens von Kanalisationsarbeitern diese angehaust haben: „Ihr habt wohl noch nichts gethan!“ Er sollte sich nun in der Versammlung gleich Herrn Stadtrat Niemch verantworten, ist aber, wie gesagt, gleich diesem ferngeblieben. — Stadtv. Prehler hob hervor, daß Herr Stadtrat Niemch, wenn es sich nicht um die armen Arbeiter, sondern um höhere Angestellte handle, stets geberet sei. Als dem Straßen- reinigungs-Inspektor Weinrich 300 M. circa zugelegt werden sollten (unabhängig von der stoffmäßigen Erhöhung), und als es sich um eine Verbesserung der Lage des Administrators des Nieselgutes Wah- mannsdorf handelte, da sei Herr Niemch mit warmem Herzen dafür eingetreten und habe ausgeführt, man solle den Leuten nicht die Berufsfreudigkeit verkümmern. Bei den Arbeitern vergesse er die Berufsfreudigkeit ganz und gar. — Die Debatte führte auch noch zur Feststellung mancherlei Mißstände, denen noch schärfere energische auf den Grund zu gehen die anwesenden social- demokratischen Stadtverordneten versprochen. Anlässlich eines be- sonderen Falles wurde von verschiedenen Seiten darauf, daß man in einzelnen Abteilungen der Gasanstalt durch das Sparen von Arbeits- kräften geradezu die Gesundheit der Arbeiter gefährde. J. A. set im Apparatraum des Besselfaßes, wo ein Apparat von Zeit zu Zeit Gas ausströme, nur ein Arbeiter, der leicht vom ausströmenden Gas betäubt werden könnte und dann ohne Hilfe liegen bleiben müßte, was nicht nur sein Leben, sondern noch viel mehr gefährden könnte. Dieser Zustand wurde als geradezu gefahrbringend bezeichnet. — Folgende Resolution, die dem Magistrat unterbreitet werden soll, wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die minimale Lohnaufbesserung, welche in der Baudeputation beschlossen wurde, wieder aufgehoben worden ist. Die Versammlung erachtet es im Interesse der Stadt für unerlässlich, daß die städtischen Arbeiter Rindorfs wenigstens mit denen der umliegenden Ortsgemeinden gleichgestellt werden, und daß eine staffelweise Lohnhöhung ein- geführt wird, wie dies bei den Gasanstaltsarbeitern bereits geschieht.“

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Arztstreit gegen die Krankenkassen. Köln, 14. Januar. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Die heutige Versammlung der Vertreter der Krankenkassen verhandelte in Anwesenheit der Vertreter der Stadt und der Regierung über den Streit der Ärzte und Krankenkassen. Man beschloß eine Kom- mission von sieben Kassenvertretern und sieben Ärzten zu berufen, die morgen unter dem unparteiischen Vorsitzenden des Abgeordneten Dr. Raab verhandeln soll, eine Einigung auf friedlichem Wege zu er- zielen.

Die ausländischen Hereros. Berlin, 14. Januar. (B. T. Z.) Nach hier eingegangenen Tele- grammen aus Swakopmund hat sich der Herero Kapitän Michael in Omaruru dem Aufstand anscheinend noch nicht angeschlossen. Die Eisenbahn ist bis Karibib in Betrieb, wo die umwohnenden Farmer verbannt sind. Jenseits Karibib sind die Eisenbahn- stationen verlassen und teilweise ausgeraubt. Die von Swakopmund unter dem Kommando des Oberleutnants v. Zilow auf Otahandja in Marsch gesetzte Kolonne in einer Stärke von 100 Mann hat Tafije — 50 Kilometer diesseits Otahandja — passiert. „Habsicht“ hat in Kapstadt Befehl erhalten, sich beschleunigt nach Swakopmund zu begeben.

Erpressung durch Drohung mit § 175. Magdeburg, 14. Januar. (B. Z.) Der Kaufmann Conrad und der Arbeiter Fern hatten in Erfahrung gebracht, daß ein Kauf- mann Sch. Verbrechen gegen § 175 St.-G.-B. begangen hatte, worauf sie nach und nach über 3000 M. von ihm erpresten. Als Sch. wegen der Erpressungen nach London geflohen war, suchten sie von dessen Bruder Geld zu erhalten. Dieser erstattete jedoch Anzeige, worauf Conrad heute wegen Erpressung zu sechs Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, Fern zu anderthalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt wurden.

Deputiertenkammer. Paris, 14. Januar. (B. T. Z.) In Beginn der Sitzung hielt Präsident Brisson eine kurze Ansprache, in welcher er für seine Wahl dankte.

Brissson teilt sodann mit, daß Interpellationen über die Ausweisung des deutschen Reichstags- Abgeordneten Abbé Desfor aus Lunéville und über die Vorgänge an der Arbeitshörde eingegangen seien.

Ministerpräsident Combes erwidert das Hand, die Interpellation über die Arbeitshörde auf die morgige Tagesordnung zu setzen und die Besprechung der Inter- pelation über die Ausweisung auf acht Tage zu ver- zagen. Die Rechte verlangt sofortige Besprechung der letzteren Interpellation. Ribot spricht seine Betrübnis darüber aus, daß die Regierung eine Verlegung verlange. Die Ausweisung sei nicht ohne Grund geschehen. Wollte die Regierung etwa noch bei dem Präfelden des Departements Neurthe oder fünfzig Erkundigungen einziehen? (Lebhafter Widerspruch links.) Ribot fährt fort, es liege nicht im Interesse des Landes, die Debatte zu verschleppen; man dürfe nicht zulassen, daß die bedrohliche Polenist weiteren Fort- gang nehme. (Beifall im Centrum.) Combes verwahrt sich energisch gegen die Zumutung, daß er Mitteilungen aus dem Auslande erwarte, um die Interpellation zu beantworten. (Beifall links.) Es sei nicht die republikanische Partei, welche sich an das Ausland gewendet habe. (Lebhafte Erregung.) Die Regierung werde nicht zu einem von den reaktionären Wärttern ge- schickt vorbereiteten Spiel ihre Hand bieten. Der Ministerpräsident erwidert Ribot, die Redungen der östlichen Departements zu lesen, er werde sehen, daß man dort über die Absichten des Abbé Desfor seine bestimmte Ansicht habe. (Unterbrechungen rechts.) Combes verlangt schließlich nochmals Verlegung der Interpellation um 6 Tage.

Japans Antwort an Rußland. London, 14. Januar. (B. T. Z.) Dem japanischen Gesandten Hanafski ist der Wortlaut der Antwort Japans an Rußland zugegangen. Hanafski teilte dem „Reiterischen Bureau“ mit, die Antwort sei durchaus kein Ultimatum und enthalte keine Fristbestimmung. Sie sei in friedlichem, aber durchaus bestimmtem Ton gehalten. Japan habe keine Hoffnung bezüglich seiner Hauptforderungen nicht geändert. Die Antwort zähle nochmals die ursprünglichen Be- dingungen bezüglich der Mandchurien und Korea auf. Einer der wesentlichsten Punkte, wenn nicht der wesentlichste, auf welchem die japanische Note bestehe, sei die Souveränität Chinas in der Mandchurien.

Pragewahl, 14. Januar. (B. Z.) In dem hier heute begonnenen Prozeß gegen 18 Socialisten legten sämtliche Ver- teidiger ihre Funktionen nieder, weil sie sich durch eine Bemerkung des Vorsitzenden beleidigt fühlten.

Reichstag.

11. Sitzung, Donnerstag, den 14. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Eingegangen ist eine Interpellation der socialdemokratischen Fraktion über das Treiben der russischen Geheimpolizei und den Königsberger Geheimbundsprozess.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag Auer und Genossen (Soc.) wegen Einstellung eines gegen den Abg. Thiele (Soc.) wegen Verleumdung schwebenden Strafverfahrens.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Es folgt die Interpellation Abg. Becker (Hessen) und Genossen (natl.). Sie lautet:

Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu thun, um dem Wunsch der Handwerker, daß für die selbständigen Handwerker die obligatorische Alters- und Invaliditäts-Versicherung unter Zugrundelegung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes eingeführt wird, entgegenzukommen?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Namens der Antragsteller begründet die Interpellation Abg. Dr. Becker (natl.):

Es ist keine Frage, daß die durch die kaiserlichen Erlasse von 1881 inaugurierte Socialpolitik viel dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche und sociale Stellung der deutschen Arbeiter zu heben. Aber nicht nur die Arbeiter gehören heute zu den wirtschaftlich Schwachen, denen die kaiserliche Vorkaufsrecht Schutz verleiht, sondern auch große Schichten des Mittelstandes. Insbesondere läuft unser Handwerkerstand Gefahr, immer mehr ins Proletariat zu versinken, wenn nicht der Staat rechtzeitig eingreift. Wir haben heute noch etwa 1 400 000 selbständige Handwerker in Deutschland; von diesen haben höchstens 5 Proz. über 4000 M. Einkommen.

Diese Einkommensverhältnisse müßten natürlich die Grundlage der gesamten Versicherung bilden. Der Wunsch der Handwerker geht nun dahin, alle Handwerker ohne Unterschied des Einkommens zu versichern. In den bisherigen Versicherungsgesetzen ist freilich die Möglichkeit der Selbstversicherung gegeben. Doch ist der Teil des Handwerkerstandes, der mehr als 40 Jahre alt ist oder mehr als zwei Gesellen dauernd beschäftigt, von vornherein ausgeschlossen, wenn auch der nächste Absatz des Invalidenversicherungsgesetzes, der § 14, Absatz 3, die ehemals versicherungspflichtigen Gesellen wieder ohne Einschränkung zuläßt. Doch auch dieser Absatz hat keine Wirksamkeit, weil die Gesellen, wenn sie sich selbständig machen, ihr bisheriges Geld zur Errichtung des Geschäftes brauchen und die Versicherung nicht fortsetzen können.

Von dieser fatalen Invalidenversicherung der selbständigen Handwerker wird vielfach deswegen kein Gebrauch gemacht, weil die Handwerker nicht in der Lage sind, die Wohlthaten der Versicherung aus eigenem Antriebe einzusehen. 1901 wurden nur 2700 Versicherungskarten von selbständigen Handwerkern abgegeben. Man denkt sich die Sache so, daß zunächst die bestehende Gesetzgebung ausgedehnt werden soll auf alle diejenigen, die ein Einkommen bis zu 4000 Mark haben. Vielleicht könnte man dann noch eine oder zwei weitere Klassen nach oben schaffen, um eine höhere Rente zu ermöglichen. Mit einem solchen weiteren Ausbau der socialen Gesetzgebung würde sich die Regierung den Dank tausender Gott sei Dank auf vaterländischen Boden stehender Handwerker erwerben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Ausführungen des Herrn Vorredners machen seinem Herzen alle Ehre. Aber eine verantwortliche Regierung hat in einer derartigen grundlegenden Frage doch die Verpflichtung, nicht nur mit dem Herzen, sondern auch mit dem Kopf zu prüfen. Der Interpellant sprach den Grundgedanken aus, daß alle Staatsbürger Anspruch auf die Hilfe des Staates haben sollten, soweit es sich um Sicherung ihrer Zukunft handelt. Das ist an und für sich schon in dieser Allgemeinheit ein äußerst gefährlicher Grundsatz. Wenn wir diesen Grundsatz annehmen, daß jeder Anspruch auf die Hilfe des Staates habe, soweit es sich um die Sicherung seiner Zukunft handelt, dann würden wir allerdings dem Idealstaat des Herrn Bebel sehr nahe kommen. (Wissendes sehr richtig! rechts.) Der Herr Abgeordnete ist sogar soweit gegangen, zu erklären, wenn wir das nicht thäten, läge darin eine nationale Gefahr. Er möge es mir nicht übernehmen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine nationale Gefahr für Reich und Staat darin läge, wenn wir den Grundsatz annehmen, den er hier von der Tribüne des Reichstags verkündet hat.

Der Vorredner bezog sich auf die allerhöchste Botschaft Kaiser Wilhelm des Großen. Wenn Sie die Verhandlungen nachsehen, die damals über die Frage der Invalidenversicherung gepflogen sind, und wenn Sie die beiden allerhöchsten Botschaften, die zu jener Zeit ergangen sind, prüfen, dann werden Sie finden, daß sowohl die Botschaften wie die entsprechenden Reichstagsverhandlungen sich lediglich auf die Klassen der Staatsbürger, die uns je l b s t ä n d i g sind, bezogen, auf die selbständigen Arbeiter. Der Reichstag hat allerdings einmal versucht, bei der Beratung des letzten Invalidenversicherungsgesetzes diesen Grundgedanken zu verlassen, indem er in § 2 des Gesetzes bestimmte, daß durch Beschluß des Bundesrats die Versicherungspflicht auch auf solche Handwerker und Betriebsunternehmer erstreckt werden kann, die nicht regelmäßig mindestens einen Lohnarbeiter beschäftigen. Dabei ging man aber davon aus, daß diese Handwerker eigentlich ebenso selbstständig seien wie Arbeiter. Lediglich hat auch der Bundesrat von dieser Bestimmung, die erst vom Reichstag in die Vorlage der Regierung hineingebracht war, bisher keinen Gebrauch gemacht. Es handelt sich also um die Frage — und das ist eine Frage von geradezu grundlegender Bedeutung, nicht nur für die ganze Socialpolitik, sondern für das Wesen von Reich und Staat überhaupt —, soll der Staat im Wege der Versicherung die Verpflichtung übernehmen, nicht nur für die Zukunft der selbständigen, sondern auch für die selbständigeren, wirtschaftlichen Existenzen zu sorgen? Nach meiner Ueberzeugung ist dies geradezu ein Nullum, den wir überschreiten und ich glaube, dieses hohe Haus und das ganze Volk muß sich darüber klar sein, welche Wurzeln zukünftiger Entwicklung in einem solchen Beschluß liegen würden. Der Herr Abgeordnete hat erklärt, er wolle die gesamte Handwerkerklasse ohne Rücksicht auf ihre Einkommensverhältnisse der Versicherung unterwerfen, und der Handwerkerstand würde eine solche Maßregel am freudigsten begrüßen. Dazu muß ich bemerken, daß es doch noch so zahlreiche Handwerker, Gott sei Dank, giebt, für welche noch heute der Grundsatz gilt: Das Handwerk hat goldenen Boden. (Unruhe rechts.) Und wenn man diese Handwerker, und die sind doch noch recht zahlreich, einer obligatorischen Versicherung unterwerfen würde, so würden weiter andere Kategorien mit noch viel größerem Rechte die gleiche Anforderung an das Reich stellen.

Was ist denn Handwerk? Das ist in der Praxis ein ganz außerordentlich flüssiger Begriff. Man kann sich Handwerker kaum zu unterscheiden von Fabrikanten, von Händlern oder von Kaufleuten. Man muß dieser außerordentlich ernstlichen Frage klar ins Auge sehen. Wenn wir die Handwerker einer obligatorischen Invalidenversicherung unterwerfen, so können daselbe auch die Kaufleute — und es giebt sehr viele Kaufleute mit sehr unsicherer Zukunft — für sich verlangen, und mit ganz dem gleichen Rechte auch die Bauern. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann Sie versichern, daß es selbst zahlreiche Großbauern giebt, die in ihren Einkommensverhältnissen viel ungünstiger dastehen und eine viel ungünstigere Grundlage für ihre Zukunft haben als sehr viele Handwerker. Und mit demselben Rechte wie Kaufleute und Bauern würden weiter auch Künstler und Gelehrte

sowie Ärzte und Apotheker die obligatorische Versicherung verlangen. Aus den Kreisen der letzteren sind ähnliche Gesuche bereits an die Reichsregierung herangetreten. Wenn Sie also einmal diesen ungeheuer wichtigen Schritt thun wollen, auch wirtschaftlich selbständige Existenzen zu versichern, so wird Ihnen kein Bier fehlen. Sie werden alle Leute versichern müssen, die ein bestimmtes Einkommen nicht haben.

Wir können die Versicherung dann nicht auf die Handwerker beschränken, wir müssen sie auf sämtliche Staatsbürger bis zu einem gewissen Einkommen ausdehnen. Dann wären wir wirklich bei dem Zustande angelangt, der in Neuschwaben, Neuseeland und Victoria teilweise besteht. Ich habe das Gesetz Neuseelands vor mir. Es heißt da, daß derjenige, der einen guten moralischen Charakter hat und der versichert, in den letzten fünf Jahren einen nützlichen und soliden Lebenswandel geführt zu haben (Große Heiterkeit) — ja, er muß das beschwören und kommt vor den Kriminalrichter, wenn er einen falschen Eid leistet — und der weder ein Arbeitseinkommen von 200 Pfund noch ein Kapitaleinkommen von 170 Pfund hat, sobald er 65 Jahre ist oder durch Krankheit verhindert ist, seinen Unterhalt selbst zu erwerben, auf die staatliche Unterstützung Anspruch hat. Er erhält jährlich 18 Pfund und für jedes Pfund, das er erwirbt oder 15 Pfund Vermögen, das er besitzt, wird ein Pfund der Rente abgezogen. Ich will mich über diese Frage nicht weiter äußern, kann Ihnen aber versichern, daß solche Einrichtungen sehr ernste finanzielle Folgen für die betreffenden Staaten haben müssen, über die man in deren Parlamenten noch verhandelt. Der Vorredner hat gesagt, die Handwerker würden eine solche Regelung der Versicherung mit Freuden begrüßen. Ich zweifle daran, denn ich habe die Verhandlungen der Innungsvertreter in Düsseldorf gelesen und da waren die Ansichten außerordentlich gestellt, zum Teil geradezu ablehnend. (Sehr richtig! rechts.) Noch anders würden die Handwerker urteilen, wenn sie sich über die Folgen der Zwangsversicherung vollkommen klar wären. Der Vorredner hat selbst erklärt, bei den Privatversicherungen wären die Beiträge zu hoch und die Renten zu gering. Der Handwerkerstand wird aber die Beiträge seiner Zwangsversicherung ganz allein tragen müssen. Bei den Arbeitern tragen doch die Unternehmer wenigstens die Hälfte. Die Handwerker würden aber sofort das Gefühl haben, daß selbst wenn das Reich für diese Kategorie einen Zuschuß gewährte, die Renten zu gering seien, und die hohen Beiträge werden gerade die schwachen Existenzen unter den Handwerkern sehr schwer belasten und doch keine genügende Rente gewähren. Immerhin darf man doch nicht verkennen, daß die Einkommensverhältnisse der Handwerker in ihrer großen Masse unendlich viel besser sind als die Einkommensverhältnisse der Arbeiter. Dem Vorredner ist ein kleiner Irrtum unterlaufen, soweit es sich um die gesetzlichen Bestimmungen für die gegenwärtige Versicherung der Handwerker handelt. Im jetzigen Invalidengesetz sind zwei Möglichkeiten der Handwerker-Versicherung, einerseits die Weiterversicherung früher selbständiger, wenn sie selbständig werden. Wenn der Herr Vorredner hierbei moniert hat, daß die über 40 Jahre alten sich nicht versichern können, so ist das ja nur für den Uebergang, die andern wachsen ja in die Versicherung hinein. Dann die freiwillige Versicherung. Ich gestehe zu, daß davon bisher sehr wenig Gebrauch gemacht wird. Die grauen Karten umfassen nicht die ganze Versicherungsmöglichkeit der Arbeiter. Sie sind nur für die freiwillige Versicherung, nicht für die Weiterversicherung. Der Vorredner meinte, die Handwerker müßten von der Weiterversicherung keinen Gebrauch, weil sie das Geld zurückbekommen können, um wenn sie sich selbständig machen, einen Fonds zu haben, sich einzurichten zu können. Das ist ein kleiner Irrtum, denn das Recht der Zurückverlangung ist nur Mädchen, wenn sie heiraten und bei gewissen Vorfällen zu Gunsten der Kinder in den §§ 42-44 in der Invalidenversicherung gewährt. Weiter streife ich noch die sehr wichtige finanzielle Frage: Ich habe im letzten Jahre in Verbindung mit dem Reichs-Versicherungsamt eingehend Einsicht genommen, wie die Versicherungsanstalten in Deutschland ihre Geschäfte betreiben und ich habe bemerkt, daß die Renten in einzelnen Versicherungsanstalten in einer Weise gestiegen sind, die mir zum Teil große Besorgnis für die Zukunft gewisser Versicherungsanstalten einflößte. Ich glaube, daß bei der Subtilisierung der Rente weit mehr individualisiert werden muß.

Ich bin mir immer zweifelhafter geworden, entgegen der Auffassung des Reichstags bei der letzten Beratung des Invaliditätsgesetzes, ob die bisherigen Organe der Rentenfestsetzung, Organe der allgemeinen Staatsverwaltung, wirklich im stande sind, der Aufgabe so zu genügen, wie es der Fall sein sollte. Sie sind in einer Weise mit statistischen Aufträgen und sonstigen Aufträgen überlastet, daß eine Anzahl derselben diesen wichtigen socialpolitischen Zweig nicht mit der Aufmerksamkeit behandeln kann, die er verdient.

Aber wir sind noch fertig mit der Ausdehnung der Versicherung. Eine große Kategorie der Unselbständigen, die Privatbeamten, haben schon sehr deutlich an die Pforten des Reichstages geklopft. Wie sollen die bisherigen Organisationen diesen Anforderungen genügen? Von mir werden Sie glauben, daß ich den Weg der Zwangsversicherung der Arbeiter aus tiefer Ueberzeugung für den socialpolitisch richtigen halte, aber andere Nationen mit älterem politischen Leben als Deutschland und größere Erfahrung haben schon damals, als wir die Zwangsversicherung für Arbeiter einführten, ihrerseits Bedenken geäußert, in diesem Maße den Staat verantwortlich zu machen für die Zukunft ganzer Kategorien von Staatsbürgern. Das ist der Grund, weshalb andre Staaten — ich sage leider — und bisher auf diesem Wege nicht gefolgt sind. Bei den unselbständigen Existenzen halte ich die Zwangsversicherung für richtig, aber man kann das Versicherungsprinzip auch überstreben, so überstreben, daß schließlich die Eigenschaft, selbst für seine Zukunft zu sorgen, geklämt wird. (Sehr richtig! rechts.) und das kann eine höchst bedenkliche psychologische Wirkung haben für den Charakter eines Volkes. Ich streife eine weitere finanzielle Folge. Sie haben den Pollarist nur unter der Bedingung bewilligt, daß bis zum Jahre 1910 die Witwen- und Waiserversicherung eingeführt wird. Von diesem Tage an, wo der Beschluß gefaßt ist, habe ich mich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und eine umfangreiche Denkschrift als Grundlage für die eventuelle Bewirkung dieses Projektes ausgearbeitet. Ich werde die Denkschrift in der allernächsten Zeit sämtlichen verbündeten Regierungen zur Prüfung zugehen lassen. Es hat sich ergeben, daß, wenn man die Versicherung auch auf die allerschwache Grundlage stellt, die doch noch immerhin etwas für die Witwen und Waisen bedeuten muß, es unmöglich ist, die Witwenversicherung so einzurichten — und das möchte ich dem Abg. Trimborn bemerken —, daß sie ohne Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber auskäme. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) und selbst wenn die Beiträge, die für die Versicherung vorbehalten sind, wirklich einfließen, wird man eine allgemeine Witwenversicherung nicht einführen können, sondern sich beschränken auf Witwen, die wirklich bedürftig sind, und das ist der nächste und wichtigste socialpolitische Schritt, den wir thun sollen, denn diese Personen sind in ihrer Existenz aufs äußerste gefährdet.

Ich frage Sie: wäre es richtig, in einem Augenblick, wo die drei socialpolitischen Gesetze nach den verschiedenen Richtungen hin in der Reform begriffen sind, wo die Witwen- und Waiserversicherung in Angriff genommen wird, in einem solchen Augenblick den Grundgedanken der allerhöchsten Botschaft zu verlassen und einen vollkommen neuen und, wie ich glaube nachgewiesen zu haben, politisch, socialpolitisch und finanziell unübersehbaren Weg zu beschreiten?

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Wir werden die von dem Interpellanten angeworfene Frage gewiß ernsthaft prüfen. Man kann auch erwidern, ob man im Interesse der selbständigen Handwerker die freiwillige Versicherung nach einer gewissen Richtung hin ausbauen soll. Aber eine Interpellation ist doch ein so leichtes Geschäft, um darauf die ungewisse socialpolitische und finanzpolitische Last einer solchen Maßregel irgendwie vorwärts zu schieben. — Ich resumiere mich dahin und wir treten in die Prüfung der Frage ein,

aber Sie können von mir und von den verbündeten Regierungen nicht verlangen, daß sie sich in einer so entscheidenden Frage im gegenwärtigen Augenblick nach irgend einer Richtung festlegen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (natl.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation.

Abg. Trimborn (C.): Ich freue mich, daß wir aus den Aeußerungen des Staatssekretärs vernommen haben, daß die Regierung die Ausführung der Witwen- und Waiserversicherung bereits thatkräftig in die Hand genommen hat. Ueber die näheren Modalitäten dieser Ausführung werden wir uns hoffentlich verständigen. Ich selbst habe ja in der Kommission bereits darauf hingewiesen, daß man sich möglicherweise auf die Unterstützung der bedürftigen Witwen werde beschränken müssen.

Nun zur Interpellation. Gewiß giebt es viele selbständige Handwerker, denen es schlechter geht als den Arbeitern. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits aber läßt es sich nicht leugnen, daß sich in solcher Notlage nicht nur die selbständigen Handwerker, sondern auch andre selbständige Existenzen befinden. Soweit kann ich dem Herrn Interpellanten recht geben. Aber die Zahlen, die er über die freiwillige Versicherung der selbständigen Handwerker angegeben hat, scheinen mir doch ansehnlich. Wie liegen andre Ziffern vor, in denen die freiwilligen Versicherungen einen größeren Prozentsatz der gesamten Versicherungen einnehmen, aus denen aber doch hervorgeht, daß in der That von der freiwilligen Versicherung ein ganz minimaler Gebrauch gemacht wird. Die Schuld liegt zum Teil an den Handwerkern selbst, die zum Mittel der Selbstversicherung nicht greifen. Hier könnten die Handwerkerkammern viel Gutes wirken. In lebendiger, drahtlicher Manier müßte in den Meisterkursen auf die Notwendigkeit der Selbstversicherung hingewiesen werden. Ob wir bei dieser Sachlage aber bereits an die Erfüllung der Wünsche der Interpellanten herangehen sollen, erscheint sehr zweifelhaft. Zunächst müßten die Ansichten der beteiligten Kreise über diese Frage selbst erst geklärt sein. (Sehr richtig! im Centrum.) Vorläufig stehen wir noch vor sehr schwankeuden Vorstellungen. Wie weit soll beispielsweise der Reichszuschuß ausgedehnt werden? Die finanziellen Konsequenzen lassen sich noch nicht übersehen. Allerdings hat sich der Deutsche Handwerkerkongress für die Versicherung ausgesprochen, aber wenn man in Handwerkerkreisen Umfrage hält, merkt man, daß von einer Einstimmigkeit noch lange keine Rede ist. Das hat sich erst jüngst bei den Verhandlungen des Verbandstages deutscher Tischlerinnungen gezeigt. Die Klärung der Meinungen muß jetzt mit allen Mitteln gefördert werden. Die prinzipielle Tragweite des Gedankens der Ausdehnung der Zwangsversicherung der selbständigen Handwerker muß allen Kreisen der Bevölkerung zum Bewußtsein gebracht und dafür gesorgt werden, daß dieser allgemeinen Diskussion konkrete Zahlen zu Grunde gelegt werden. Für niedrige Beiträge und hohe Reichszuschüsse zu schwärmen, ist ja sehr leicht. Andre Dinge können eher einer Regelung unterworfen werden, zum Beispiel die Frage der Lehrlingshaltung von der Meisterprüfung abhängig zu machen. Die jetzige Generation der Handwerker wird die Erfüllung der Forderung kaum erleben. Der heutigen Generation kann man nur raten, sich der freiwilligen Selbstversicherung zu bedienen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Roffenbühl (Soc.): Wenn es bei Anträgen, die hier gestellt werden, einen Schutz des geistigen Eigentums gäbe, man könnte Herrn Dr. Becker des Plagiats beschuldigen. Schon im Jahre 1882 haben mein Freund Bebel und seine Parteifreunde beantragt, daß alle Handlungs-Gesellen und Lehrlinge einschließlich der in den Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge, sowie alle selbständigen Handwerker, deren Einkommen 2000 M. nicht übersteigt, unter die Invaliditätsversicherung fallen sollen. Was heute also dem Dr. Becker als hohes Ideal vorzeichnet, was er für eine neue Entdeckung hält, das haben meine Freunde schon vor so langen Jahren beantragt. Herr Dr. Becker kennt diesen Antrag offenbar nicht. Das ist bei der totalen Unkenntnis, die er in seiner heutigen Rede über die Versicherungs-Gesetzgebung offenbart hat, auch nicht verwunderlich. (Heiterkeit links.) So hat er behauptet, daß die Gesellen, die sich selbständig machten, die von ihnen gezahlten Beiträge zurückverlangt erhielten. (Heiterkeit links.) Er hat dabei die Gesellen mit den versicherungspflichtigen Fabrikarbeiterinnen oder Dienstmädchen verwechselt, die bei der Verarbeitung die Hälfte der Beiträge zurückverlangt erhalten. Er scheint demnach die Ehe für einen selbständigen Handwerksbetrieb zu halten (Große Heiterkeit), in dem die Frau der Meister ist. (Erneute Heiterkeit.) Aber die Annahme des Herrn Dr. Becker beruht eben auf seiner Unkenntnis der Versicherungsgesetze. Herr Dr. Becker sollte sich einmal ansehen, was wir Socialdemokraten zu den verschiedenen socialpolitischen Gesetzen beantragt haben und die Gesetze danach ergänzen. Bei diesem Studium würde er sich dann wohl häufig Kopfschmerzen und andre nervenähnliche Erscheinungen zugehen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Abgeordneter Trimborn hat darüber gesagt, daß die Frage der Aufbringung der Mittel für die Witwen- und Waiserversicherung bei der Pollarist-Beratung völlig offen gelassen sei. Offen gelassen ist diese Frage allerdings insofern, als Sie, Herr Trimborn, zweimal eine ganz verschiedene Meinung äußerten. In der Kommission sagten Sie: „Die erforderlichen Mittel können zur Hälfte aus den Zinsen des anzufammlenden Fonds und aus schließlichen Meskonfessionen, zur andern Hälfte aus Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber aufgebracht werden.“ Später äußerten Sie im Plenum: „Ich habe damit selbstverständlich in keine Weise erklären wollen, daß in dem zukünftigen Gesetz Beiträge zur Witwen- und Waiserversicherung seitens der Unternehmer und Arbeiter festgesetzt werden müßten. Ich muß im Gegenteil hier erklären, daß im Kreise meiner Freunde lebhafteste Bedenken obwalten, die Landwirtschaft und das Gewerbe mit neuen Beiträgen zu belasten.“ Sie haben also damals in Aussicht gestellt, daß Sie keine Beiträge erheben wollen.

Was die Interpellation selbst anlangt, so erklärte der Staatssekretär, daß sich die Versicherung regelmäßig nur auf solche erstrecken solle, die nicht selbständig sind, und daß man sich vor der Einbeziehung selbständiger Personen hüten solle. Aber die Grenzen der Selbständigkeit und der Nichtselbständigkeit sind doch sehr schwankeud, sie gehen bei einer großen Anzahl von Gewerben, wie bei den Schuhmachern und Schneidern, hundertmal durcheinander. Sehr viele Handwerker sind auch in ihrer ganzen socialen Stellung so weit herabgedrückt, daß eigentlich der Handwerksmeister gar nichts anderes mehr ist als ein Hausarbeiter für einen bestimmten Kaufmann. Die Grenzen werden mithin hier sehr schwer zu ziehen sein. Ich könnte über diese Verhältnisse hier wörtlich die Rede wiederholen, die Abg. Grillenberger im März 1880 im Reichstage bei der Beratung des Invaliditätsgesetzes gehalten hat. Schon Grillenberger wies darauf hin, daß ein großer Teil der selbständigen Unternehmer sich in derselben socialen Lage befindet wie die Arbeiter. Viele, die sich zu selbständigen Handwerkern herausgearbeitet haben, sinken wieder in den Arbeiterstand zurück; wenn sie inzwischen keine Versicherungsbeiträge gezahlt haben, so müssen sie von neuem mindestens 200 Wochenbeiträge leisten, ehe sie wieder das Recht auf eine Invalidenrente bekommen. Nun läßt sich nicht leugnen, daß der Projekt der Auffangung der kleinen Handwerker durch die Großindustrie immer rascher vorwärts schreitet. Man hat früher — und deshalb steht ja die Interpellation der Nationalliberalen in einem so eigenartigen Gegensatz zu ihrer früheren Stellung — die Ansicht vertreten, daß, wer einmal Meister sei, immer in höhere Gesellschaftsklassen aufsteige, und damit wäre es wohl begründet, diese Leute nicht in die Versicherung einzubeziehen. Nimmt man aber an, daß ein erheblicher Teil der zu Handwerkern aufgestiegenen Arbeiter wieder in die Lohnarbeiterklasse zurückfällt, so müssen sie allerdings in die Versicherung einbezogen werden und in den Jahren,

in denen sie am besten gestellt sind, die Beiträge weiterzahlen, um später, wenn sie alt und invalide sind, die Wohlthaten der Versicherung für sich in Anspruch nehmen zu können.

Ich sehe nicht ein, daß damit ein großes finanzielles Experiment gemacht werden würde. Die Leute müßte mit den Beiträgen übereinstimmen, so wie gegenwärtig bereits Beiträge und Rente vollkommen ausgleichen. Es ist dringend geboten, daß die Leute, die an der Grenze der Arbeiterklasse stehen, mehr und mehr in die Versicherung hineingezogen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung geht rapide vor sich. Das Großkapital laßt den kleinen Mittelstand immer mehr auf. In einigen Industriezweigen geht diese Entwicklung besonders rasch vor sich, so in der Eisenindustrie, der Schiffbau-Industrie. Während die Leistungsfähigkeit unserer Schiffe um 261 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der selbständigen Betriebe um 23 Prozent zurückgegangen. Je mehr sich das Großkapital entwickelt, desto mehr ist der einzelne Kapitalist gezwungen, neue Anlagestellen für sein Kapital zu suchen. Damit verschwindet das Kleinhandwerk und der kleine Handwerker wird Lohnarbeiter. Als solcher aber ist er schlechter gestellt als der Arbeiter, der nie Handwerker war. Denn dieser hat als Arbeiter von Anfang an erhebliche Rechte gewonnen, Versicherungsrechte, die jenen fehlen. Deshalb haben meine Parteigenossen schon vor Jahren vorgeschlagen, die Versicherung entsprechend auszuweiten. Jetzt kommen Sie auch dahin. Einige der damals von uns gestellten Anträge sind bereits Gesetz geworden. Wie befanden und freilich immer in völligen Gegensatz zum Centrum, das ja sonst so sehr positive Socialpolitik treibt. Aber die Bestand darin, die gesamten Landarbeiter, die Diensthofen, die Lehrlinge, die Angestellten im Handelsgewerbe, die Winzler, die Transportarbeiter, die im Tiefbau, im Kommunalbetrieb, in sonstigen öffentlichen Einrichtungen Thätigen von der Unfallversicherung auszuschließen. Wenn das Centrum in dieser Weise positive Socialdemokratie (Große Heiterkeit) — Socialpolitik treibt, so habe ich mich umsonst gewundert, daß die Nationalliberalen die Bahn unserer früheren Anträge betreten haben. Sie sind also jetzt auch die wüthenden Kämpfer, die an die niedrigsten Leidenenschaften appellieren. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Damals haben Sie (zu den Nationalliberalen) gejubelt, als uns Graf Bülow das Jurist, und wußten nicht, daß Sie sich mit Ihrer heutigen Interpellation schon auf unsere Grundlage gestellt hatten. Das Centrum aber braucht aus der Unfallversicherung nur noch die Fabrikarbeiter zu streichen, dann ist seine Socialpolitik wahrhaft positiv.

Zu der Witwen- und Waisenversicherung möchte ich der Regierung eine Anregung geben, die selbst dann, wenn sie von einer nützlicheren Socialdemokratie ausgeht, in Erwägung gezogen werden kann. Die sich verheiratenden Frauen scheiden meist aus der Versicherung aus. Wenn später ihr Mann stirbt, so erhält die Witwe wiederum die Beiträge des verstorbenen Arbeiters zurück. Fangen sie dann wieder an zu arbeiten, so müssen sie wieder 200 Wochen zahlen, ehe sie wieder einigermassen Anspruch haben. Wie würde es sein, wenn man die Auszahlung der Beiträge des Mannes beschränkte und dafür den Rechtsanspruch des Mannes ihr zuschriebe. Allerdings wäre es ein großes Risiko für die Versicherung. Ich glaube, die Möglichkeit, dies durchzuführen, wäre vorhanden. Die rund zwei Millionen Mark zurückgezahlten Beiträge würden der Versicherung bleiben und wenn auch die Liebertragung der Rentenansprüche des Mannes auf die Witwe der Versicherung etwas mehr Kosten würde als zwei Millionen Mark, so könnte sie das doch leisten, da die zurückgelegten Summen heute bereits 200 Millionen Mark mehr betragen, als man seiner Zeit erwartete.

Aufgefallen ist mir bei der Interpellation, daß hier lediglich die Invalidenversicherung der Handwerker gewinnlos wird. Ebenso notwendig wie diese ist doch die Krankenversicherung der Handwerker. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Für mich ist die ganze Interpellation insofern interessant, als die Nationalliberalen wie der Reichsfinanzminister unsere Thätigkeit einen Appell an die niedrigsten Leidenenschaften nannten, wo Sie lebhaften Beifall spendeten, während Sie nun in ganz dieselben Fußstapfen treten, in denen wir bereits vor 15 Jahren gegangen sind. Wir erkennen unser altes Eigentum sehr wohl wieder, das Sie (zu den Nationalliberalen) aus unserm Arriental genommen haben. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Böcker (wirtsch. Vereinig.):

Alles, was der Herr Staatssekretär von dem guten Herzen für den Mittelstand sprach, klang doch schließlich auf ein rundes Nein gegenüber dem Verlangen der Interpellation heraus. Die bisherige Socialpolitik hat lediglich den Arbeitern genutzt und den Mittelstand belastet. Wenn nun auch der Mittelstand etwas entlastet würde, so wäre das nur gerecht und würde uns nicht dem Staate des Herrn Bebel näher führen, sondern im Gegenteil durch Stärkung der nationalen Elemente dem nationalen Staat. Der Herr Staatssekretär freilich warnte uns davor, den Rubicon zu überschreiten. Der Rubicon ist ein ganz kleiner Fluß und wenn Cäsar an jenem Tage den Rubicon nicht überschritten hätte, so wäre der Lauf der Weltgeschichte auch nicht anders gegangen. Also die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs war zwar recht geistreich, aber doch nicht gerade sehr tief. (Heiterkeit.) Eine Scheidung der Handwerker nach selbständigen und unselbständigen ist ganz undurchführbar. Durch die großen Warenhäuser werden immer mehr selbständige Handwerker in ihrer Existenz vernichtet. Die große Mehrzahl der Handwerker hat sich dafür ausgesprochen, daß etwas im Sinne der Resolution geschieht und dabei kommen zu den Handwerker tagen doch nur die etwas besser gestellten Handwerker. Daß sich ein Teil der Handwerker noch gegen die Versicherung erklärt, ist ganz erklärlich, jede socialpolitische Maßnahme begegnet zunächst heftigem Widerspruch. Uebrigens sind dies auch meist die Kreise der Handwerker, die von der manchesterlichen Judenpresse ihre Nahrung beziehen. Die Mehrzahl des deutschen Handwerkerstandes aber fühlt sich tief erbittert über seine Vernachlässigung durch die Regierung. Wenn das so weiter geht, wird noch der gesamte Handwerkerstand in die Arme der Socialdemokratie getrieben. Das wäre dann allerdings eine nationale Gefahr! Aber freilich selbst der Polizeipräsident von Berlin hat vor Weihnachten vorigen Jahres durch seinen Hinweis auf die Feuersicherheit der Warenhäuser die Leute direkt in die Warenhäuser hineingetrieben. (Lachen links.) Leute, die lange Zeit nicht in Berlin waren, wundern sich darüber, wie diese Alaspaläste geradezu aus der Erde wachsen. (Erneute Heiterkeit links.) Schon kündigt sich der Ruin des Handwerkerstandes wie ein fernes Donnerrollen an, aber von unserer Regierung ist demgegenüber in heutiger Zeit nichts zu erwarten. Denn unsere höchsten Stellen sind verballinhert (Heiterkeit) und bis zu den Stufen des Thrones, bis an die Speichen des Staatsrades dringen Fremdlinge aus Palästina und Aethiopia. (Stürmisches Gelächter.) Es hat einmal eine Zeit gegeben, da der deutsche Kaiser nicht gewußt hätte, wo er sein Haupt hinstellen sollte, wenn ihn nicht die Städte, in denen die trotzigsten Junngewermeister das Regiment führten, aufgenommen hätten. Sollte jemals wieder eine Zeit kommen, wo der Kaiser es nötig hat, an seine Junngewermeister, an den Mittelstand zu appellieren, so fürchte ich, wird er vor einem Mittelstand kommen, der nicht mehr leistungsfähig ist, und dann gute Nacht, Kaiser und Reich! (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Fahncke (fr. Vgg.):

Die bisherige Handwerkerlegislation hat sich noch nicht bewährt. Als dann die Bewegung für die Handwerkerversicherung eingeleitet wurde, verbreitete man die Mitteilung, das Reichsamt des Innern siehe dieser Bewegung sympathisch gegenüber. Heute haben wir zu unserer Gemüthung erfahren, daß jene Mitteilung falsch war. Mit dieser Interpellation betreten wir Neuland, und der Boden muß erst viel sorgfältiger beackert werden, ehe hier etwas geschehen kann. Noch vor kurzem war die Stimmung der Handwerkerorganisationen eine ganz andere als heute: 1890 verlangte der rheinische Handwerkerkongress, daß das Handwerk aus der Zwangsversicherung überhaupt ganz herausgenommen werde. Die Bewegung für die obligatorische Versicherung ging weniger vom Handwerk selbst aus, als von Männern der Wissenschaft und Handwerkerkammer-Sekretären. Nach der heutigen Verhandlung wird der Handwerkerstand wohl wieder bedenklicher werden gegenüber seiner Einbeziehung in die

versicherung. Sind Einkommen von 3000—4000 M. auch berechtigt, eine Reichsunterstützung zu verlangen? Und wenn diese, warum dann nicht auch noch höhere Einkommen? Was dem Handwerk recht ist, das ist dem Bauern. Dem kleinen Kaufmann, dem Fribadmann billig, und das Ende wäre eine allgemeine Staatsversicherung, eine Umgestaltung unserer ganzen socialen Formation. Das wäre ein Aufgeben der ganzen Grundlagen, auf denen Reich und Staaten groß geworden sind.

Wir stehen dem Gedanken einer Versicherungsmöglichkeit für das Handwerk durchaus nicht unfreundlich gegenüber, wir sind gern bereit, uns bei der Beschaffung und Sichtung des Materials zu beteiligen, aber wir können die letzten Folgerungen aus der Interpellation nicht ziehen. (Bravo! links.)

Abg. Holt (Rp.):

Ich weiß nicht, ob wir den Interpellanten sehr dankbar sein sollen für die Einbringung dieser Interpellation. Es wird, fürchte ich, nicht sehr viel dabei herauskommen. Der Wunsch nach Einbeziehung in die Zwangsversicherung besteht zweifellos bei zahlreichen Handwerkern, und etwas gar so Gefährliches kann sie doch auch kaum sein, da ja die fakultative Versicherung für das Handwerk schon heute gesetzlich besteht. Ein socialer Nutzen ist ja durch die Versicherung der Arbeiter eigentlich nicht erreicht worden, wenn man bedenkt, welchen Einfluß die Socialdemokratie heute bei den Massen der Arbeiter hat. Aber in dem Handwerkerstand sind Elemente vertreten, die durchaus monarchisch und staatsverhaltend gesinnt sind und ihnen kann man die Wohlthat der Invaliditäts- und Altersversicherung wohl gönnen. Was die Interpellation will, ist ein praktischer Schritt, um dem Handwerk wirklich zu helfen und ich hoffe, daß die Regierung die Frage wohlwollend prüft. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Söde-Wunstorff (Welfe):

Die Verhältnisse im Handwerk sind so außerordentlich verschieden, daß eine allgemeine Regelung der Versicherung undurchführbar ist. Sie würde dem Handwerk nur schaden. Mit solchen Ideen gehen wir immer mehr in den socialistischen Staat hinein, wo jede individuelle Freiheit aufhört. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.):

Daß die Lage des Handwerkers heute unhaltbar ist, ist zweifellos. Die Handwerker können es nicht verstehen, daß sie so erheblich zu den socialpolitischen Lasten herangezogen werden, ohne den geringsten Vorteil davon zu haben. Warum werden nicht die wirklich leistungsfähigen Kreise, die Leute mit den großen Vermögen, herangezogen zur Tragung der socialpolitischen Lasten? (Bravo! rechts.) Man sollte doch einmal die Handwerkerkammern fragen, wie sie sich zu dieser Frage stellen. Darum zur Socialdemokratie zu gehen, denken die Handwerker nicht. Der Handwerker ist ein guter deutscher, national und patriotisch gesinnter Mann, er wird nie zur Socialdemokratie übergehen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Gewiß giebt es Ausnahmen, auch einige von Ihnen (zu den Socialdemokraten) sind ja Handwerker gewesen, jetzt aber treiben Sie ganz andre Sachen, es fällt Ihnen gar nicht ein, ein Handwerk zu treiben, dazu sind Sie auch nie brauchbar gewesen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten, Bravo! rechts.)

Abg. Chlapowski (Pole) äußert sich zustimmend zu dem Verlangen der Interpellation.

Abg. Bahig (natl.):

Ich vermissen die Antwort der Regierung auf die Frage, welche Schritte die Regierung denn nun thun will, um die Wünsche der Handwerker zu erfüllen. Ich entnehme freilich aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs, daß wenig Aussicht auf Erfüllung dieser Forderungen besteht. Ich bedaure nur, daß diese Aeußerungen nicht vor dem Handwerker tag gefallen sind. Die Handwerker hätten sich danach richten und sich ihre Ziele näher stecken können. Herr Mollenhuth beschuldigt meinen Freund Bebel des Plagiats. Wir warten über den Antrag der Socialdemokratie von 1880 durchaus unterrichtet. Damals aber handelte es sich zunächst um die Versicherung der Arbeiter, und wenn man damals damit die Versicherung der Handwerker vermengt hätte, so wäre aus beidem nichts geworden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Jetzt nach Vollendung des großen Werkes der Arbeiterversicherung ist der Zeitpunkt gekommen, auch an die Versicherung der Handwerker zu denken.

Es wundert mich geradezu, daß die Regierung noch nicht auf den Gedanken gekommen ist, ihrerseits „den Rubicon zu überschreiten“. Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Zwangsversicherung der Handwerker ein Schritt in den Socialstaat hinein sein soll. Die Interpellation hat zum mindesten klärend gewirkt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Euler (C.):

Der Wunsch nach Einbeziehung in die Alters- und Invalidenversicherung ist im deutschen Handwerk keineswegs allgemein. Auch die von einzelnen Organisationen gefassten Resolutionen verlangen nur eine Prüfung der Frage, nicht mehr. Wir Handwerker sind viel zu stolz auf unsere Selbständigkeit und möchten viel zu sehr unsere Freiheit erhalten, als daß wir uns ohne weiteres für die Zwangsversicherung begeistern könnten. Mich wundert, daß gerade von nationalliberalen Seite dieser Zwang jetzt gefordert wird, während die Nationalliberalen uns Handwerkern den Junngewerzwang doch stets verteidigt haben. Hoffentlich ordnet die Regierung bald die obligatorische Einführung der Meisterprüfungen an, damit ein gebildeter Handwerkerstand herangebildet werden kann. Dann wird das Handwerk nicht verloren sein! (Beifall im Centrum.)

Abg. Hagemann (natl.):

Der Handwerkerstand ist eine der besten Säulen der staatsverhaltenden Ordnung. Trotzdem die Socialdemokratie in einer alles Mögliche anbietenden Weise gegen die Handwerker vorgegangen ist — ich erinnere an die Wollstoffe, die anlässlich der Wahlen gegen staatsgetreue Handwerker verhängt worden sind — so hat sich dieser Stand in seiner Gesinnung nicht wankend machen lassen. Deshalb sollte die Regierung alles thun, um der Erbitterung, die nicht mit Unrecht vielfach im Handwerkerstand herrscht, Einhalt zu thun. Eine Krankenversicherung obligatorisch einzuführen, wie Herr Mollenhuth das verlangt, ist nicht so notwendig, da die Vorteile dieser Versicherung so einleuchtend sind, daß die Handwerker auch heute schon zum größten Teil gegen Krankheit versichert sind.

Abg. Mollenhuth (Soc.):

Herr Euler meinte, daß ein tüchtiger Handwerksmeister jederzeit auch seinen Erwerb finde. Damit beschuldigt er doch den weitaus größten Teil der Handwerker des Mangels an Tüchtigkeit. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Unsere Ansicht, daß das Handwerk dem Ruin entgegengeht, stützt sich auf unsere Kenntnis der wirtschaftlichen Tendenzen. Herr Bahig meinte, die Aeußerung des Reichsfinanzministers und gegenüber treffe für die Thätigkeit der Nationalliberalen nicht zu. Nun, ich bin der Meinung, daß die Aeußerung des Reichsfinanzministers auch nicht für die Thätigkeit der Socialdemokraten zutrifft. Herr Bahig stellte es so dar, als ob der Reichsfinanzminister lediglich unsere Thätigkeit anerkennen wollte. Das ist nicht der Fall. Der Reichsfinanzminister sagte: „Organisation, Disziplin, Disziplin!“ — Das bezieht sich also auf unsere Thätigkeit außerhalb des Hauses. Dann fuhr er aber fort: „Herr Bebel hat wieder gesprochen von den positiven Leistungen. Wo sind diese positiven Leistungen? Ich sehe nur eine fortgesetzte wüste Kritik, einen Appell an die niedrigsten Leidenenschaften usw.“ Das bezieht sich also doch auf unsere Thätigkeit hier im Reichstag. Und diesem Wort des Herrn Reichsfinanzministers haben Sie damals lebhaft zugestimmt. Ich habe aber bewiesen, daß Ihr Antrag aus einem früheren Antrag von uns lediglich übernommen ist. Und wenn infolgedessen die Aeußerung des Herrn Reichsfinanzministers unsere Thätigkeit trifft, dann trifft sie auch die Ihre. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch Graf Posadowski hat ja Ihren Antrag den ersten Schritt in das Reich des Herrn Bebel genannt. Nun hat Herr Bahig erklärt, unser früherer Antrag sei ihm bekannt gewesen. Ich habe nur behauptet, daß Herr Bebel ihn jedenfalls nicht gekannt hat und

zu diesem Schluß war ich berechtigt, da Herr Bebel ja nicht einmal die gegenwärtige Gesetzgebung in dieser Materie kennt. Herr Hagemann hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir Handwerker ihrer politischen Gesinnung wegen boykottieren. Herr Hagemann ist ja in seinem Verus ein Mann, der eigentlich für jede seiner Behauptungen den strikten Wahrheitsbeweis sollte antreten können. Wenn er aber hier den Socialdemokraten in ihrer Allgemeinheit vorgeworfen hat, daß sie Leute wegen ihrer politischen Gesinnung boykottieren, so wird er das kaum irgendwie beweisen können. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Wenn wir Socialdemokraten alle unsere Gegner wegen ihrer politischen Gesinnung boykottieren wollten, so wäre das vielleicht im Interesse der Abfindungsbewegung wünschenswert, denn die Brandweinbrenner sind in der Regel konfessionell, dann müßte ja eigentlich kein einziger Schnaps mehr im Deutschen Reich abgesetzt werden. Sie freilich (nach rechts und zu den Nationalliberalen) pflegen Leute wegen ihrer politischen Gesinnung brotlos zu machen, und Sie folgen damit dem Beispiel des Staates, aber so schlecht wie der Staat sind die Socialdemokraten noch lange nicht! (Heiterkeit und Beifall bei den Socialdemokraten, Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Trimbom (C.):

hebt hervor, daß seine Partei sich keineswegs auf die Art der Beitragserhebung für die Witwen- und Waisenversicherung festgelegt habe. Er citiert zu diesem Zwecke eine von ihm gehaltene Rede und wirft dem Abgeordneten Mollenhuth vor, daß er diese Rede nicht vollständig citiert habe. Solchen Legendenbildungen müßte er sofort entgegenzutreten, damit sie nicht noch unverkämter würden. Er meine nur die Legendenbildungen, nicht die Legendenbilden. (Große Heiterkeit.) Herr Mollenhuth hat uns einen Vorwurf gemacht, daß wir gegen die Invalidenversicherung gestimmt haben. (Bebel: Sehr richtig!) Herr Bebel, Sie und Ihre Freunde haben doch auch gegen das Invaliditätsgesetz im ganzen gestimmt. (Bebel ruft: Sie doch auch!) Nur langsam! Zunächst handelt es sich doch um Sie. (Heiterkeit.) Sie haben also das selbe gethan, wie wir. Wie können Sie uns also daraus einen Vorwurf machen, daß wir das selbe gethan haben wie Sie. (Große Heiterkeit.) Ich wundere mich, daß ein erfahrener Parlamentarier wie Abg. Mollenhuth, sich in eine so gefährliche Situation begeben hat. Das Facit der Debatte war, daß die Meinungen über die Motive noch nicht geklärt sind. Als verloren möchte ich die heutige Debatte nicht bezeichnen. Vielleicht hat sie den Erfolg, daß die Debatten bei der Beratung des Reichsamt des Innern abgeklärt werden. Alle die heute besprochenen Fragen könnten dabei ausgeschlossen werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Fröhlich (Antik.):

Die Handwerker müssen geschützt werden, sie sind mit ihrer Lage so unzufrieden und haben bereits zu drei Vierteln socialdemokratisch gewählt, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Unsere Handwerker müssen sich mit elender Wohnung begnügen, während die Börsenspekulanten in Palästen der Tiergartenstraße hausen. (Lachen.) Die Zwangsversicherung ist unbedingt notwendig.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Es ist uns vorgeworfen, daß wir nicht sofort Stellung genommen haben zu den Beschlüssen des Münchener Handwerkerkongresses. Es bilden sich zu der Zeit immer mehr private Vertretungskörper, die Einfluß auf die Gesetzgebung verlangen. Demgegenüber betone ich: meines Erachtens muß der Schwerpunkt der politischen Geschäfte in der gesetzlich berufenen Volksvertretung liegen und über Fragen von einer solchen Wichtigkeit kann man sich nicht entscheidend äußern in einer privaten Versammlung, wie sie die Münchener war. — Einer der Redner hat mein Citat in Bezug auf den Rubicon hemängelt. Ich glaube, seine geschäftlichen Kenntnisse in dieser Beziehung waren nicht ganz tadellos. (Heiterkeit.) Ich erlaube mir, aus dem Munde eines Zeugen vorzulesen, den gewiß jeder Redner als Autorität anerkennen wird, nämlich des verstorbenen Nominen. Er sagte über diesen Fall: „Der Rubicon war der Fluß, der Cäsars Provinz von Italien schied, und indem Cäsar nach neunjähriger Abwesenheit den Boden des Vaterlandes betrat, betrat er zugleich die Bahnen der Republik, die Würfel waren gefallen.“ Daß der Rubicon ein kleiner Fluß ist, wußte ich auch. (Heiterkeit.) Aber der Vergleichspunkt lag darin, daß ich sehr ernst darauf hinweisen wollte, wenn man die Reichs-Zwangsversicherung ausdehnt von unselbständigen auf selbständige Existenzen, daß man dann allerdings die geplante socialpolitische Gesetzgebung unterwölze. Darin lag der Vergleichspunkt mit meinem Bilde und nicht im Wasserstand des Flusses. (Große Heiterkeit.) Daß ich recht hatte und die Tendenz der Interpellation und in der Folge zu unselbständigen Zuständen führen würden, hat der letzte Redner bemerkt, der pathetisch verlangte, daß jeder Deutsche ein Reichs- und Staatspensionär werden müsse.

Ein Abgeordneter erwähnte, daß manche Handwerker 1000 M. und mehr an Beiträgen zur Alters- und Invalidenversicherung bezahlten. Aber solche Leute sind doch keine Handwerker mehr, sie beziehen viel mehr Einkommen als sämtliche Mitglieder dieses hohen Hauses. (Heiterkeit.) Wenn gesagt ist, mindestens 33/3 Proz. der Handwerker hätten socialdemokratisch gewählt, so sojuzagen der Regierung zu zeigen, was eine Parze ist, dann bedaure ich das politische Unverständnis dieser Handwerker. Denn im Julianusstaat wird es keinen allgemeinen Befähigungsnachweis, keine Zwangsleistung und auch keine socialpolitische Gesetzgebung geben. (Große Heiterkeit.)

Noch eins. Ich habe wirklich mit innerster Freude — und alle bürgerlichen Parteien werden diese Freude teilen — gehört, daß Abg. Mollenhuth freilich vor dem Lande erklärt hat: „Die Socialdemokraten boykottieren niemanden wegen ihrer politischen Gesinnung.“ Dann unterscheiden sich die Socialdemokraten in Deutschland vorteilhaft von ihren Kollegen in Frankreich, denn die haben den ehemaligen Minister Millerand aus der Partei ausgeschlossen. (Große Heiterkeit rechts und im Centrum, Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Chlapowski (Pole):

Ich muß meine Bortwürfe gegen die Regierung aufrechterhalten. Ihr Verhalten gegenüber den selbständigen Handwerkern bei Vergebung von behördlichen Aufträgen muß ich als verdamnungswürdig bloßstellen.

Abg. Bahig (natl.):

Ich bedaure die Aeußerung des Staatssekretärs über die Nebenparlamente; ich bin der Meinung, daß das Handwerkerkammer-Gesetz von 1897 nicht Nebenparlamente geschaffen hat, sondern Organisationen zur Vertretung der berechtigten Interessen des Handwerks, denen gegenüber die Regierung Pflichten hat, besonders die Pflicht zur Antwort auf wichtige Fragen. Der Abg. Mollenhuth hat einige Bemerkungen über andre Fragen vorangegenommen. Er mag nur warten; wenn die in der Luft schwebende Grimmische Debatte kommt, wird er erfahren, daß von den Socialdemokraten nicht nur der Wohlthät auf das rücksichtsloseste gehandelt, sondern auch den Arbeitswilligen die Ehre abgenommen wird.

Abg. Bebel (Soc.):

Der Abg. Trimbom hat seine Rede auf meine Person zugespielt. Der Vorwurf, daß wir im Jahre 1889 gegen die Socialgesetzgebung gestimmt haben, ist uns sehr oft gemacht worden, hat bei den letzten Wahlen den Hauptbestandteil der Agitation gegen uns gebildet; und die Wirkung hat der Wählerfolg bewiesen. Wir haben unsere Gegnerschaft niemals gedeutet, aber immer betont, was Sie (zum Abgeordneten Trimbom) stets verschwiegen haben: die Motive, die uns dazu veranlaßt haben: daß das Gebotene weit hinter den Erwartungen zurückstand, die wir glaubten hegen zu müssen, und daß wir damals völlig recht gehabt haben, beweist Ihre Thätigkeit der letzten 20 Jahre. Denn Schritt für Schritt waren Sie genötigt, eine Forderung nach der andern zu erfüllen, die schon damals erfüllt worden wäre, wenn Sie gewollt hätten, und deren Erfüllbarkeit jetzt längst durch die Erfüllung bewiesen ist. Das ist gleich ein Beispiel über die Begriffe des Möglichen und Unmöglichen. Was wir fordern, ist unmöglich, weiß Sie, die Mehrheit, dagegen sind, durch unsere, wüste Agitation, haben wir Sie moralisch gezwungen, den Weg zu gehen,

den Sie nachher betreten haben. Der Gegensatz zwischen der Socialdemokratie und dem Centrum war 1890 besonders scharf. Das Centrum verlangte entgegen der Regierungsvorlage eine bedeutende Einschränkung der versicherungspflichtigen Personen. Und Antragsteller waren die Abgeordneten Heye, damals der einzig hervorragende socialpolitische Führer, der Freiherr von Hertling und der Vertreter des Handwerks Diehl-Münch. Wir aber wollten das Gesetz erweitern in der Richtung, die die heutige Interpellation nach 15 Jahren endlich verlangt. Wir haben uns stets bemüht, die Majorität von der Berechtigung unserer Anträge zu überzeugen. Wenn aber alle unsere Anträge abgelehnt wurden, waren wir schließlich gezwungen, gegen das Gesetz zu stimmen. Unsere Wähler haben uns recht gegeben. Auch ein großer Teil der Handwerker hat bei den Reichstagswahlen für uns gestimmt, da hat Herr Fiedrich ganz recht. Dabei haben wir uns nie als Handwerkervertreter aufgeführt, sondern in Gegenteil immer die Mittelstandsrethorik der rechtsstehenden Parteien als wirkungslos verurteilt. Die Handwerker selbst sehen es heute zum Teil ein, daß Befähigungsnachweis, Handwerkerkammern und all die Knochen, die man ihnen sonst hingeworfen hat, schließlich nichts wert sind, sondern daß auch für sie das Heil im Socialismus liegt. Wir haben noch nie die Handwerker getäuscht und ihnen goldene Berge versprochen. — Herr Fahig hat gesagt, eine Verständigung zwischen Ihnen und uns sei unmöglich. Darin muß ich ihm durchaus recht geben, wir werden im einzelnen zusammengehen können, aber die Grundanschauungen bleiben verschieden. — Wenn aber Herr Fahig meinte, mit unsren weitgehenden Forderungen würden wir der Mehrheit nur Knüttel zwischen die Beine, so ist das nicht richtig. Bei aller Schärfe der Opposition gegen die Regierung muß ich doch anerkennen, daß auf ihrer Seite noch immer mehr socialpolitische Verständnis ist, als bei der Mehrheit dieses Hauses. (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Uns ist agitatorisches Vorgehen vorgeworfen worden. Es giebt aber keine leidenschaftlichere Agitation, als die agrarische in den letzten Jahren. Die agrarischen Angriffe gegen die Regierung, den Capitalismus usw. stellen alles in den Schatten, was seitens der Socialdemokratie auf diesem Gebiete geäußert worden ist. (Lebhafter Applaus rechts.) Wir müssen uns schon um deswillen eine große Reserve auferlegen, weil wir vom Staatsanwalt angeklagt werden wegen Verurteilungen, die Sie (nach rechts) ruhig riskieren können. (Abg. Graf Ranig ruft: Welche Verurteilungen? — Unruhe.)

Präsident Graf Ballestrem:
Ich mache darauf aufmerksam, daß es halb sieben Uhr ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend):
Sie, Herr Graf Ranig, sind zwar in der Form mäßiger als viele Ihrer Freunde. Ich erinnere aber z. B. an das kirchliche Rededuell zwischen Dr. Heim und dem Bauernbündler Dr. Häd in der bayrischen Kammer. (Große Heiterkeit.) Ihr Sündenregister (nach rechts) übertrifft alles, was jemals auf einem socialdemokratischen Parteitag vorgebracht worden ist. (Gelächter und laute Ohnrufe rechts.) Aber Sie können sich das leisten, Sie vertreten die Besitzenden Klassen, während wir die Armen vertreten. Jahrhundertlang ist der Arbeiter geduldig zum Altar gegangen und hat sich unterdrücken lassen. Heute strebt er nach einer menschlichen Existenz, und das will der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht als berechtigt anerkennen. (Große Unruhe im Centrum, bei den Nationalliberalen und rechts.) Das sind zwei Lager, in die die Welt geschieden ist, es giebt nur ein Häfen und Dräben, ein Ausgleich der Gegensätze ist unmöglich. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Baehem (C):
Ich will hier keine Socialistenrede herbeiführen, nur darauf hinweisen, daß nicht mein Freund Trimborn diese Debatte provoziert hat, sondern Herr Wollensbühr. Mein Freund Trimborn hat überhaupt nur ein paar kurze Bemerkungen gemacht, über die nun Herr Bebel so lang und breit gesprochen hat. Hätten wir allen socialdemokratischen Anträgen Folge gegeben, wir hätten heute eine heillose gesetzgeberische Konfusion. (Sehr richtig!) Socialpolitik — muß man Schritt für Schritt machen. Deshalb haben wir auch gegen das Invaliditätsgesetz gestimmt, weil es uns bedenklich schien, gleich einen so großen Schritt zu thun. Bebel behauptet, die Socialdemokratie habe uns zur Socialpolitik gezwungen. Wir haben schon Socialpolitik gemacht, als die Socialdemokratie noch keine Rolle spielte, ich erinnere nur an unsern Bischof Ketteler. Dem Handwerk wollen wir helfen, soweit das in unsern Kräften steht. (Beifall im Centrum.)

Hiermit schließt die Besprechung.
Das Haus verläßt sich.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Schleuniger Antrag Auer auf Einstellung eines Strafverfahrens. Interpellationen betr. Zeugniszwang und Kündigung der Handelsverträge.)
Schluß 7 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine Holzerei mit Offizieren
Hr. gestern vor der Strafkammer in Köln a. Rh. als Verbrecher abgeurteilt worden. Am Sonntag, 22. März vorigen Jahres, hatten im Weinrestaurant des Hotels Monopol zu Köln mehrere Offiziere in Zivil an einem Tisch Platz genommen. Auch einige Einjährig-Freiwillige in Uniform befanden sich unter den Gästen. Gegen halb 1 Uhr nachts wollte der Einjährig-Freiwillige Hans Krepper vom Feldartillerie-Regiment Nr. 59 sich nach Hause begeben. Beim

Hinausgehen erblickte er den Einjährig-Freiwilligen Peter Gaber von demselben Regiment. Er begrüßte diesen und nahm an dessen Tisch, mit der Mühe auf dem Kopfe, noch einen Augenblick Platz. Dies gab den Offizieren Veranlassung, ihrem Unmut Ausdruck zu geben. Lieutenant Alexander Bruns vom Bergischen Feldartillerie-Regiment Nr. 59, der sich im Zivilanzug befand, trat an den Tisch der Einjährig-Freiwilligen heran und bedeutete dem Einjährig-Freiwilligen Krepper, daß es nicht schicklich sei, in einem vornehmen öffentlichen Lokal die Mühe auf dem Kopfe zu behalten. Lieutenant Bruns soll dies mit sehr lauter Stimme gesagt und dabei „anderwärts mit dem Kammeln“, nach anderer Behauptung „unverschämter Regel“ gesagt haben. Dies erregte den Unwillen der Gäste, die auch alsbald an den Einjährig-Freiwilligen die Frage richteten: Weshalb er sich das gefallen lasse? Ein Bruder des Einjährigen trat an den Lieutenant Bruns heran mit dem Ersuchen, zu einer Besprechung mit ihm in den Vorraum zu kommen. Der Offizier entsprach sogleich dieser Aufforderung. In dem Vorraum angelangt, stellte Heinz Krepper dem Offizier zur Rede. Noch ehe dieser Zeit fand, zu antworten, erhielt er von verschiedener Seiten heftige Schläge, Stöße und Fußtritte. Die Kameraden des Offiziers und der Einjährig-Freiwillige Gaber eilten dem Lieutenant Bruns zu Hilfe. Diesen gelang es auch schließlich, mit Hilfe des Hotelpersonals, der Hausier ein Ende zu machen. Lieutenant Bruns war erkälteterweise sehr aufgeregt. Da er sich noch nach längerer Zeit nicht beruhigen konnte, wurde er von dem Hotelportier gewaltsam auf die Straße gesetzt. Das Vorkommnis wurde selbstverständlich sofort der Militärbehörde gemeldet. Die Folge war, daß das Gouvernement den Befehl erließ: es dürfe kein Offizier mehr die Räume des Monopolhotels betreten. Ein solcher Posten gilt bestänzlich auch für die Reserve- und Landwehr-Offiziere, sobald sie Uniform angelegt haben. Außerdem wurde das Vorkommnis der Staatsanwaltschaft angezeigt. Diese hat nun gegen die angeblichen Hauptschläger, die Kaufleute Theodor Steiner, Alfons Dahlhausen und Reedereibesitzer Theodor Hans Dreßler wegen gemeinschaftlich begangener vorläufiger Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges auf Grund der §§ 223 und 223a des Strafgesetzbuches die Anklage erhoben. Diese drei Genannten haben sich daher vor dem erwähnten Gerichtshof zu verantworten. Es sind mehrere Offiziere, der Direktor des Monopolhotels sowie sonstige Herren der „Gesellschaft“ als Zeugen geladen. Die Verteidigung führen Rechtsanwalt Deubel und Rechtsanwalt Paul von Coellen.

In der Verhandlung bestritten Steiner und Dahlhausen ihre Schuld, Dreßler war nicht erschienen. Die Verhandlung wurde deswegen auf den 22. Februar vertagt. Außerdem wurde beschlossen, den unentschuldig ausgebliebenen Dreßler zu verhaften.

Behördlich geschützte Kacheln. Einen Kacheltransport von Wetzlar nach Gernigsdorf hatten die in Wetzlar wegen des dortigen Streiks zusammengezogenen Gendarmen in der Nacht zum 1. November v. J. angeblich deshalb zu begleiten, weil sie den Wagenführer, einen Arbeiter, beschützen wollten. Bei diesem Ereignis hatten sich in der Wetzlarer Straße zu Wetzlar mehrere Personen angestellt, welche sich den behördlich geschützten Kachelzug betrachten wollten. Die Gendarmen waren in Zivil. Unter der Aufsicht von Hermann Dan. Dan wurde von dem Gendarmen Jaucenick dabei betroffen, wie er bei einem Ofenfabrikanten an der Thür rüttelte und laut sprach. Jaucenick verhaftete den Dan und übergab ihn den Nachwachtern Moritz und Meier. Als diese ihn weiter transportierten, riß sich Dan plötzlich los, verfehlte dem einen Wächter dabei einen Stoß und lief davon. Er wurde später ermittelt und erhielt eine Anklage wegen groben Unfugs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Vielesfeld war durch den Lärm, den der Kacheltransport hervorrief, aufmerksam geworden, er lief aus Neugierde auch hin und rief: „Was machen denn die Jungsohnen-Beamtenselbstbildung, und zwar fühlten sich die Gendarmen Jaucenick und Meier durch den erwähnten Ausdruck beleidigt. Das Schöffengericht zu Spandau verhandelte am Mittwoch in dieser Sache. Dan bestritt die ihm zur Last gelegte That überhaupt. Vielesfeld erklärte, daß er mit dem Streik gar nichts zu thun habe, er sei Maurer, arbeite in Berlin und käme nur alle Woche einmal nach Wetzlar. Mit dem Ausdruck Jungsohnen-Beamtenselbstbildung habe er die Gendarmen, die er überdies gar nicht kannte, weil sie in Zivilkleidung waren, gar nicht gemeint. Als Zeuge waren die beiden Gendarmen Jaucenick und Meier sowie die beiden Wächter geladen. Verurteilt wurde nur der Gendarm Jaucenick. Er erklärte, daß sich die Gendarmen durch die angesammelten Menschen belästigt fühlten; die Belästigung fand er darin, daß eine Person mit einer Laterne auf dem Bürgersteig ein verloren gegangenes Legitimationspapier suchte und daß in einer anliegenden Straße Schüsse fielen. Den Ausdruck Jungsohnen-Beamtenselbstbildung bezog er auf sich und seinen Kollegen, weil einmal in einer Verammlung in Wetzlar der Vorsitzende gesagt habe: „Seht Euch vor, wir haben jetzt Spindel und Jungsohnen-Beamtenselbstbildung hier; sie gehen als Arbeiter verkleidet umher!“ Damit könnten nur die Gendarmen gemeint sein und folgedessen habe Vielesfeld auch den Ausdruck mit Bezug auf diese gebraucht. Das Schöffengericht hielt auf Grund dieser Zeugenaussage die Sache für aufklärt und befahl, von weiterer Verweisaufnahme Abstand zu nehmen. Der Anwalt Gehring beantragte gegen Dan drei Tage Haft und vier Wochen Gefängnis, gegen Vielesfeld eine Woche Haft. Das Gericht verurteilte Dan zu drei Tagen Haft und zwei Wochen Gefängnis, und Vielesfeld zu 30 M. Geldstrafe, sprach auch den Belästigten die Publikationsbefugnis im „Nichtabläßlichen Kreisblatt“ zu. Vielesfeld wird außerdem in eine Ordnungstrafe

von drei Tagen Haft genommen, weil er trotz des Verbothes des Bewachenden seinen Hut im Gerichtssaal aufgesetzt hatte. Er wurde sofort abgeführt.

Eine Episode aus einem Ehe-drama. Vor der Verfassungs-Strafkammer am Landgericht II erschien als Angeklagte Frau M., eine in den besten Jahren stehende Frau von stattlichem Aussehen. Aber der aufscheinende blühende Körper ist von einem häßlichen unheilbaren Leiden heimgesucht, welches der eigne Ehemann auf die Frau übertragen hat. Seit mehreren Jahren hat die Frau die feischlichen Qualen zu erdulden, welche ihre Krankheit neben den körperlichen Leiden mit sich bringt. In Zuständen nervöser, durch die Krankheit verursachter Erregung hat die unglückliche Frau schon öfter Selbstmordversuche gemacht, das letzte Mal ist sie nach einem Versuch, sich durch Gift ums Leben zu bringen, nach längerer Behandlung im Krankenhaus wieder hergestellt worden. Die Beziehungen der Angeklagten zu ihrem Ehemann waren unter solchen Umständen natürlich nicht weniger als gut, was um so begreiflicher ist, als der Mann die Freuden der Liebe in den Armen anderer weiblicher Wesen genoss. Insbesondere hatte die Angeklagte ihre eigne Schwester im Verdacht, daß diese zu ihrem — der Angeklagten — Ehemann in intimen Beziehungen stehe. Eines Tages stellte Frau M. ihren Mann deshalb zur Rede, und dieser gestand nicht nur ein, daß er mit der Schwester seiner Frau Ehebruch getrieben habe, sondern er sagte auch, daß die Anstiftung, welche er auf seine Frau übertragen, von der Schwester ausgegangen sei. Unmittelbar nach diesem Eingeständnis des Mannes trat Frau M. ihre Schwester auf der Straße, und in größter Erregung schlug sie mit dem Sonnen-schirm auf sie ein und fügte ihr auch einige Verletzungen zu. Unter Verächtlichkeit der hier dargelegten Umstände hat das Schöffengericht die Frau M. zu der milden Strafe von 30 M. verurteilt. Die Angeklagte legte gegen das Urteil Verfassung ein; sie wollte freigesprochen werden. Auch die als Nebenklägerin auftretende Schwester hatte von dem Rechtsmittel der Verfassung Gebrauch gemacht, um eine höhere Bestrafung der Angeklagten zu erwirken. Das Verfassungsgericht ließ es jedoch bei dem Urteil der ersten Instanz bewenden.

Aus der Frauenbewegung.

Neu-Weissenfer. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt Mittwoch, den 13. Januar, im Lokal des Herrn Ulrich eine Vereins-versammlung ab, in welcher Fräulein Ida Altmann über „Das Geldentum des Weibes“ einen Vortrag hielt. Anknüpfend an griechische Lieberlieferungen schilderte Rednerin, wie zu allen Zeiten, bis in die Neuzeit, fast immer Männer es waren, denen das Geldentum zuerkannt wurde, hauptsächlich im kriegerischen Sinne, und doch hat es Frauen gegeben, die nicht nur mitgelämpft, sondern die Männer beiseite schiebend zum Siege geführt haben. Beispiel: die Jungfrau von Orléans. Auch unter den Geistesheben gibt es Frauen, die so gelehrt sind, daß sie an Universitäten unterrichten, zur Zeit eine Dame an der Stockholmer Universität. Doch wie alles wandelbar auf Erden, so wird auch einst eine schönere Zeit kommen, wo das kriegerische Geldentum verschwinden und das edlere, geistige sein wird, das nicht Menschen vernichten, sondern erblühen läßt, dann wird auch die Frau als gleichberechtigtes Wesen, als Heldin sich betätigen.

Durch reichen Beifall dankte die Versammlung der Rednerin für den interessanten Vortrag.

Marktpreise von Berlin am 13. Januar 1904
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Utr.	16,25	16,30	Starkfein, neue D.-Utr.	7,00	5,00
" mittel	16,25	16,20	Mildfein, Reule 1 kg	1,80	1,20
" gering	16,15	16,10	" do. Bausch	1,70	1,10
*Roggen, gut	12,90	12,89	Schweinefleisch	1,80	1,00
" mittel	12,88	12,87	" Kalbfleisch	1,80	1,20
" gering	12,86	12,85	" Hammelfleisch	1,80	1,10
†Gerste, gut	14,00	13,90	Butter	2,60	2,00
" mittel	13,80	11,80	" Eier	60 Stück	5,00
" gering	11,70	10,70	" Karpfen	1 kg	2,40
†Hafer, gut	15,50	14,60	" Hale	" " "	2,80
" mittel	14,50	13,60	" Fahber	" " "	3,00
" gering	13,50	12,60	" Hechte	" " "	2,40
Richtstroh	4,00	3,32	" Sardelle	" " "	1,80
Heu	6,80	4,60	" Sole	" " "	3,00
Erbsen	40,00	28,00	" Krebst	per Schock	15,00
Speisebohnen	50,00	26,00			
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 11. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	741	SW	4bedekt	5	Haparanda	746	SD	2bedekt	-7		
Hamburg	740	SW	6bedekt	5	Veteraburg	749	SD	2bedekt	-7		
Berlin	741	SW	4wolkenf.	5	Eort	736	SW	5wolkenf.	9		
Frankf. a. M.	746	SW	4halbhd.	8	Berdeen	—	—	—	—		
München	753	SW	6bedekt	8	Paris	747	SW	6bedekt	7		
Wien	756	SW	8bedekt	-1							

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Januar 1904.
Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Niederschlägen und starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

VI. Wahlkreis. (Schönhauser Vorstadt.)

Donnerstag, den 17. Januar 1904, abends 8 Uhr, im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103:
Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Zweiter Vortrag des Genossen Bartels über: Karl Marx' ökonomische Lehren. 2. Diskussion. 219/2
Nach dem Vortrag gemeinsames Beisammensein. Bei zahlreichem Besuch dieser Versammlung ladet ein Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin.
Donnerstag, den 17. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Renouveau des Statuten. 3. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. 4. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. 5. Wahl eines Vorstandes. 54/1
Um zahlreiches Erscheinen zu bitten Die Ordervorwaltung.

Bretterträger! Brettschneider!

Verband d. Hafnarbeiter u. verw. Berufsgen. Deutschl. Mitgliedschaft Berlin 2.
Donnerstag, den 17. d. Mts., vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. 4. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. 5. Wahl eines Vorstandes. 54/1
Um zahlreiches Erscheinen zu bitten Die Ordervorwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). — Fernspr.: Amt 4, 3678.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!
Heute Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Kommissions-Sitzung.

Branchen-Versammlung der Bantischler

im großen Saal des Gewerkschaftshauses.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel 2. Diskussion. 3. Bericht des Obmanns und der Kommission. 4. Wahl eines Obmanns. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Obmann.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Branchen-Kommission. 2. Diskussion und Renouveau der Kommission. 3. Verschiedenes. NB. Die Kollegen werden ersucht, für zahlreiches Besuch der Versammlung zu sorgen. — Desgleichen machen wir die Kollegen auf die Besondere-Bibliothek aufmerksam, es sind in letzter Zeit wieder eine Anzahl neuer Fachschriften angeschafft worden. 77/14
Die Branchen-Kommission.

Vergolder.

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.
Montag, den 18. Januar 1904, abends präcise 8 Uhr, in den Armiahallen (großer Saal), Kommandantenstr. 20:
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom vierten Quartal 1903. 2. Abrechnung von der Filiale. 3. Jahresbericht des Filialvorstandes. 4. Renouveau des Gesamtvorstandes, der Revisionen und der Gewerkschaftsdelegierten. 5. Verschiedenes. 225/1
Mitgliedsbuch legitimiert. (Ohne dieses kein Einlass.)
Zahlreiches Besuch aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C., Dragonerstraße 15, Telefon Amt III Nr. 5028.
Donnerstag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Gebäuden, Deutschstraße 19/20:
General-Versammlung

des Verrins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Bibliothekare, der Rechnungs-Kommission, des Stellvertreters und der Wirtschaftskommission. 3. Renouveau des Gesamtvorstandes und der Kommissionen. 4. Vereinsangelegenheiten. 25/1
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 15. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Bei dem der Hpt. Neues König. Opern-Theater. Robert der Teufel.
Deutsches. Rose Bernd.
Berliner. Mit-Gebelberg.
Festung. Papstwahl.
Waffen. Maria.
Neues. Der Strom.
Hessens. Der leuchtende Gastm.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater): Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Uiel Acosta.
Luisen. Der Sohn der Wildnis.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Madame F.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weisk. Die Leni von Oberammergau.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Apollo. Frühlingsluft. Bislon nach dem Valle. Spezialitäten.
Winter-Garten. Otero. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage-Theater. Entführung. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Reichsbank. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Erdbehl als Träger des Lebens.
Zubalidenstraße 57/62. Sternmarkt. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten von Maurice Strakosky. Musik von Henry Herblay.
Morgen und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.
Sonntagabend 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Der geflügelte Vater.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:
Der Sohn der Wildnis.
Sonntagabend: Der Belshazzesser.
Sonntagabend: Der Aftendäcker.
Abends: Der Sohn der Wildnis.
Montag: Der Belshazzesser.

Residenz-Theater

Direktion E. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsspeise mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
La Scene gesetzt vom Direktor Richard Schütz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem reizenden Ballett Blütenhochzeit.
9 1/2 Uhr: Sensationelle Spezialitäten u. Messlers Kosmograh u. Biophon.
Sonntagabend 3 Uhr, kleine Preise: Gesindeball, Gesangsburleske von L. Herrmann, und die sensationellen Spezialitäten.

Wintergarten

Neues Programm:
Harry Rochez Hundredresseur.
Wood u. Bates Americ. Excentrics.
Lorraine's Lobende Bilder.
Die beiden Freydas Gymnastiker.
Cook u. Clinton Americ. Kunstschütinnen.
Moers u. Ono Drahtschlinder.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thoreson Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalgeister“ Wiener Ballett. Biograph.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonntagabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Sonntagabend 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Uriel Acosta.**
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Sonntagabend 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonntagabend 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thiolscher in der Titelrolle.
Sonntagabend 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 253.
Direktion Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Ausstattung. Vorse in 4 Akten.
Sonntagabend 3 Uhr bei H. Weissen:
Ein toller Einfall.

Cirkus Schumann.

Immer das Neueste — Immer das Original!
Dessnung 6 Meter. Konf. Ancillottis phänomenale
Unterbrochene Loop.
Herrn Jul. Seeths
einzig dastehenden 25 Löwen.
dreifach
Die größte Ausstatt. -Pantomime der Gegenwart:
Babel.
Eine Wanderung durch acht Jahrtausende in elf Abteilungen.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 4 Uhr:
An den Seen Oberitaliens.
(Kl. Preise.) 8 Uhr: Prof. Dr. E. v. Drygalski: „Die Südpolar-Expedition der „Gauss“.“ Hörsaal 8 Uhr:
Dr. G. Nass: „Das Leuchtgas und seine Industrie“.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

Enthauptung

einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schläger:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Die phänomenalen
Herkules-Brüder
220 resp. 236 Pfund schwer; Athleten, Sänger, Musiker.
Der Indianer-Hiese Mianko Karoo.

Gebrüder Herrfeld-

Theater. Sonntags: 5 Uhr. 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!“
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die H. und D. Herrfeldsche Komödie:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe mit den Akteuren in d. Hauptrollen.
Jerner: Januar-Attraktionen mit Bendix.
Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

ALT-CHINA

Kunst-Ausstellung
LEIPZIGER-STRASSE 18
Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Anfang 8 Uhr! Kämpferstr. 67.
Zum GASTSPIEL AD. PHILIPP Ueber'n Veberr'n
141. GROSSEN TEICH
MALE:
Sonntagabend, den 16. Januar:
1. Deutsch-Amerikanischer Subskriptions-Ball. „Eine Nacht in Louisiana“.
100 Musiker.
Ballorchester unter persönlicher Leitung von Julius Einödshofer.
Mandolinen- u. Banjo-Orchest.
Balltoilette! Anfang 11 Uhr.

Fröbel's Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten Norddeutsche. Sänger.
Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Entree 30 Pf. Spectry 50 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Klein Geld.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntagabend: Keine Vorstellung.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Freitag, den 15. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Mann im Monde.
Große Vorse mit Gesang in drei Aufzügen von Edward Jacobson.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstrasse 22. früher Foa-Palast.
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Große Extra-Elite-Vorstellung:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten (9 Bildern) von Hauptmann.
Hervorrag. Gäfte. Grosse Klassenpreise.
Morgen abend 8 Uhr (nur noch einigemal):
Berlin, wie es weint und lacht.
Vollständ. mit Gesang in 9 Bildern von Kästler. Musik von Gombert.
Ausserordentlich Spezialitäten.
3 Brothers Reclames.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag zwei Vorstellungen.
Täglich 20 M. und mehr kann man verdienen durch hochlohn. Fabrikation täglicher Klassenartikel. Katalog gratis. **Helar. Heinen.** Mülheim-Ruhr-Brosch. 141/8.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die Doppelgänger-Komödie.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unberstättstrasse.
Madame F.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 57. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: Die Wenzel und das brillante Januar-Programm.
Sonntagabend 4 Uhr: Der vertauschte Sohn.

Cirkus Busch.

Freitag, den 15. Januar cr., abends 7 1/2 Uhr:
Mus den Alpen.
Besonders hervorzuheben:
Der Todessprung mit dem Automobil.
Mr. Richard Sawade mit seiner berühmten Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.
Gohart Bolling mit seinem Original spanischen Stiergeficht. Die Gebr. Fratellini sowie Gigieri-Glorin Alfred Daniela mit ihren neuesten Akten u. Spähen. Avis. Sonntagabend 8 Uhr: 4 Uhr: Berl. Winterfrouden. Abends 7 1/2 Uhr: Aus den Alpen.

Steidl-Theater

Neues grossartiges Programm.
Täglich 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Granieth. Thor
Etablissement Buggenhagen
Horstplatz.
Am Kaiseraal:
Künstler-Ensemble „Nordstern“ unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzen.**
In den unteren Sälen:
Görisch-Konzert und Korbierfest.

Sanssouci.

Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Neu! Grünbergs: Neu! Geh'n Sie mit nach's Bierhaus?
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzen.**
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino

Pöhlmarstr. 72. Ufer Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli. X. Gschwister Banola.
The Tol lys usw.
Ein praktisches Geschenk.
Nach der Vorstellung: Witwenfest.
Sonntagabend u. Sonntags: **Tanz.**
Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntagmittag 1/2 2 Uhr:
Schlesische Brücke nach Dirschgarten bei Radischat.
Mittwoch, den 20.: Versammlung im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13. 11/1
Jeden Freitag: **Weigenfahrten.**

Orts- u. Krankenkasse

der **Gelb- u. Zinngießer.**
Wir machen hierdurch bekannt, daß das in der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. September vor. Jahres beschlossene und unter dem 8. Dezember v. J. vom Bezirksausschuss genehmigte neue Statut am Montag, den 4. Januar 1904, in Kraft getreten ist, sofern nicht durch gesetzliche Bestimmungen die Inkraftsetzung am 1. Januar cr. erfolgt ist.
Die für die Herren Arbeitgeber und Kassennmitglieder notwendigen Änderungen sind die §§ 12 und 30 — 31. Der durchschnittliche Tageslohn ist festgelegt: 1. für erwachsene männliche Kassennmitglieder über 16 Jahre, ausserdem der Lehrlinge von 3,00 M. auf 3,50 M. 2. für erwachsene weibliche Kassennmitglieder über 16 Jahre von 1,50 M. auf 1,75 M. 3. für männliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge von 1,50 M. auf 1,50 M. 4. für weibliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren von 1,00 M. auf 1,20 M. 5. 30. Die monatlichen Kassennbeiträge betragen zu 1. 64 Pf., zu 2. 33 Pf., zu 3. 20 Pf., zu 4. 21 Pf. — Das neue Statut ist gelangt vom 20. d. M. ab zur Aufgäbe.
Berlin, den 14. Januar 1904.
Der Vorstand.

Grosse Hasen

2,60
blutfrische Hasen 11, 2,75
Keulen 1,25, Räden 1,25
Girchkeßch 30, 40, 50, Blatt 60.
Gänse 60, Kuntuchen.
A. Ritschl, Dresdenstr. 61. IV. 1590.

Vorwärts - Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.
Schriften von Karl Marx:
Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 23/1*
1. Bd.: Der Produktionsprozess des Kapitals. 4. Aufl. M. 9.-; in Halbbd. M. 11.-
2. Bd.: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. 2. Aufl. M. 8.-; in Halbbd. M. 10.-
3. Bd.: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Zwei Teile. M. 10.-; in Halbbd. M. 14.-
Die Klassenkämpfe in Frankreich. 1848-50. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. M. 1.-
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. M. —,30
Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. M. —,25
Lohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849. M. —,20
Das Ende der Philosophie. Antwort auf Broadbents „Philosophie des Geistes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. M. —,20
Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Deutsch. M. 1,50; geb. M. 2.-
Marx vor den Kölner Geschworenen. Prozess gegen den Anführer der rheinischen Demokraten wegen Aufstahs zum bewaffneten Widerstand (J. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. M. —,20
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Deutsch. M. 1,50; geb. M. 2.-
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. M. 1.-

Günstige Gelegenheit!

Kragen, Manschetten, Serviteurs.
Einbosten-Herrentragen, best. Fabrik. rein Lein, 4 fach, p. Dbd. nur 2 M.
Manschetten, prima, garant. 4 fach, 1/2 Dbd. 1,80 M. 30942*
Serviteurs, ganz prima, einzelne Seiden, Zid. 30, 40 u. 50 Pf.
Oberweiden, Radstrehen, 6 aufgerichtet, preiswert.
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Dankagung.

Tage für die rege Beteiligung und Kranzpende bei der Beerdigung meines Vaters den besten Dank.
Die tiefbetrübte Witwe
Frau Tude genannt Neumann
nebst Kindern.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, Langestr. 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom 4. Quartal 1903.
2. Vorstandberichter.
3. Vorstandsmittel.
4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.
Der Vortrag im Osten am 16. Januar fällt aus. Die Mitglieder werden ersucht, zu obiger Versammlung zahlreich zu erscheinen.
37/2 Der Vorstand.

Innungs-Krankenkasse der Glaser-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung.
Montag, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Weg 15, Saal I, eine **General-Versammlung** statt zur Wahl der Delegierten, wozu alle Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
270/11
Tages-Ordnung:
Wahl von 79 Arbeitnehmendelegierten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.
G. Caspar, Vorsitzender.

Heute Freitag

gibt es wieder
Frische Blut- u. Leberwurst
in bekannter labellofer Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69, Hofpartee, Servierhaus, Frühlings- und Winterritzsch. Sitzungszimmer.

Werkzeuge

aller Art, Drehstähle, Reibahlen, als Bohrfutter, Gewindebohrer, Fraiser, Kluppen, Feilen, Richtplatten, komplette Schmiede-Einrichtung, sowie vieles andere billig zu verkaufen. Bescheid u. Bestimmung: **Greifswalderstr. 140/41.**
Fabrikgebäude 12. Vorm. 9-1 Uhr.
Telephon VII. 1036. 50/2*

Sie unterstützen die einheimischen Arbeiter
und die einheimische Landwirtschaft, wenn Sie Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz kaufen, denn dieser allbekannte, vorzügliche Cichorien-Kaffee wird nur aus erstklassigen württembergischen Cichorienwurzeln hergestellt, während zu anderen Konkurrenzfabrikaten oftmals minderwertige, ausländische (belgische) Cichorienwurzeln Verwendung finden. Lassen Sie daher **Ihr schönes Geld nicht ins Ausland** wandern, sondern verlangen Sie ausdrücklich: „Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz“. Jedem Paket liegt eine Sparsmarke bei; sammeln Sie dieselben, so erhalten Sie ein entsprechendes Quantum Seelig's Stern-Kaffee-Zusatz kostenfrei als Prämie und erzielen dadurch im Laufe des Jahres eine **Erhebliche Ersparnis in Ihrer Wirtschaftskasse.**

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5083.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

23,30 3948 8,50. 3855 10,—. 3877 14,65. 3912 4,40. 3977 22,20. 3997 5,75. 3992 13,85. 4012 10,50. 4018 13,60. 4037 Union 20,90. 4039 Union 28,20. 4046 15,20. 4047 11,20. 4049 8,60. 4051 5,—. 4087 6,80. 9240 Maurer und Arbeiter vom Bau Tisch 11,90. — Rollenhalter Vorstadt: Liste 4920 11,45. 5019 10,45. 5020 10,45. 5021 18,75. 5035 7,95. 5037 4,10. 5046 9,60. 5048 6,35. 5062 0,75. 5088 11,45. 9106 20,40. 9176 11,60. — Drantenburger Vorstadt: Liste 4151 Rebling u. Thomas 12,40. 4167 16,60. 4217 8,15. 4228 13,95. 4265 7,85. 4296 7,20. 9475 6,—. 9479 8,40. 9480 n. d. organ. Koll. d. F. Goede, Schauffstr. 14,95. Gesundheitsamt: Liste 4621 20,30. 4626 2,50. 4627 3,55. 4680 und 4685, H. C. G., Adelerstr., Saal 22 einh. Ladiererei 21,80. 4763 9,35. 4765 11,45. 4802 3,20. 4804 7,85. 4805 11,45. 4811 gemischt bei E. u. D., Saal 103 20,15. 4818 Abteilung Harnert, H. C. G., Saal 20, 3. Rate 24,—. 4830 6,95. 4842 6,70. 4843 5,01. 4848 15,75. 4869, gesammelt bei Rothmann 22,—. 4884 8,90. 4889 9,25. 4890 8,50. 5700 5,05. 5708 5,80. 5710 Arbeiter Bau Elisabeth-Ufer 53 6,10. 5721 4,20. 5722 19,—. 5773 7,85. 5774 8,95. 5775 6,—. 5788 13,60. 5789 12,85. 9010 7,40. Bauhilfsvereine: Rader, Kießer-Schönhausen, 4. Rate 8,50. Lotterierei: „Blüte“ beim Eisbrennen 3,75. — Wedding: 4342 Arbeiter der Firma Schering, Charlottenburg 34,65. 4449 Hennisger u. Comp. 16,35. 5613 Rebling u. Thomas, Körner, 2. Rate 33,60. 9061 Schraubenfabrik A. Schwarzkopff, Reinickendorf, 3. Rate 30,80. 4383 4,20. 4425 — 65. 4427 1,30. 4428 7,75. 4443 7,45. 4452 10,50. 4457 6,—. 4469 12,50. 4470 14,25. 4474 7,60. 4476 7,05. 4494 20,80. 4497 11,90. 4500 20,30. 4514 5,45. 4523 37,25. 4531 11,75. 3533 12,15. 4534 10,—. 4535 22,35. 4539 11,80. 4540 8,95. 4542 10,60. 4546 9,60. 5612 16,40. 5663 11,80. 5664 3,80. 5692 9,25. 5696 13,90. 5697 12,50. 5698 7,10. 9303 1,10. 9309 5,41. 9350 5,45. 9353 5,30. Summa 5370,97 M., bereits quittiert 199 287,09 M., Gesamtsumme 204 637,16 M.

In Nr. 9 muß es in der 3. Spalte 19. Zeile nicht heißen: Ein blauer Stadtrat 6,—, sondern 2,—. Ferner in derselben Zeile statt Stadträte: Stadtvorordnete.

In der 2. Spalte 14. Zeile statt des Fragezeichens 5 M. Weitere Beiträge werden in unserm Bureau in der Zeit von 9—1 und 6—8 Uhr entgegengenommen. Gelder, welche mit der Post eingekandt werden, sind an H. Körtgen, Engel-Ufer 15, zu senden. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Soziales.

Die Handlungsgehilfen und die Kaufmannsgerichte.

Eine Protestversammlung gegen den Gesetzentwurf für Kaufmannsgerichte, die den großen Saal der „Arminhallen“ bis auf den letzten Platz füllte, fand am Mittwochabend statt. Sie war einberufen vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, für den Genosse Kaliski über den Gesetzentwurf in sachkundigster und überzeugendster Weise referierte.

Der Referent begann mit einer allgemeinen Kritik der Richtigkeit und Langsamkeit deutscher Socialreform, für deren ganze Tendenz gerade auch im besonderen dieser neue Entwurf der Kaufmannsgerichte Zeugnis ablegte. Während der erste Entwurf, veröffentlicht im Januar vorigen Jahres, die principielle Zustimmung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handelsgesellschaften gefunden habe, könne eine solche Zustimmung für den neuen Entwurf, wie er sei, unter keinen Umständen eintreten. Der Redner begründete dies Urteil unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung in allen wesentlichen Einzelheiten, aus denen wir hier nur das eingehender wiedergeben, was im „Vorwärts“ noch nicht ausführlicher erörtert wurde. Eingangs seiner Kritik wies Genosse Kaliski darauf hin, daß der zweite Entwurf in jeder Hinsicht in seinen Verschlechterungen gegenüber dem ersten Entwurf ein Produkt des Einflusses der Handelskammern und des Centralverbandes deutscher Industrieller sei. Nicht weniger als 133 Städte mit starker Handelsbevölkerung lämen so jetzt nicht in Frage für Kaufmannsgerichte. Es sei Ausdehnung auf alle Gemeinden zu verlangen und enge Verbindung mit den bestehenden Gewerbegerichten, insbesondere mit gleichem Vorsitzenden. Für diesen sei nur zu verlangen, daß er weder Unternehmer noch Angestellter sei, aber absolut zu verwerfen sei die Bestimmung des Entwurfs, daß der Vorsitzende die Qualifikation zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben müsse. Dies offene gerade wieder den Weg zur schwerkfälligen und bürokratischen Justiz, die der Entwurf principiell doch vermeiden wolle. Ganz besonders aber verlege das erstrebte Princip der Erleichterung, Beschleunigung und Vereinfachung des Rechts die im Entwurf vorgesehene Zulassung der Rechtsanwältin zur Vertretung. Unter besonderem Verfall der Versammlung legte der Referent die für die Angeestellten aus der Zulassung von Rechtsanwältinnen entstehenden ungeheuren Schäden bloß. Wir haben diese Frage hier schon eingehender erörtert, ebenso die Konkurrenzklause, dies neueste größere Mittel der Lohnrückerei, die der Referent hinsichtlich ihrer Zuständigkeit vor den Kaufmannsgerichten dann eingehend besprach. Dann ging er auf die sogen. privaten Schiedsgerichte ein, die der Entwurf vorsehe, und die keinerlei Gewähr für objektives Recht böten, da die richterlichen Angeestellten ihrem Chef gegenüber eben in keiner Weise unabhängig genug wären, um ihre wahre Meinung durchzusetzen. Der Wichtigkeit entsprechend behandelte Kaliski dann in ausführlichster Weise das Wahlverfahren des neuen Entwurfs, den er unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung in diesem Punkte geradezu als gemeingefährlich bezeichnete; im besonderen deswegen, weil hier die Möglichkeit gegeben werde, daß die allgemeinen direkten Wahlen für die Weisiger dadurch völlig ausgeschlossen werden könnten, daß die Unternehmer-Vertretungen, wie die Handelskammern und die „Kartellvereine des Unternehmertums“, wie gewisse reaktionäre Gehilfenverbände, die Weisiger ernennen könnten. Große Erregung und Entrüstung rief bei diesem Punkte besonders die Erwähnung jener Mitteilung des Handelsammerpräsidenten in Schweidnitz auf dem letzten Deutschen Handelstage hervor, daß in seinem Bezirk die Kaufleute erklärt haben, sie würden alle diejenigen Handlungsgehilfen, die zu Weisigern kaufmännischer Gerichte gewählt werden sollten, sofort entlassen. Scharf gezielte der Referent bei diesem Punkte auch weiter die Reaktion, die in der Ausschließung des Wahlrechts der weiblichen Angestellten so kraft hervortrete, und er wies darauf hin, wie das Gesetz sich hier selbst förmlich ins Gesicht schlage, da es zulasse, daß Krankenkasien-Vertreter die Richter bestimmen könnten, dieselben Vertreter, die aus der Wahl der männlichen und auch der weiblichen Kassennmitglieder hervorgingen. Gegen alle diese reaktionären Beschränkungen des direkten allgemeinen Wahlrechts müsse auf das schärfste protestiert werden. Aus all diesen Mängeln heraus, im besonderen aber wegen des reaktionären Wahlverfahrens und der Zulassung der Rechtsanwältin kam der Referent zu dem überzeugenden Ergebnis, daß die Versammlung durch einmütigen lebhaften Beifall quittierte, daß dieser Gesetzentwurf in seiner jetzigen Gestalt mit allen Mitteln der Agitation und Organisation von den aufgeklärten Handelsgesellschaften bekämpft werden müsse und niemals Gesetz werden dürfe.

Die Diskussion war kurz und zustimmend. Es sprach zuerst der Vertreter des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Döring, der sich in allem Wesentlichen ausdrücklich dem Referenten anschloß und nur der Forderung der Ausschließung des Wahlrechts auf die weiblichen Angestellten als „ausichtslos“ entgegentrat. Dann sprach noch Genosse Reichstags-Abgeordneter Lipinski, der aus seiner reichen gewerbegerichtlichen Praxis und langjährigen Erfahrungen heraus den Entwurf noch eingehend kritisierte und auch mit zahlreichen Beispielen seine Zustimmung zu dem Referat begründete.

Schließlich wurde bei einigen Stimmhaltungen die folgende Resolution angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen und Gehilfen, einberufen vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin, lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Kaufmannsgerichte principiell ab. Sie bedauert, daß die verbündeten Regierungen diesen Entwurf an den Reichstag gebracht haben, da derselbe in fast allen Punkten eine Verschlechterung gegenüber dem vorjährigen Entwurf bedeutet und die Wünsche der Handlungsgehilfen vollständig unberücksichtigt läßt. Sollen die Kaufmannsgerichte den erhofften Nutzen für die kaufmännischen Angestellten im Handelsgewerbe bringen, so ist im

einzelnen die Abänderung der nachfolgend bezeichneten Bestimmungen und die Aufnahme der weiterhin genannten Forderungen in das Gesetz notwendig:

1. Ausdehnung des Errichtungszwanges auf das ganze Reich zwecks Schaffung einer lädenlosen Kaufmannsgerichtsbarkeit.
2. Ausnahmelese Vereinigung der Kaufmannsgerichte mit den vorhandenen Gewerbegerichten durch Gemeinsamkeit der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter sowie der Dienstleistungen.
3. Anwendung des § 31 des Gewerbegerichts-Gesetzes, der die Nichtzulassung der Rechtsanwältin als Vertreter ausschließt.
4. Ausdehnung der Zuständigkeit auf Streitigkeiten über eine Vereinbarung, die den Gehilfen oder Lehrling nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner weiteren gewerblichen Thätigkeit beschränkt. (Konkurrenzklause).
5. Verbot jeder Vereinbarung, die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte ausschließt oder beeinträchtigt.
6. Wahlrecht und Wählbarkeit bei der Wahl von Weisigern für alle selbstständigen Kaufleute und Gehilfen, die das 21. Jahr vollendet haben ohne Unterschied des Geschlechts. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Anwendung der Verhältnismäßig.
7. Festsetzung der Berufungssumme auf 500 M.
8. Anwendung der §§ 62—73 des Gewerbegerichts-Gesetzes (Einigungsamt) auf die Kaufmannsgerichte.“

Die Invalidenversicherung im Jahre 1902.

Aus den Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung ist zu ersehen, daß im Jahre 1902 die erste Rentenstelle und zwar bei der Versicherungsanstalt Schlesien errichtet worden ist, im übrigen werden deren Geschäfte immer noch von den unteren Verwaltungsbehörden wahrgenommen.

Invalidenhauspflege gewähren jetzt 10 Anstalten gegen 7 im Jahre 1901. Es sind das die Versicherungsanstalten Berlin, Schlesien, Westfalen, Königreich Sachsen, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hansestädte und die Pensionskasse der Badischen Staatseisenbahnen. Die Kosten hierfür belaufen sich insgesamt auf 93 711 M.; die den Verpflegten dafür einbehaltenen Renten betragen 18 221 M.

Die besonderen Aufwendungen aus § 45 des Gesetzes, als welche der Bundesrat bisher nur Unterzählungen an Angehörige der in Heilbehandlung befindlichen Versicherten genehmigt hat, belaufen sich auf 272 185 M. gegen 193 463 M. im Jahre 1901. Die auf Grund des § 18 zu zahlenden ordentlichen Unterzählungen an Angehörige betragen 596 589 M.

Es wurden im Jahre 1902 betitelt: 141 481 Invalidenrenten, 8695 Krankenrenten und 12 861 Altersrenten. Während die Zahl der Invalidenrenten um über 12 000 und die der Krankenrenten um 1304 stieg, ging die Zahl der Altersrenten um 1943 zurück. Bei dieser Gelegenheit sei auf eine auffällige Erscheinung hingewiesen in dem Verhältnis zwischen Invalidenrenten und Krankenrenten. Unter dem Ausdruck Krankenrente ist diejenige Rente zu verstehen, die auf Grund des § 16 des Gesetzes an solche Versicherte zu zahlen ist, die, ohne vorläufig als dauernd erwerbsunfähig zu gelten, doch durch 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig waren und es noch weiter sind, also die Fortsetzung der Krankenunterstützung. Die Nachweisungen ergeben nun, daß bei den als Trägern der Invalidenversicherung zugelassenen Kassenanstalten (der öffentlichen Betriebe) die Zahl der Krankenrenten im Verhältnis zu den Invalidenrenten regelmäßig erheblich höher ist wie bei den Versicherungsanstalten. Es betragen z. B. bei den Versicherungsanstalten

	1900	1901	1902
die Invalidenrenten	117 141	121 731	134 044
die Krankenrenten	5 961	6 655	7 037
Ar.-R. in Proz. der Inv.-R. rund	5	5 1/2	6
Dagegen bei den Kassenanstaltungen			
die Invalidenrenten	1900	1901	1902
die Krankenrenten	7447	7608	7437
Ar.-R. in Proz. der Inv.-R. rund	7	10	10

Die amtliche Uebersicht macht selbst darauf aufmerksam, daß das keine Grund haben dürfte in der engen Verbindung, in der bei den Kassenanstaltungen Krankenversicherung und Invalidenversicherung stehen. Diese Vermutung hat sehr viel für sich. Die Verwaltung der beiden Versicherungsarten liegt bei den Kassenanstaltungen in denselben Händen, der bei der Krankenversicherung Ausgesteuerte ist den Verwaltungsstellen bekannt, ihm selber ist der Zusammenhang der Versicherungsarten näher bekannt und es erregt sich dann eigentlich von selber, daß der Antrag auf Krankenrente gestellt und gewährt wird, sobald die Unterstützung aus der Krankenkasse aufhört oder die 26 Wochen um sind und nur sonst die Voraussetzungen für Gewährung der Invalidenrente gegeben sind. Es ergibt sich daraus, daß auch in dieser Hinsicht die organische Vereinigung der beiden Versicherungsarten für die Versicherten sehr vorteilhaft wäre, oder wenigstens ungeteilt, daß ihre gegenwärtige Trennung für die Versicherten auch insofern nachteilig ist, daß viele, die an sich Anspruch auf Krankenrente hätten, diese doch nicht erhalten, weil ihre Erlangung immerhin mit neuen erheblichen Umständen verbunden, vielen das Recht darauf gar nicht bekannt ist und die Verwaltung der Invalidenversicherung ohne Antrag der Berechtigten nichts von dem Vorliegen des einzelnen Falles erfährt.

Für das Heilverfahren wurden im Jahre 1902 im ganzen 9 050 595 M. aufgewendet, wozu die Träger der Unfallversicherung ganze 15 165 M. beitrugen.

Die Zahlungen an Renten betragen im Rechnungsjahr insgesamt 103 884 218 M., wovon 37 755 815 M. auf den Reichszulufuß entfielen. Der Erlös aus Beiträgen belief sich auf 127 785 658 M. gegen 88 856 971 M. im Jahre 1891. Die Zahl der Wochenbeiträge war 551 210 628 gegen 427 182 950 im Jahre 1891.

Das Vermögen aller Versicherungsträger belief sich auf 1 007 477 530 M.

Die Gesamteinnahme aller Versicherungsträger betrug 172 827 421 M., die Gesamtausgabe 94 512 070 M. Die Verwaltungskosten betragen zusammen 10 693 870 M. Sie sind im Verhältnis zur Einnahme in ständiger Steigerung begriffen. So kamen bei den Versicherungsanstalten im Jahre 1891 auf 1000 M. Gesamteinnahme erst 41 M. Verwaltungskosten, jetzt betragen sie 69 M.

Die Vornahme einer allgemeinen Wohnungsuntersuchung wurde vom Magistrat der Stadt München beschlossen und falls das Gemeindefolgeamt zustimmt, wird sie noch in der ersten Hälfte dieses Jahres begonnen werden. Die Staatskasse wird dazu 40 000 M. beitragen, während die Gesamtkosten 100 000—120 000 M. betragen werden.

Die Prügelstrafe für Fortbildungsschüler haben die Stadtväter in Ratibor einzuführen beschlossen nebst Arreststrafen bis zu sechs Stunden. Die Arreststrafe soll in der arbeitsfreien Zeit verbüßt werden. Die Strafen sollen in die Zeugnisse eingetragen werden.

Am Fortbildungsschulwesen steht Preußen weit hinter Sachsen zurück; dort besteht längst die obligatorische Fortbildungsschule unter Ausschluß körperlicher Thätigung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Die nächste Mitgliederversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Friedrichstr. 61, statt. Auf der Tagesordnung steht: „Unser Taktik, Parlamentarismus und Generalstreik.“ Referent ist Genosse Dr. Friedberg.

Grünau. Sonnabendabend 9 Uhr findet in der „Grünen Ede“ eine Wahlvereins-Versammlung statt. Da die Gemeinde-wahlen auf der Tagesordnung stehen, ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Von den Mitteln, die vorgeschlagen worden sind, um die Einnahmen des Berliner Stadtkäfers zu erhöhen, hat nur das erste den Beifall der Stadtverordneten-Versammlung gefunden. Die Erhöhung der Umsatzsteuer ist von der Versammlung angenommen worden nach einer sehr ausgedehnten Debatte, in der von den verschiedenen Rednern die gegenwärtige Finanzlage der Kommune erörtert und auf die socialpolitischen Aufgaben der Stadt Berlin sowie auf die zu ihrer Erfüllung notwendigen Ausgaben hingewiesen wurde. Die freisinnigen Redner — gleichgültig, ob sie für oder gegen die Erhöhung waren — ließen sich dabei nicht die Gelegenheit entgehen, Angriffe gegen die Socialdemokratie zu richten, die stets vorschläge und fordere, aber nicht danach frage, woher die Mittel genommen werden sollten. Durch diese Anrempelungen wurde die Debatte lebhafter, als sonst Steuerdebatten zu sein pflegen. Amstanz war besonders Herr Jacobi, der Mann, der den Arbeitern einst vorwarf, daß sie „nicht einmal dank schön sagen“. Auch Oberbürgermeister Kirchner's Rede wirkte nicht unbel. Er verlas eine lange Liste von Aufgaben, die der Stadtgemeinde für die nächste Zeit bevorstehen, und machte dabei ein Gesicht, wie wenn Berlin nicht dem Bankrott stände. Zur Abhilfe empfahl auch er die Umsatzsteuer, die — 1 1/2 Millionen Mark bringt. Genosse Singer wies darauf hin, daß bei solcher Fülle von Aufgaben der Ertrag der Umsatzsteuer keine Rolle spiele. Er erklärte sich gegen eine Erhöhung dieser Steuer, die — trotz Herrn Preuß, der das einen „Aberglauben“ nannte — eine indirekte Steuer sei. Singers Frage, warum man nicht beizeiten gewisse, sehr ertragreiche Unternehmungen in städtische Regie übernommen habe, statt sie noch länger dem privaten Unternehmertum zu überlassen, wurde auf freisinniger Seite mit lärmenden Unterbrechungen beantwortet. Mit Herrn Jacobi rechnete Singer noch besonders ab. Nicht nur bei den engeren Freunden Jacobis, sondern fast bei dem gesamten Freisinn erhob sich ein Entrüstungsturm, als Singer erklärte, die besizende Klasse verdanke ihre größere Steuerfähigkeit der Arbeiterklasse. Nach einer kurzen Erwiderung Kirchner's endete die Debatte mit einer Rede des sattem bekannten Herrn Rommjen. Ein Schlußantrag machte der Sache ein Ende. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wurde dann mit einer nicht sehr großen Mehrheit beschlossen.

Von der Steuer auf Hunde- und andren „Lugus“.

Der Plan einer Erhöhung der Hundsteuer, der von den kommunalen Steuerfuchern als ein „kleines Mittel“ zur Bekämpfung des kommunalen Dalles vorgeschlagen worden ist, scheint in der Bevölkerung Berlins in der That sehr wenig Freunde zu haben. Am Mittwoch hat eine von acht Vereinen für Tierchutz, für Hundezucht usw. einberufene öffentliche Protestversammlung, die recht gut besucht war, einmütig sich gegen diesen Plan ausgesprochen und sich einverstanden erklärt mit einer Eingabe an die städtischen Behörden, in der die Vereine gegen die Hundsteuer-Erhöhung vorstellig werden wollen.

Das einleitende Referat, das in der Hauptsache eine Begründung der Eingabe war, hatten zwei in der Tierchutzbewegung thätige Männer übernommen: Professor Paul Förster und Superintendent Wegener. Die Hundsteuer-Erhöhung, so führten sie aus, sei finanziell unwirksam, weil sie zu einer so starken Verminderung der Hunde führen werde, daß schließlich kaum ein höherer Steuerertrag herauskommen dürfte; sie sei — wie überhaupt die Hundsteuer — social ungerecht, weil sie eine Kopfsteuer darstelle, die arme und reiche Hundebesitzer in gleicher Weise belaste; sie sei aus ethischen Gründen verwerflich, weil sie manchen Armen und Einsamen zum Vergnügen auf seine einzige Freude zwingt. Aus den Ausführungen beider Referenten sowie aller Diszussionsredner klang immer wieder der Grundgedanke heraus: „Der Hund ist kein Lugus“.

Leider beschränkte man sich in dieser Protestversammlung nicht auf eine bloße Abwehr, sondern einzelne Redner kamen auch mit „positiven Vorschlägen“, mit der Empfehlung anderer „Lugus-Steuern“, die als Ersatz für die Hundsteuer-Erhöhung gelten sollten. Warum der Magistrat nicht die Pferde besteuert? Warum er nicht eine Theaterbilletsteuer, eine Konzertsteuer einführt? Wir haben und gewundert, daß nicht auch die Tabak- und Biersteuer noch vorgeschlagen wurde. War es, wenn die Hundefreunde gegen die Hundsteuer-Erhöhung protestieren wollten, wirklich so unbedingt notwendig, den „Lugus“ anderer Leute zu demunzieren und ihn zur Besteuerung zu empfehlen? Wozu „den Teufel an die Wand malen“!

„Der Hund ist kein Lugus“, sagen die Hundefreunde. Wir stimmen dem bei, — es entspricht den Anschauungen, die im „Vorwärts“ schon vor Wochen dargelegt wurden, — aber wir alle miteinander werden damit die Hundefreunde nicht bekehren. Es ist eben mit dem „Lugus“ ein eignes Ding. Jeder hält für „Lugus“, was er selber nicht nötig zu haben glaubt: der Hundefreund den Hund, der Nichtraucher den Tabak, der Alkoholgegner das Bier, der Knispengänger das Theater und Konzert, der Stubenhocker den Sonntagsausflug, der „Parteilose“ den Versammlungsbesuch, und so weiter.

Vielleicht wird dieser Kampf um die Hundsteuer manchen ein Anlaß sein, seine Anschauungen über „Lugus“ und „Lugussteuern“ zu korrigieren. Den wirklichen Lugus der Wohlhabenden zu besteuern, bringt nicht viel ein, und man kann mit solchen Mitteln leichter in Finanznöte geratenen Kommune aufhelfen; denn die Wohlhabenden sind ja nur dünn gefät. Eine Steuer auf das, was den sogenannten „Lugus“ der Unbemittelten bildet, verspricht eher Ertrag; denn hier „bringt es die Menge“. Aber wer will das mitmachen? Wir nicht!

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit zwei Fragen von allgemeinem Interesse. Es lag ihr zunächst ein Entwurf zu einem Nachtragsstatut des Zunmungs-Ausschusses vor, nach welchem der letztere auch als Einigungsamt fungieren soll. Man machte dafür geltend, daß bei Streitigkeiten unter Mitgliedern, drohenden Arbeitseinstellungen zc. derartige Komter sehr segensreich wirken könnten. Andererseits wurde aber dagegen ausgeführt, daß ja nur ein Teil der Arbeitnehmer, nämlich soweit diese der Zunung angehören, in Frage kämen und daß mit der Neueinrichtung unzulässigerweise dem allgemein anerkannten Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins Konkurrenz gemacht werden würde, welches doch zweifellos den Vorzug genieße, daß hier ganz einwandfreie und unparteiische Richter zu entscheiden hätten. Der Antrag wurde aus diesen Gründen abgelehnt. — Der andre Gegenstand betraf einen Antrag der kaufmännischen Vereinigung auf Errichtung einer Schreibstube für stollenlose Kaufleute. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, weil anzunehmen sei, daß ein solches Institut bei den verwickelten Verhältnissen der Millionenstadt besser aus der Initiative der Berufsvereine heraus geschaffen werden müsse. Für diesen Fall schien die Deputation nicht abgeneigt zu sein, das beantragte Unternehmen zu unterstützen, sei es durch den Vorschlag, daß ein städtisches Lokal zu dem Zweck hergegeben oder daß ein Beitrag aus Gemeindegeldern gewährt werde.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt die Meldung, daß unser Parteigenosse Dr. Curt Freudenberg krankheitshalber sein Stadtverordneten-Mandat niederlegen und nach Cairo übersiedeln werde. Die Mitteilung der genannten Zeitung ist nicht richtig. Wohl sieht unser Parteigenosse sich gezwungen, wie im vorigen Jahre schon, so auch jetzt infolge seiner angegriffenen Gesundheit auf einige Zeit

nach dem Süden zu gehen, doch hofft er, daß er nach seiner Genesung wieder nach Berlin zurückkehren kann und daher hat er den Plan, sein Stadtverordneten-Mandat niederzulegen, nicht aufgegeben.

Von den Armenkommissionen haben die meisten in den letzten Jahren eine beträchtliche Zunahme ihrer Arbeitslast gehabt. Die Kommissionen werden, um eine Überlastung der Kommissionen ärmerer Stadtteile zu verhüten, nicht nach der räumlichen Ausdehnung und auch nicht nach der Einwohnerzahl abgegrenzt, sondern nach der Zahl der Unterstützungsbedürftigen, die an der Summe der gezahlten Unterstüßungen gemessen wird. Nach dem von der Armenverwaltung aufgestellten Grundriss soll in allgemeinen die Ausgabe jeder Kommission im Monat 1000 bis 1500 M. betragen. Geht die Ausgabe einer Kommission infolge Zunahme ihrer Bevölkerung und ihrer Unterstüßungsbedürftigen über die obere Grenze erheblich hinaus, so soll die betreffende Kommission geteilt werden. Von dieser Regel ist seit einer Reihe von Jahren immer häufiger und in immer stärkerem Maße abgewichen worden. Vielfach sind die Ausgaben einer Kommission auf das Doppelte, ja auf das Dreifache des „Höchstbetrags“ gestiegen, ehe zu einer Teilung geschritten wurde. Namentlich in den letzten Jahren, die eine beträchtliche Mehrzahl der Unterstüßungsbedürftigen gebracht haben, hat manche Kommission ganz außerordentlich viel Unterstüßungen zu erledigen gehabt. Am Schluß des Etatsjahres 1902/03 bestanden 338 Armenkommissionen, die im Jahre über acht Millionen Mark ausgezahlt hatten. Auf jede Kommission kamen durchschnittlich im Jahre 24 000 M., im Monat 2000 M., so daß selbst der Durchschnitt noch über der Höchstgrenze lag. Von 23 Kommissionen wurden sogar über 8000 M. im Monat ausgezahlt und drei von diesen hatten eine Monatsausgabe von über 4000 M. Die höchste Ausgabe ging noch über 4000 M. pro Monat hinaus. Zwar sind auch die Teilungen überlasteter Armenkommissionen im letzten Jahre zahlreicher als sonst gewesen, aber im ganzen haben sie nicht Schritt gehalten mit der Zunahme der Arbeitslast der Kommissionen.

Die Erforschung der Atmosphäre Berlins hat einen bedauerlichen Fortschritt gemacht, insofern es zum erstenmal gelungen ist, eine tägliche lindenlose Beobachtung mittels der aufsteigenden Drachen und Drachendallons durchzuführen. Die unter Leitung des Geheimen Rats Professor Dr. Schumann vom Königl. Observatorium durchgeführten Untersuchungen lassen auf Grund der gewonnenen Ergebnisse erhoffen, daß Temperaturvorhersagen selbst auf mehrere Tage hinaus nicht unmöglich sein werden. Die Drachen flogen, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, im Jahre 1903 an zwei Tagen über 4500 Meter, an 120 Tagen über 3000 Meter, so daß schon über verhältnismäßig bedeutende Höhen durch die selbstregistrierenden Thermometer Erfahrungen gesammelt werden konnten. Die schon bekannte Tatsache, daß die Luft in mittleren Schichten wärmer sein kann als in den darüber und darunter liegenden Schichten und ebenso der umgekehrte Fall, sowie das Aufsteigen von kalteren und wärmeren Luftmassen in wärmerer bzw. kälterer Umgebung hat auch im vergangenen Jahre viele Beispiele aufzuweisen. Im einzelnen zeigte der Januar wie der Juni eine periodische Hebung und Senkung der Nullisotherme, während der August einen gleichmäßigen Verlauf erkennen läßt. Im Mai reichte die Nullisotherme 3200 Meter hoch, die drei gestiegenen Serien zeigten nur geringe Temperaturniedrigungen. Im März erreichte die Nullisotherme zuletzt am 13. d. M. die Erdoberfläche. Besonders interessant waren die September-Luftverhältnisse. Die Nullisotherme erhob sich bis 5000 Meter, um eine Woche später auf 1100 Meter herabzusinken. Der große Schneesturm am 19. und 20. April und die Unwetter in den Tagen vor dem 11. Juli waren von starken Temperaturniedrigungen begleitet.

Zwischen Berlin und den Vororten ist ein Abkommen getroffen worden, das den bisherigen Uebelstand in der Besteuerung der Hundebesitzer beim Umzug von einem der betreffenden Orte in einen andern beseitigen soll. Das Abkommen besagt, daß zur Besteuerung von Hunden nur anziehender Hundebesitzer für das laufende Halbjahr die betreffenden Zugzugsgemeinden befugt sind, wenn der Umzug bis zum 7. April bez. bis 7. Oktober eines Jahres erfolgt. Die bis zu diesem Termin wegziehenden Hundebesitzer hat die Abzugsgemeinde freizulassen und der Zugzugsgemeinde mit besonderer Rücksicht zu überweisen. Das Besteuerungsrecht der nach dem 7. April oder 7. Oktober wegziehenden Hundebesitzer verbleibt der Abzugsgemeinde. Dieses Abkommen soll mit dem 1. April d. J. in Kraft treten.

Ueberrauschend schnelles Fahren. 46 Personen sind im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres vom Amtsgericht I wegen übermäßig schneller Fahren oder weil sie im Trabe um die Straßenenden gebogen sind, bestraft worden. Die höchste Geldstrafe von 90 M. hat ein Kraftwagenführer erhalten, außer ihm sind noch vier Kraftwagenführer mit Strafen von 20 bis 60 M. bestraft worden. Die überwiegende Mehrzahl der Verurteilten sind Ausländer, nur einige Personen gehören andern Ständen an.

Der seltsame Fall, daß eine ganze Hausgemeinschaft vom T. r. i. n. u. besessen worden ist, hat sich im Hause Eberwaldstraße 23 ereignet. Die dort wohnhaften Geschwister Schneider, Fräulein Elise Schneider und ihre zwei Brüder Gustav und Karl Schneider, sowie das Dienstmädchen wurden nach dem Tode des in Daldorf gebürtigen, weil sich bei ihnen Erscheinungen des Verfolgungswahnsinns zeigten. In einem Hause der Schönhauser Allee befindet sich, wie ein hiesiges Blatt meldet, das Zug- und Möbelwaren-Geschäft der Geschwister Schneider. Geleitet wurde es von dem Fräulein Elise Schneider, während zwei Brüder Gustav und Karl daran beteiligt waren. Gustav, der ältere der beiden Brüder, ist Oberpostassistent, während der jüngere Karl bei einer der ersten hiesigen Firmen seit Jahren eine angenehme Stellung bekleidet. Bei allen hatte sich allmählich der Wahn eingestellt, daß sie von Dämonen verfolgt würden. In der Nacht hatte sich nun Gustav Schneider, mit einem Kavallerieädel bewaffnet, im Treppenhause auf die Leiter gesetzt. Es währte auch nicht lange, als jemand die Treppen hinabstieg und sich dem Hausdior näherte. Jetzt drang Schneider mit gezücktem Säbel auf den Mann ein. Dieser beteuerte, er sei der in demselben Hause wohnende Aufseher Pietmann und wolle sich zum Dienst nach der Markthalle begeben. Vergebens! Schneider schlug auf den Unglücklichen ein, bis dieser, aus mehreren Wunden blutend, bewußtlos zusammenbrach. Da erst ließ er von seinem Opfer ab und begab sich in seine Wohnung zurück, wo es nun wieder zwischen den Brüdern zu einem heftigen Kampf kam, bei dem auch Karl Schneider erhebliche Verletzungen davontrug. Diese Vorgänge gelangten nun zur Kenntnis der Polizei. Bei dem Verhör, das der Reviervorsteher mit den Geschwistern anstellte, war ihm der Verdacht rege geworden, daß dieser Fall nicht vor das Forum der Kriminal- sondern der Sanitätspolizei gehöre. Der Kreisphysikus wurde beordert, das Verhör fortzusetzen und dieses endete damit, daß man, wie schon mitgeteilt, nicht nur die drei Geschwister, sondern auch das Dienstmädchen nach Daldorf zur Untersuchung ihres Geisteszustandes gebracht hat.

Das Ende des Spielers. Der 34 Jahre alte Schneidermeister Franz Gesseler, Alexanderstraße 24, Vater von drei Kindern, besaß ein gutgehendes Damen-Konfektionsgeschäft, in dem elf Schneiderinnen arbeiteten. Da er aber nicht selten ganze Nächte am Spieltische saß, so kam er in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen wieder zurück. Sein Treiben entfremdete ihn auch seiner Familie. Es kam so weit, daß er seine Frau wiederholt mit dem Revolver bedrohte, wenn sie ihn Vorhaltungen machte. Vor acht Tagen verließ Frau Gesseler ihren Mann und zog zu Bekannten in der Pappel-Allee. Schulden zwangen ihn nun am Montag, sein Geschäft aufzugeben. Gestern schrieb er an seine Frau, daß er nach Amerika fahren werde. Wenn sie ihn noch einmal sehen wolle, so möge sie in ein Lokal in der Starogardstraße kommen. Die Frau ging nicht hin und rettete so wahrscheinlich ihr Leben. Denn die Amerikareise spiegelte ihr Gesseler augenscheinlich nur vor, um sie an sich zu locken und zu töten. Da ihm diese Absicht verriet wurde, so ging er in der ver-

gangenen Nacht nach dem Hofe des Grundstücks Pappel-Allee, wo sie wohnte, und lösete sich vor ihrem Fenster durch einen Revolverbeschuss in den Kopf.

Explosiertes Automobil. Gestern abend gegen 1/7 Uhr war auf dem Hofe des Grundstücks Weinmeisterstr. 9 der Arbeiter B. damit beschäftigt, ein der Firma Lachmann u. Jauber gehöriges Benzinautomobil mit frischer Füllung zu versehen. B. benutzte dabei ein Kerzenlicht. Als dieses seiner Hand entfiel, explodierte das Benzin in dem Kessel des Automobils. Die herbeigekommene Feuerwehrlöschte, um den Brand löschen zu können, den Kraftwagen mit Äxten vollständig zertrümmern.

Arbeitslosigkeit hat den Zimmermann Adamus Gelszeitis, der sich hier auf der Wanderschaft befand, in den Tod getrieben. Der kam vor acht Tagen nach Berlin, um Beschäftigung zu suchen, fand aber keine. Da nun seine Mittel erschöpft waren, erhängte er sich in einem Fremdenlogis in der Eichendorffstraße, in dem er ein Unterkommen gefunden hatte. Die näheren persönlichen Verhältnisse sind noch nicht bekannt.

Der Einbrecher Köhl und seine Genossen werden, wie wir mitteilen, auch bestraft, in Kiel und Bremen schwere Einbrüche und Ueberräube auf die Wohnungsinhaberinnen verübt zu haben. Die hiesige Polizei sandte daher Lichtbilder der drei Einbrecher an die Behörden der beiden Seestädte, um sie den dortigen Zeugen, besonders Eisenbahnbeamten vorlegen zu lassen, die kurz vor der That auftretende und bald nachher wieder abreisende Männer beobachtet hatten. Diese Beamten belundeten nach Befichtigung der Bilder mit Bestimmtheit, daß Köhl, genannt „Seidenschmir“, und Genossen jene Männer gewesen seien.

Ein tödlicher Unfall im Straßenverkehr hat sich gestern abend ereignet. Der Drecksler Paul Müller stand auf der vorderen Plattform eines elektrischen Straßenbahnwagens der Linie Markheide-Platz-Gesundbrunnen. Als der Straßenbahnwagen den Dönhofsplatz passierte, fuhr ihm plötzlich aus der Schützenstraße ein Neßwagen in die Seite. Die Deichsel traf den M. davor am Kopf, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Schon auf dem Wege zur Unfallstation starb der Unglückliche.

28 000 M. für eine Ohrfeige. Die Entschädigung von 28 000 M. für eine Ohrfeige, die, wie wir seiner Zeit berichteten, für das Dienstmädchen Müller gegen ihren früheren Dienstherrn, Schlächtermeister Ernst Hähnel, eingeklagt waren, weil die Ohrfeige, die er ihr versetzte, angeblich zu ihrem Irrenstadium geführt habe, wurde, wie die „Allgemeine Preßer-Zeitung“ mitteilt, vom Landgericht I abgewiesen, weil durch ärztliches Gutachten festgestellt wurde, daß die Geisteskrankheit des Dienstmädchens nicht eine Folge der Ohrfeige gewesen ist.

Verloren worden sind zwei Sammellisten für die Grimmitzhauser Weber, Nr. 16 061 und 16 062, sowie zwei Mitgliedsbücher Nr. 272 und 2849 des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Man wolle den Fund in der Expedition des „Vorwärts“ abgeben.

Zeugen gesucht! Die beiden Herren, ein älterer und ein jüngerer, die am 12. September v. J. in einem Stadtbahnwagen mit noch einem Herrn und einem Sergeanten von Schönberg nach Rixdorf fuhren und mit denen sich der dritte Herr über Soldatenmishandlungen unterhielt, worüber sich der Sergeant beleidigt fühlte, werden gebeten, ihre Adressen bei Karl Haupt, Rixdorf, Wartestr. 67, freundlichst einzenden zu wollen.

Die Ortsgruppe Berlin des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes hat sich seit dem Tage ihrer Gründung, dem 1. Mai vorigen Jahres, von 41 auf 76 Mitglieder vermehrt. Außer einer Vollversammlung sind von ihr 16 Kreisversammlungen veranstaltet worden, darunter waren neun mit verschiedenen Vorträgen und drei mit Vorträgen über die Alkoholverfrage. Zu zwölf dieser Versammlungen hatten auch Gäste Zutritt. Ferner hielt der Verein zwei Unterhaltungsabende, ein Sommerfest und mehrere Ausflüge ab. In der nächsten Versammlung, die am 20. Januar im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3, stattfindet, hält unsere Parteigenossin Ida A. I. m. a. n. einen „Mitbenannten“ Vortrag. Gäste sind hierzu willkommen. Auskunft erteilt der Vorsitzende B. Böhm, Raakenstr. 18, und der 2. Vorsitzende R. Müller, Kotlauer Ufer 60.

Professor Dr. Wilhelm Förster, der Direktor der Königl. Sternwarte in Berlin, ist nunmehr endgültig von der Leitung dieses Instituts zurückgetreten, nachdem er schon vor einem Jahre, als er am 16. Dezember 1902 seinen siebenzigsten Geburtstag feiern konnte, eine diesbezügliche Absicht bekanntgegeben hatte. Wilhelm Förster ist 1832 zu Grünberg in Schleßen als Sohn des Tuchfabrikanten Friedrich Förster geboren; er besuchte 1847-1850 das Gymnasium in Breslau und studierte dann in Berlin und Bonn Mathematik und Astronomie. Im Jahre 1855 wurde er zweiter Assistent und am 1. Oktober 1857 zum ersten Assistenten ernannt. Im Jahre 1860 wurde er erster Assistent, und als Ende durch Krankheit zum Austritt gezwungen wurde, übernahm Förster zunächst provisorisch die Leitung, um dann im März 1865 als Direktor an die Spitze der Sternwarte zu treten. Schon vorher, 1857, hatte er auch eine Lehrthätigkeit an der Berliner Universität bekleidet; wo er 1863 zum außerordentlichen, 1875 zum ordentlichen Professor ernannt wurde. 1892-93 war er Rektor derselben.

Försters wissenschaftliche Tätigkeit auf seinem besonderen Fachgebiet ist weit geschätzt, auch über den Fachkreis hinaus, wie denn sein Streben auch immer dahin ging, weitere Kreise für astronomische Interessen zu gewinnen; er hat sich rein wissenschaftlich produktiv auch auf Geodäsie betätigt, die außerhalb der reinen Astronomie liegen. So ist ein Hauptwerk Försters die Durchführung der Reform des deutschen Maß- und Gewichtswesens. Er trat 1880 als Direktor an die Spitze der vom Norddeutschen Bund eingesetzten Normal-Maßkommission und brachte die Organisation zur praktischen Durchführung. Als Delegierter des Deutschen Reiches war er 1875 bei Abschluß des sogenannten Pariser Metervertrages zugegen und ist seit zwölf Jahren Präsident des internationalen Maß- und Gewichtskomitees, dessen gewichtige Tätigkeit in alle Einzelheiten des täglichen praktischen Lebens ausstrahlt, ohne daß es äußerlich merklich anfällt.

Weiteren Kreisen ist Wilhelm Förster aber besonders durch seine rege Tätigkeit für wirklich gemeinnützige Zwecke bekannt geworden; den Berlinern besonders durch die Gründung der Urania und des Schiller-Theaters, sowie durch die Ausbildung des öffentlichen Zeitdienstes, weit über Deutschland hinaus durch die Gründung der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, deren langjähriger Vorsitzender er war, und an deren Tätigkeit er auch jetzt noch regen Anteil nimmt. Auch in Vereinen der organisierten Arbeiterchaft ist Förster oft ein gern gesehener und hochgeschätzter Gast gewesen, so wenig er selbst auch ausgesprochen einer politischen Partei sich zuwendet. Für letztere Entschädigung fehlt ihm die in der Politik zum einmal notwendigen Energie der Einseitigkeit, so wenig man ihm freilich auch sonst in allen großen volkswirtschaftlichen Fragen ein Schwanken oder eine Unentschiedenheit vorwerfen kann. Im Gegenteil, wenn auch nicht als Politiker einer bestimmten Partei, ist er, wo es die Interessen des Volkes galt, immer mannhaft und offen für sie eingetreten, oft im schärfsten Gegensatz zu seinen Kollegen und Vorgesetzten. Und so ist es auch nicht zuletzt die Arbeiterchaft, die diesem verdienten Gelehrten und hervorragenden Charakter aufrichtig einen ruhigen und heiteren Lebensabend wünscht.

Zur diesjährigen Schwarz-Weiß-Ausstellung der Berliner Section wurden durch Vermittlung des Gewerkschaftshaus 4024 ermäßigte Eintrittskarten und zwar fast ausschließlich an Gewerkschaftsmitglieder verkauft. Außerdem wurden vier Vortragsabende, verbunden mit Führung, veranstaltet.

Die Neue Freie Volkshöhle veranstaltet am Montag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses einen Liliencron-Abend, bei dem Herr Dr. Paul Remer, der einen einleitenden Vortrag halten wird, Frau Adele Otto-Morano sowie die Herren Ferdinand Bonn und Kapellmeister Fritz Otto mit-

wirken werden. Billets à 50 Pf. sind an den bekannten Kassierern des Vereins sowie in der Amelangerischen Buchhandlung, Potsdamerstraße 126, zu haben. Abendkasse findet nicht statt.

Einen Bödlin-Abend veranstaltet Sonntagabend 6 Uhr der Leseklub und Diskussionsklub Rosa B. i. t. im zweiten Saal der Brauerei Bakenhofer, Thurnstr. 26/27. Den durch Lichtbilder illustrierten Vortrag hält Dr. Max Adert. Nach dem Vortrag erfolgt gemüthliches Beisammensein sowie die Verlosung einer Anzahl Bödlin-Mappen. Eintritt 20 Pf. Der Ueberschuss ist für die Ausgesperrten in Crimmitschau bestimmt.

Die Arbeiter-Bildungsschule feiert am Sonntag in Stellers Festsaal ihr 13. Stiftungsfest durch ein Künstlerkonzert. Wie immer zu ihren Veranstaltungen, so hat die Arbeiter-Bildungsschule auch diesmal ein vortreffliches Programm zusammengestellt und hervorragende Künstler und Künstlerinnen zur Mitwirkung gewonnen. Der Preis einer Eintrittskarte beträgt 50 Pf.

Aus den Nachbarorten.

Unfall in der Mädchenschule. In der zweiten Klasse der katholischen Gemeindefschule zu Charlottenburg (Goethestr. 22) gab gestern der Chemielehrer Max Reumann den Kindern Unterricht und experimentierte mit Elektrizität und Schwefelsäure. Beim Hervorbringen elektrischer Funken sprangen einige in einen Behälter, der mit Schwefelsäure gefüllt war. Sofort plagte, wie das „B. Z.“ hört, das Gefäß mit lautem Knall, die Flüssigkeit spritzte in der ganzen Klasse umher und verletzte fünfzehn Kinder an Gesicht und Händen. Auch der Lehrer erlitt an den Fingern Brandwunden. Von den verletzten fünfzehn Kindern trugen drei Mädchen schwerere Wunden davon. Sie wurden sofort von einem Arzte verbunden und dann nach Hause geschickt.

Amliche Jagd auf Ungeziefer. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß die Polizei bemüht ist, seinen kleinen Lebewesen den Garaus zu machen, die sich meist da anzusetzeln pflegen, wo die elendensten sozialen Verhältnisse die notwendige Keimlichkeit und Körperpflege unmöglich machen; was aber nicht gebilligt werden kann, das ist die Art des in Rixdorf so betriebenen amlichen Vorgehens gegen die Parasitenplage, die ungeschickte Ausführung einer an sich anerkenntlichen Maßnahme. Die polizeiliche Vertilgung des Ungeziefers wird nämlich in Rixdorf so betrieben: Durch ärztliche Untersuchung in den Gemeindefschulen werden diejenigen Kinder ermittelt, welche mit Läusen behaftet sind. Bei den Eltern solcher Kinder ersucht man dann ein Schuttmann, um die Mutter samt den Kindern nach dem Asyl für Obdachlose zu beordern. Die Frauen wissen meist nicht, um was es sich eigentlich handelt, sie zerbrechen sich den Kopf darüber, was für einen Zweck diese Verladung hat, folgen ihr aber natürlich, denn eine Einladung durch den Schuttmann mag natürlich niemand unbeachtet zu lassen. So kommt denn eine Anzahl von Frauen und Kindern in den Räumen des Asyls zusammen, der Dinge wartend, die da kommen sollen. Der Arzt erscheint, befragt die Köpfe der Anwesenden und bestimmt, wer von ihnen behufs Reinigung von Ungeziefer ein Bad nehmen und seine Kleidung desinfizieren lassen soll. Auf diese Weise erfährt erit manche Frau, daß sich bei ihr Parasiten eingenistet haben sollen, oft glauben die Betroffenen auch nicht an das Ergebnis der ärztlichen Feststellung, sie fühlen sich vielmehr durch die polizeiliche Verladung, die Untersuchung auf Ungeziefer und die ohne weiteres verfügte, sozusagen zwangsweise Reinigung verletzt, protestieren dagegen und gehen, da sie doch nicht gezwungen werden können, sich zu entkleiden und zu baden, unverrichteter Sache ihrer Wege. So ist, wie man uns mitteilt, bei einem großen Teil der zur Reinigung vorgeladenen die Angelegenheit verlaufen. Die anerkenntliche Absicht: Vertilgung der Menschen von der Parasitenplage, ist nicht erreicht, wohl aber sind diejenigen, denen man die Wohltat einer lösenlosen Reinigung aufzuzahlen lassen wollte, aufs höchste enttäuscht, denn viele von ihnen behaupten, daß sie frei von Ungeziefer seien, durch die gelesenen polizeilichen Maßnahmen aber getrieffen worden seien, als unheimliche Menschen gekennzeichnet sind. Sollte es nicht möglich sein, die Polizei bei diesem amlichen Keimlichkeitsstreben ganz auszuschalten?

Die Rowawer Kirchhofshändler, die Arbeiter Reumann und Neut, machen jetzt ein recht sonderbares Motiv für die Ausübung ihrer vandalischen Thaten geltend. Sie wollen, als sie im trunkenen Zustand abends bei dem Kirchhof vorüber kamen, gegen den Holzjain gelangt sein. Infolge seines schlechten Zustandes habe der Jaun bei dem Anfall nachgegeben und nun wollen beide mit dem Jaun kopfüber in den Kirchhof hineingestürzt sein, wodurch sie heftig aufschlugen und Schmerzen erlitten. Aus Wut über diesen Unfall wollen sie dann ihr Verwünschungsverfö begangen haben. Von Einwohnern aus Komatow, welche in der Nacht das Geräusch auf dem Kirchhof hörten, wird jetzt erklärt, daß sie geglaubt hätten, Diebstahle seien dort thätig. Diese zu stören, hätten sie aber keine Veranlassung gehabt, da armen Leuten bei der vorherrschenden Kälte wohl auch eine warme Stube zu gönnen sei, selbst wenn das Holz dazu unbedeutend aus dem Waide geholt würde. Die Rowawer sollen schon von jeher als eifrige Holzjainler bekannt gewesen sein; sagte doch von ihnen einst König Friedrich Wilhelm IV.: „Sie gehen in alle Wälder und leeren alle Heiden“.

Mit dem Anschluß der Gemeinde Rudow an den Annullations-Zweckverband der Gemeinden Nieder-Schönweide, Adershof, Grünau, Glienicke und Johannisthal beschäftigte sich die letzte Versammlung des Zweckverbandes. Da die Gemeinde Rudow an das Riefefeld grenzt und inmitten der beteiligten Gemeinden liegt, so werden durch den Anschluß dieses Ortes eine ganze Reihe Schwierigkeiten beseitigt, namentlich ist aber auch in finanzieller Hinsicht der Anschluß von Vorteil für das Unternehmen. Die Gemeinde Rudow hat indes auch ein großes Interesse an der Ausführung des Annullationsprojektes, da das 1000 Morgen große Gut in den Besitz einer Hamburger Bank übergegangen ist, welche außerdem noch große Ländereien am Teltowkanal erworben hat und das gesamte Terrain industriellen Unternehmungen erschließen will. Die Verwirklichung dieses Planes ist jedoch nur möglich, wenn die Gemeinde eine geeignete Bewässerung und Entwässerung beigest. Aus diesem Grunde dürften auch die Mitglieder der Gemeindevertretung, welche bisher gegen eine Annullation waren, ihre ablehnende Haltung aufgeben, so daß der Anschluß der Gemeinde Rudow an den Zweckverband der genannten Gemeinden in Kürze erfolgt.

Freitag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112: Protest-Versammlung gegen die Erhöhung der Hundsteuer auf 10 M. — Unterzeichnung und Ausgabe von Petitionsbogen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Jeder Anfrage ist die Kostentende-Entlastung beizulegen und mitzutheilen, unter welcher Chiffre Antwort erwartet wird. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

3. 9. 10. Sie müssen der verlaufenen Gegenstand annehmen, auch wenn er Ihnen nach der Verfertigung zugeht, es sei denn, Sie haben ausdrücklich vereinbart, wenn nicht pünktlich geliefert wird, treten Sie zurück oder wenn aus den Umständen erhellt, daß Sie lediglich zum vorläufigen Termin den Gegenstand gebrauchen konnten (z. B. Bier für ein Geburtstagfest) oder endlich, wenn Sie nach dem Verfertigungstermin eine Nachfrist gefordert und diese nicht eingehalten ist. — Willibald Mad. Bezüglich der Jahrgabspfehlung hat die Krankenversicherungskasse nichts geändert. Ein dahin gerichteter Antrag der Sozialdemokraten ist abgelehnt. Nichten Sie an die Invaliditätsversicherung (Weststraße 21a) einen Antrag auf Gehaltserhöhung zwecks Verhütung schwerer Krankheiten. — W. K. Leider nicht. — Franz B. 1. und 2. Ja. — Anna B. 9. Sie können einen Versuch machen, die Kassenbeiträge, falls sie auch vom neuen Mieter gezahlt ist, zurückzubehalten. Eine Klage hätte aber wenig Aussicht auf Erfolg, weil aus der Verhandlung entnommen werden kann, daß die Monatsmiete Entgelt für die Aufhebung des Vertrags sein sollte. — 77. In der Regel nein. Nur dann werden dem Witwer die für seine Frau gefällten Beiträge erstattet, wenn diese wegen der Erwerbsunfähigkeit des Wittwers Erbschaft der Familie war. — N. W. S. 1. Ja. 2. Die Gericht-

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. BERLIN O. Frankfurter Allee 89.

Inventur-Räumungsverkauf

bei 10% Rabatt oder Verabfolgung

doppelter Rabatt = Spar = Marken.

Der Ausverkauf dauert nur noch bis

Montag, den 18. Januar.

Ein grosser Posten

Reinwollene Kleiderstoffe

Einfarbig schwere Kammgarne, 110/115 cm. breit, bisher 2,75 und 3,00, jetzt 1,50. Englische Noppen und Zwirnstoffe, ca. 95 cm. breit, bisher 1,80 und 2,00, jetzt 95 Pf.

Unerreicht: Ein weiterer Posten Nouveautés
Zwirne und tuchartige Stoffe, bisher 1,50, jetzt 65 Pf.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher
Berlin.
Die in der Generalversammlung vom 22. September 1903 beschlossene u. Abänderung des Statuts, betreffend Abänderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 25. Mai 1903, ist seitens des Bezirksausschusses am 29. Dezember 1903 genehmigt. 9835
Der Vorstand.
G. Rätzsch, B. Lehmann, Vorsitzender, Schriftführer.

Zur Agitation!
In den nächsten Tagen erscheint: **Rud. Kraft: Die Opfer der Kaserne.**
96 Seiten. Preis 50 Pf.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen der Verlag
G. Birk & Co., München.

Cofillon-Artikel
empfehlen
Pohl & Weber Nachflg.
Fabrik und Versand:
Berlin S., Neue Jakobstrasse 8.
Zweigeleise: 30952*
Alexanderstrasse 51/52, I. Etage,
Ecke Prenzlauerstrasse.
Man verlange Kataloge.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4
Für Schreiner!
10 Hobelbänke mit Holz-drehbänke etc., alles fast neu, billig abgegeben. Beschäftigung u. Bescheid: **Greifswalderstr. 140/41,** Gebäude 12. Vormittags 9-12 Uhr. Telefon VII. 1096. 50/1*

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Rekoration, voller Schanz, ver-
käuflich Dolgardenstraße 7. 9715
Wetten. Mein neues Baumgrund-
stück mit gut gebendem Material-
waren-Geschäft und großer Fährer-
gasse (Bestand 250) will ich unter
günstigen Bedingungen verkaufen.
Hermann Grünow, Witten, Verbin-
dungsstr. Nr. 2. 9725
Vorjährlige Herrenanzüge, Winter-
paletots, Beinleder, aus feinsten
Rohstoffen sportlich idyllisch, Son-
tagsverkauf. Deutsches Versandhaus,
Ragerstraße 63, I. 20894*
Teppiche, Betten, Gardinen,
Portieren, Steppdecken, Tischdecken,
Küchle, Regulatoren, Remontiermaschinen,
Uhrketten, Winterpaletots, Spiegel,
Bilder sportlich reichhaltig Remon-
dierstr. 6. 49/12*
Teilszahlung, Möbel, Spiegel,
Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken,
Gardinen, Portieren, Regulatoren,
Remontiermaschinen, Uhrketten sportlich
reichhaltig Remon-
dierstr. 6. 49/12*
Teppiche mit Farbenleinen Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
parterre. 787*
Musikwerke, selbstspielende, Teils-
zahlungen, Invalidenstr. 148 (Ein-
gang Bergstr.) 40. 49/12*
1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre reelle Garantie.
Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe
der Landsbergerstr. Alle Maschinen
neue in Zahlung. 20594*

Ringelbrot, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Adminderstr. 60/61,
Prenzlauerstr. 59/60 und Große
Frankfurterstr. 43. 792*
Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 787*
Nähmaschinen, gebrauchte,
Wheeler-Wilson von 8 Mark und
Langschiff von 10 Mark an. Bell-
mann, Gollnowstr. 26. 20558*
Malzerbier, blattbündel, für
Eintrunk, Brustkränke, Schwächliche,
Gesichts- und Halskrankheiten,
überaus gesund, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Liter 3,50 exkl. Steuer.
Nicht Flaschenzahl. Qualität ent-
scheidend. Vorier - Kellerei Angler,
Reinhardtstr. 119. 103/20
Steppdecken billigt Fabrik Große
Frankfurterstr. 9, parterre. 787*
Kanarienhähne, fünf Mark,
Böhme, Curvenstr. 3, II. Aufgang.
Gelagenheit! Paneele, rot
oder grün, billig. Franlein Geiler,
Prinzstr. 64. 50/13
Beide Braunschweiger Gemü-
sekonzerne, sowie Badobit etc. empfiehlt
billigt F. von Grabowski, Schiller-
str. 81. 9700
Schneemaschine! Lassen Sie sich den
kleinen Berg nicht reuen, und wenn's
nur eine Hufe ist. Hin zu Schleginger,
Tumstr. 85. 20768

Rechtsanwalt Dammann, Dra-
nenstr. 57, Marktplatz. 8175
Rechtsbureau! Grünweg vier-
undneunzig (Andreasplatz). Lang-
jähriger Gerichtsbeistand! Erfolge-
reiche Katerteilung! Eingaben-
geluche! 9265*
Rechtsbureau Holt, Brunnen-
str. vierzig. Prozeßbeistand, Ehe-
klagen, Strafsachen, Vermögens-
sachen, Eingabengeluße, Katerteilung.
Rechtsbureau (Alexander-Platz)!
Kurzstr. achtzig! Gerichtsbeistand,
Eingabengeluße, Katerteilung. 65/19*
Kunstschere von Frau Kolosky,
Steinmetzstr. 48, Curgebäude hoch-
parterre.
Matinabfälle, Gold, Silber,
Schiffe, alte Uhren, Blatgold, Rehs-
gold, Kupferabfälle, Messingabfälle,
Zinn, sowie sämtliche Metalle kauft
Brod, Wangelstr. 4. 50/5*
Mittagsisch! Mit Bier, Kaffee
0,50. Kinnerstr. 16. 9365
Vereinzimmer! Klubhaus Kinner-
str. 16. (Weidner). 9245*
Vereinzimmer! F. Schulz,
Kinnerstr. 61. 9085*
Vereinzimmer Simeonstr. 23.
Vereinzimmer Petristr. 8/9.
Strafsachen, Eingabengeluße, Ge-
richtsachen, distrete Auskünfte, Daus,
Rehringerstr. 100. 96/3*
Rechtsbureau, Gerichtsekretär,
früherer, Andreasstr. 38, Sonn-
tagsoffiz. 9785*
Hiermit nehme ich die gethane
Reicherung gegen Herrn August
Hummelberg, Rummelsburg, Kamin-
str. 24, reuend jur. d. Albrecht,
Berzengüßlofer. 9806
Ausgemietet mit Kestherhandlung
und Hausflur, Grünweg 81, sehr
kleine Androssstr. 5. Reste sehr
preiswert. Scholz. 7145*

Vermietungen.
Wohnungen.
Mühlenstr. 8, nahe Hochbahn-
station Straußenerthor und Stadtbahn-
station Straußenerthor, sind vom
1. April 1904 Wohnungen von 1
und 2 Stuben nebst Zubehör billig
zu vermieten. Näheres daselbst beim
Verwalter 8-10, 2-5. 20489*
Rummelsburg, Kaminstr. 38,
am neuen Stadtbahnhof: Drei- und
Zweizimmer-Wohnung April. 20665*

Zimmer.
Ein schön möbliertes Zimmer für
einen anständigen Arbeiter (Fran-
zosen) per sofort, bis 15 Mark monat-
lich. Adresse: SO., Kollwitzstr.
Nr. 100, Wollfe. 9845

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren Hasenheide 94, Dreh. 9796
Schlafstelle für Herrn Köf-
ferstr. 15, Hof II links. 9775

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Humorist Mag. Schmeller, Rügen-
str. 10. 7104*

Stellenangebote.
Arbeitsbursche sucht Belmann,
Reinigenstr. 73. 9815

Gute Ornamentmaler sucht Dartsch,
Spezialist, Wilmersdorf, Berliner-
str. 144. 9825
Knaben-Anzüge, Arbeiterin auf
Kolladen, Kolladen, hochgehaltene,
verlangt Dunderstr. 16, Weber.
Kodarbeterin, Kolladenarbeiter,
Rehrmannstr. 110. 9885
Vergoldein verlangt Dreh,
Kolladenstr. 40. 20006*

Gebirge Bognerinnen verlangen
Nierenstr. 1, Junge u. Co., Holzmarkt-
str. 67. 20678*

Im Redaktionsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige Mauerer gesucht
werden eingestellt
Klosterneubau Marienfelde.
Nährgeledevergütung von der
Hingebahnstation Pappelstr.
9568 **Held & Francke.**

Gießerei-Vorarbeiter
auf Armaturen, Messing u. Neu-
silber per sofort gesucht.
Derfelbe muß mit Formmaschinen-
Betrieb und Herstellung der Form-
platten aus genauester vertraut sein.
Ebenso durchaus tüchtige
Schraubstock-Arbeiter
auf Vierdruck-Armaturen gesucht.
Franz Heuser,
191/2 **Braunschweig.**

Tüchtige Personen verdienen an
dem Verkauf meiner Damenkleider-
Stoffe (nur Neubeiten) ohne Risiko
viel Geld. Interessenten belieh. genaue
Adr. unt. T. 2 Exped. d. Bl. *

Junger Mensch
(15-18 Jahre), mit schöner Hand-
schrift, zu leichter Computararbeit
sofort gesucht. Schriftliche Angebote
unter G. G., Postamt 53, Paulstr.
erbeten. 89972

Centralheizungs-
Monteur, nachweislich durchaus selbst-
ständig arbeitend, nüchtern und ge-
wandt im Verkehr, sofort gesucht.
Dampfabbeding, Warmwasser, Berlin's
Dampfniederdruck-Heizung. An-
gebote an 50/12*

Ludwig Joh. Müller,
Magdeburg.

Achtung, Stodarbeiter!
Der Zugang für Stodarbeiter
aller Branchen ist streng fern-
zuhalten bei **Schmilling
& Barta,** Thüringerstr. 18,
88/9 **Die Ortsverwaltung.**

Wegen Zwischenmeisterei
der Stukkateure Karl Schröder
und Nicolaus Soboschek ist der
Neubau der **Photographischen
Gesellschaft in Steglitz,**
Stemens- und Kolladenstr. 40, für
Stukkateure, Malerarbeiten und Spanner
bis auf weiteres gesperrt. Unter-
nehmer: **Georg Vogt,** Schöne-
berg, Nachstr. 1. 173/1
**Ortsverwaltung der Maurer-
und Stukkateure-Verbände,**
Friedrichstr. 10.

Stukkateure!
Gesperret bleibt nach wie vor
der Neubau des Maschinenfabrikanten
G. Kortum, Wollenerstr. 175/18
Ecke v. Replonplatz-Ad. 175/18
Die Ortsverwaltung.